

Unterrichtung

durch die Bundesregierung

Erster Tätigkeitsbericht des Bundesarchivs für den Zeitraum Januar 2021 bis Juni 2023

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Grußwort der Kulturstaatsministerin	6
Vorwort des Präsidenten	7
1 Eingliederung des Stasi-Unterlagen-Archivs in die Verantwortung des Bundesarchivs	10
1.1 Novellierung des Bundesarchivgesetzes und des Stasi-Unterlagen-Gesetzes	10
1.2 Organisations- und Strukturanpassungen	11
1.3 Organisationsuntersuchung	11
1.4 Haushalt	12
1.5 Zusammenarbeit mit der Bundesbeauftragten für die Opfer der SED-Diktatur beim Deutschen Bundestag (SED-Opferbeauftragte)	12
1.6 Einrichtung eines Beratungsgremiums	12
1.7 Standortentwicklung	13
1.7.1 Die Standortentwicklung des Stasi-Unterlagen-Archivs und der Masterplan „Bundesarchiv 2035“	13
1.7.2 Archivstandorte und Außenstellen	13
1.7.3 Bezug einer neuen Liegenschaft durch die Außenstelle Chemnitz	14
1.7.4 Weiterentwicklung des Campus für Demokratie / Archivzentrum zur SED-Diktatur in Berlin-Lichtenberg	14
2 Archivbestände	15
2.1 Überlieferungsformen	15
2.2 Arbeitsschwerpunkte	16
2.3 Erschließungsergebnisse	17

	Seite
2.3.1	Stand und Verlauf der personen- und sachbezogenen Erschließungsarbeiten 17
2.3.2	Online-Bereitstellung von Erschließungsinformationen und digitalisiertem Archivgut 18
2.3.3	Beständegliederung 18
2.4	Bereitstellungen und Recherchen, Fachanwendungen und BASYS-Einführung 19
2.5	Bestandserhaltung und Digitalisierung 20
2.5.1	Bestandserhaltungskonzept und Stand der laufenden Erhaltungs- maßnahmen 20
2.5.2	Systematik des neuen Bestandserhaltungskonzepts 21
2.5.3	Digitalisierung und Projekt zur KI-gestützten Karteikarten- erschließung 21
2.6	Sichtung und Rekonstruktion zerrissener Unterlagen 22
3	Verwendung der Unterlagen 23
3.1	Anträge von Bürgerinnen und Bürgern auf Auskunft aus, Einsicht in und Herausgabe von Unterlagen sowie auf Bekanntgabe von Namen ehemaliger Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes 24
3.1.1	Antragstellung 24
3.1.2	Anträge als Dritte 25
3.1.3	Anträge naher Angehöriger Vermisster und Verstorbener 25
3.1.4	Antragsbearbeitung 25
3.1.5	Bearbeitungszeiten und Eilbedürftigkeit 25
3.1.6	Bekanntgabe von Namen 26
3.1.7	Bürgerberatung..... 26
3.2	Verwendung von Unterlagen durch öffentliche und nichtöffentliche Stellen 27
3.2.1	Ersuchen zur Rehabilitierung von Betroffenen und zur Wieder- gutmachung erlittenen Unrechts 27
3.2.2	Verwendung für Zwecke der Strafverfolgung und Gefahrenabwehr 28
3.2.3	Verwendung von nicht personenbezogenen Unterlagen 28
3.2.4	Überprüfung von Personen 28
3.2.4.1	Abgeordnete, Mitglieder kommunaler Vertretungen, sonstige kommunale Funktionsträgerinnen und Funktionsträger sowie Regierungsmitglieder 28
3.2.4.2	Berufsrichterinnen und Berufsrichter sowie ehrenamtliche Richterinnen und Richter 29
3.2.4.3	Mitarbeitende öffentlicher Stellen in Leitungspositionen, von der öffentlichen Hand bestellte Mitglieder von Vertretungs- und Aufsichtsorganen, Beschäftigte im öffentlichen Dienst in tatsächengestützten Verdachtsfällen 29
3.2.4.4	Leitende Personen im Sport sowie Trainerinnen und Trainer, Betreuerinnen und Betreuer von Mitgliedern der deutschen Nationalmannschaften 29

	Seite	
3.2.4.5	Beratungsgremium nach § 39 StUG, Bundesarchiv, SED-Opferbeauftragte, Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Aufarbeitungseinrichtungen	29
3.2.4.6	Sicherheits- und Zuverlässigkeitsüberprüfungen	29
3.2.4.7	Rentenangelegenheiten	29
3.2.4.8	Ordensangelegenheiten	30
3.3	Anträge für die Forschung zum Zweck der politischen und historischen Aufarbeitung, für Zwecke der politischen Bildung sowie von Presse, Rundfunk und Film	30
3.3.1	Aufarbeitung der NS-Diktatur	31
3.3.2	Grenze und Flucht	31
3.3.3	Haft und Justiz	32
3.3.4	Opposition, Bürgerprotest und Friedliche Revolution	32
3.3.5	Kinder und Jugendliche	32
3.3.6	Kunst und Kultur	33
3.3.7	Umwelt, Wirtschaft und Medizin	33
3.3.8	Internationale Beziehungen und Geheimdienste	33
3.3.9	Universitäten und Wissenschaft	34
3.3.10	MfS und Bezirksverwaltungen	34
3.4	Neue Gebührenordnung	35
4	Forschung	35
4.1	Konzept der quellenkundlichen Forschung	35
4.2	Abgeschlossene und publizierte Forschungsprojekte	37
4.2.1	Die DDR im Blick der Stasi. Die geheimen Berichte an die SED-Führung 1959, 1971 und 1983	37
4.2.2	Der 17. Juni 1953. Berichte über den Volksaufstand aus Ostberlin und Bonn	38
4.2.3	Der „große Bruder“. Studien zum Verhältnis von KGB und MfS 1958 bis 1989	38
4.2.4	Dimensionen des Verrats. Politische Denunziation in der DDR	38
4.2.5	Geschichte der HV A und ihrer Militärspionage. Analysen und Fallstudien	38
4.2.6	Bezirksverwaltung und Kreisdienststellen des MfS Neubrandenburg 1989	39
4.2.7	Stasi in Berlin. Die DDR-Geheimpolizei in der geteilten Stadt	39
4.2.8	Tatort Stasi-Zentrale. Wer hat wo was entschieden?	39
4.3	Laufende Forschungsprojekte	39
4.3.1	Editionen	39
4.3.2	Ablagen, Vorgangskategorien, Informationssysteme	40
4.3.3	Diensteinheiten des MfS	40
4.3.4	Audio-visuelle Quellen	41

	Seite
4.4	Forschungskolloquium 41
4.5	Wissenschaftliche Tagung 41
4.6	Unterstützung von Forschungsverbänden und weitere Kooperationen 42
4.7	Spezialbibliothek 42
5	Unterrichtung und Vermittlung 42
5.1	Archivpädagogische und politisch-historische Bildungsarbeit 42
5.1.1	Bildungsangebote auf dem Campus für Demokratie 43
5.1.2	Digitale und analoge Bildungsangebote 44
5.1.3	Vernetzung und Qualifizierung 45
5.1.4	Projektstage und Fortbildungen in den Außenstellen 45
5.2	Ausstellungen 46
5.2.1	Ausstellungen im Bundesarchiv 46
5.2.2	Ausstellungen des Stasi-Unterlagen-Archivs 46
5.2.3	Kooperationen im Ausstellungsbereich 47
5.3	Das Stasi-Unterlagen-Archiv in den Medien und im Internet 48
5.3.1	Medienarbeit 48
5.3.2	Digitale Kommunikation und Internet 48
5.4	Campus-Entwicklung und Veranstaltungen in Berlin und den Außenstellen 49
5.4.1	Veranstaltungen am Campus 50
5.4.2	Ausstellung „Einblick ins Geheime“ 51
5.4.3	Veranstaltungen der Außenstellen 51
6	Internationales 52
Anhang 55
Abkürzungsverzeichnis 81

Grußwort der Kulturstaatsministerin

„Wir werden urteilsfähiger, wenn wir die Fakten kennen, die aus einer Bürgergesellschaft eine Diktatur machten. Wir werden mutiger, wenn wir uns vergegenwärtigen, wie ‚ganz normale Menschen‘ sich ihrer Ängste entledigen und Schritt für Schritt lernen, ein Citoyen zu sein.“

Diese Ermutigung zu einem reflektierenden Blick auf die Vergangenheit formulierte Bundespräsident a. D. Joachim Gauck auf der Festveranstaltung anlässlich der Eingliederung des Stasi-Unterlagen-Archivs in die Verantwortung des Bundesarchivs. Die Stasi-Unterlagen dokumentieren, wie der Staatssicherheitsdienst der DDR Bürgerinnen und Bürger bespitzelte, Zersetzungsmaßnahmen und schwerwiegenden Repressionen unterzog oder aus politischen Gründen inhaftierte. Auf bedrückende Weise können sie uns vor Augen führen, was es bedeutet, in einer Diktatur zu leben. Wie tiefgreifend und umfassend die Überwachung durch das Ministerium für Staatssicherheit war, deutet schon der Umfang der durch das Stasi-Unterlagen-Archiv verwahrten Bestände mit rund 111 Kilometern Akten an.

Über 30 Jahre nach der Besetzung von Bezirksverwaltungen Anfang Dezember 1989 und der Erstürmung der Zentrale des Ministeriums für Staatssicherheit in Berlin-Lichtenberg am 15. Januar 1990 durch mutige Bürgerinnen und Bürger, die eine weitere Vernichtung der Stasi-Unterlagen stoppten, bleibt die konsequente Aufarbeitung des SED-Unrechts von besonderer Bedeutung. Die Stasi-Unterlagen bilden zugleich eine wichtige Grundlage, die Funktionsweise und Herrschaftsmechanismen der SED-Diktatur weiter zu erforschen und das SED-Unrecht aufzuarbeiten. Besondere Bedeutung kommt ihnen für Betroffene und zunehmend auch deren Angehörige zu. In vielen Fällen können diese Aktenbestände der Geheimpolizei einer Diktatur dazu beitragen, die Einflussnahme des Staatssicherheitsdienstes auf das Leben und das persönliche Schicksal von Betroffenen zu klären, oder zur Rehabilitierung herangezogen werden. Oftmals finden Betroffene erst nach vielen Jahren die Kraft, sich bei einer Akteneinsicht mit der eigenen Repressionserfahrung auseinanderzusetzen.

Es ist daher für die konsequente Aufarbeitung des SED-Unrechts von entscheidender Bedeutung, die Stasi-Unterlagen dauerhaft zu sichern. Der Deutsche Bundestag hat hierfür mit der Eingliederung der Stasi-Unterlagen in die Verantwortung des Bundesarchivs zum 17. Juni 2021 eine nachhaltige und zukunftsgerichtete Grundlage geschaffen. Der mit diesem besonderen Aktenbestand verbundenen Verantwortung haben sich seitdem das Bundesarchiv und seine Beschäftigten mit Umsicht und großem Engagement im Rahmen des vielschichtigen Entwicklungsprozesses angenommen. Damit wird sichergestellt, dass die Stasi-Unterlagen zugänglich bleiben und als wichtiger Teil des „Gedächtnisses der Nation“ im Bundesarchiv für künftige Generationen bewahrt werden. Die Stasi-Unterlagen werden weiterhin nach den besonderen Zugangsregelungen des Stasi-Unterlagen-Gesetzes an den bisherigen Orten zugänglich sein sowie auch an den weiteren Standorten des Bundesarchivs und in digitaler Form.

Die Erinnerung an die Opfer der SED-Diktatur kann auf eindruckliche Weise zum Nachdenken über ihr Schicksal und das ihnen zugefügte Unrecht anregen. Zugleich führt sie uns aber auch in aller Klarheit die Werte von Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit vor Augen. Durch die Verbreitung von Falschinformationen und durch Geschichtsklitterung wird die Demokratie heute zunehmend herausgefordert. Von entscheidender Bedeutung ist es dabei, dieser Entwicklung verlässliches Wissen um die Vergangenheit auf wissenschaftlich fundierter Grundlage entgegenzusetzen.

Claudia Roth MdB

Staatsministerin für Kultur und Medien

Vorwort des Präsidenten

Die Zukunft der Stasi-Unterlagen ist gesichert. Auf breiter Basis hat der Deutsche Bundestag am 19. November 2020 entschieden, dem Bundesarchiv die Verantwortung für die Hinterlassenschaft des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR zu übertragen. Nachdem mutige Bürgerinnen und Bürger in der gesamten DDR die Vernichtung der Unterlagen durch die Staatssicherheit weitgehend verhindern konnten, wurden die Stasi-Unterlagen zunächst in die Obhut von durch den Bundestag direkt gewählten Beauftragten gegeben. Joachim Gauck, Marianne Birthler und Roland Jahn hatten dieses Amt inne, und mit ihren Namen verbindet sich eine die Bedürfnisse der Opfer in den Vordergrund stellende Aufarbeitung der SED-Diktatur und ihrer Folgen, die national wie international ohne Vorbild war und die wesentlichen Anteil daran hatte, dass auf die Friedliche Revolution auch eine innere Befriedung der Gesellschaft insbesondere in den ostdeutschen Bundesländern folgen konnte und kann. Der Beitrag der Beauftragten und ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei der Überwindung der kommunistischen Diktatur in der DDR kann schwerlich überschätzt werden.

Im Laufe der Jahre wurde deutlich, dass die Behörde des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen (BStU) einen wesentlich stärkeren Akzent auf die materielle Sicherung der Stasi-Unterlagen würde setzen müssen, „um sie auch für spätere Generationen zu bewahren und nutzbar machen zu können“ (Einleitung des interfraktionellen Gesetzentwurfs vom 27. Oktober 2020, BT-Drs. 19/23709). Bereits Roland Jahn hat diese notwendige Akzentverschiebung auf den Weg gebracht, die Transformation der Behörde in das „Stasi-Unterlagen-Archiv“ schon Mitte der 2010er-Jahre eingeleitet und in Politik und Öffentlichkeit für diese Transformation geworben.

Dass Roland Jahn eine fraktionsübergreifende Mehrheit im Deutschen Bundestag hiervon überzeugen konnte, bringt die bereits zitierte Einleitung zu dem Gesetzentwurf vom 27. Oktober 2020 zum Ausdruck: „Für die dauerhafte Sicherung der Stasi-Unterlagen sind angesichts des weiteren Zeitablaufs nun nachhaltige Strukturen zu schaffen. Künftig werden daher Kompetenz und langjährige Erfahrung des Stasi-Unterlagen-Archivs und des Bundesarchivs zusammengeführt und die Stasi-Unterlagen in die Verantwortung des Bundesarchivs eingegliedert. Das Bundesarchiv ist die Einrichtung auf Bundesebene, die authentische Quellen sichert und nach rechtsstaatlichen Regeln für die Gesellschaft nutzbar macht, damit die Erinnerung an Ereignisse in wesentlichen staatlichen und gesellschaftlichen Bereichen in eine möglichst weite Zukunft überliefert wird.“

Das unter dem Datum des 9. April 2021 ausgefertigte Gesetzespaket ist nach dem Willen des Deutschen Bundestags am 17. Juni 2021 in Kraft getreten. Mit diesem Schritt wurden die Stasi-Unterlagen zur Gänze zu Archivgut des Bundes umgewidmet, seitdem sind sie ein integraler Bestandteil des kulturellen Erbes der gesamten deutschen Nation.

Die Ambivalenz der Stasi-Unterlagen als Dokumentation vieltausendfacher Menschenrechtsverletzungen und diktatorischer Repression einerseits und als Symbol ihrer Überwindung und Aufklärung andererseits machte es erforderlich, den Zugang zu den Unterlagen auch weiterhin durch ein spezielles Gesetz zu regeln. Dem Symbolcharakter geschuldet ist auch, dass die Stasi-Unterlagen nicht an einem Ort zusammengeführt werden, sondern dauerhaft an jeweils einem Standort in Berlin bzw. in den ostdeutschen Flächenländern unter optimalen archivischen Bedingungen bewahrt und zugänglich werden sollen.

Mit den Stasi-Unterlagen übernimmt das Bundesarchiv eine Reihe von Aufgaben, die nicht zu den typischen Aufgaben eines staatlichen Archivs gehören. Dies betrifft vor allem die Verpflichtung, die Stasi-Unterlagen durch besondere Bildungs- und Informationsangebote im Bewusstsein der Öffentlichkeit sichtbar zu halten. Die wissenschaftliche Erforschung der SED-Diktatur soll befördert werden durch eine quellenbezogene Grundlagenforschung, die allein die Gewähr dafür bieten kann, dass die

Stasi-Unterlagen in ihrer spezifischen Komplexität auch dann noch interpretiert und verstanden werden können, wenn die Generation der Zeitzeuginnen und Zeitzeugen für Erklärungen nicht mehr zur Verfügung stehen wird.

Der Sichtbarhaltung dient auch die Erhaltung der Außenstellen ohne Archiv. In enger Kooperation mit der regionalen Erinnerungs- und Aufarbeitungslandschaft werden sie nicht nur weiterhin Orte sein, an denen Einsichtsansträge gestellt und Akteneinsicht vorgenommen werden kann; als Informations- und Bildungsorte bleiben sie ein unverzichtbares „Schaufenster“ des Stasi-Unterlagen-Archivs.

Im Mittelpunkt der Aufgabenwahrnehmung des Bundesarchivs in Bezug auf die Stasi-Unterlagen stehen aber weiterhin die Opfer von SED-Diktatur und Stasi-Terror. Ihre Interessen sind der Kompass für alle weiteren Planungen.

Der Deutsche Bundestag hat die Eingliederung des Stasi-Unterlagen-Archivs in das Bundesarchiv in klarer Voraussicht nicht als einmaligen Verwaltungsakt gedacht, sondern als mehrjährigen komplexen Transformationsprozess. Dieser Prozess hatte bereits vor dem 17. Juni 2021 begonnen mit intensiven Überlegungen zur Integration zunächst der beiden voll ausgebildeten Verwaltungen von Bundesarchiv und BStU. So konnte bereits im Juli 2021 eine völlig neu strukturierte Gesamtverwaltung weitgehend reibungsfrei ihren Dienst aufnehmen.

Seitdem wird die „Startstruktur“ vom 17. Juni 2021 ständig weiterentwickelt. Große Fortschritte wurden bereits in den Bereichen Archiv- und Informationstechnik erzielt, in denen die jeweiligen Organisationseinheiten von Bundesarchiv und BStU miteinander verschmolzen wurden. Dagegen war es zweckmäßig und sinnvoll, die Fachabteilungen des BStU weitgehend zu erhalten; sie führen ihre bisherige Arbeit in der gewohnten Sorgfalt und Qualität fort. Von besonderer Bedeutung für die Sichtbarkeit des Stasi-Unterlagen-Archivs im Bundesarchiv ist die Abteilung Vermittlung und Forschung.

Einen langen Atem benötigen die Überlegungen und Planungen für die regionale Struktur des Stasi-Unterlagen-Archivs. Hier sind viele Institutionen einzubinden, denen das Bundesarchiv ein guter Partner sein will. Das macht diese Aufgabe komplex und anspruchsvoll. Nachdem aber die Machbarkeitsstudien für die künftigen Standorte mittlerweile vorliegen und zahlreiche weiterführende Gespräche geführt wurden, wird schon bald ein umfassendes Konzept über die konkrete Struktur und Gestalt der verschiedenen Außenstellen mit und ohne Archiv vorlegt werden können.

Bei der Ausgestaltung und Weiterentwicklung des Stasi-Unterlagen-Archivs darf das Bundesarchiv auf die Unterstützung durch ein Beratungsgremium zurückgreifen, das der Deutsche Bundestag dem Bundesarchiv zur Seite gestellt hat. Als eine Gruppe ausgewiesener Expertinnen und Experten begleitet das Beratungsgremium unter dem Vorsitz von Katrin Budde (MdB) den Transformationsprozess kritisch wohlwollend und konstruktiv in dem gemeinsamen Verständnis, dass die Arbeit des Stasi-Unterlagen-Archivs zunächst ein Dienst an den Opfern der kommunistischen Diktatur in der DDR, darüber hinaus aber auch ein Dienst an der Zukunft der gesamten Gesellschaft ist.

Der Deutsche Bundestag erwartet in zweijährigen Abständen Berichte über den Fortgang des Transformationsprozesses. Der erste dieser Berichte liegt nun vor. Er zeugt von der intensiven Arbeit aller Beteiligten im gesamten Bundesarchiv an dem gemeinsamen Ziel, die Stasi-Unterlagen als nationales Kulturerbe zu erhalten und sichtbar und benutzbar zu machen. Die Bilanz darf sich aus meiner Sicht sehen lassen. Auch wenn noch vieles zu tun ist, wurde doch in zwei Jahren schon vieles erreicht. Davon können sich die Leserinnen und Leser gerne überzeugen.

Ich bin sehr stolz auf das schon Erreichte und habe berechnete Erwartungen in Bezug auf die kommenden Entwicklungsschritte. Ich danke der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien und ihrem Haus für die tatkräftige Unterstützung.

Zahlreiche Abgeordnete des Bundestags haben ihr Interesse am Bundesarchiv und der Transformation des Stasi-Unterlagen-Archivs in vielfältiger Weise zum Ausdruck gebracht. Dem Beratungsgremium gebührt großer Dank für die intensive Beratung und Unterstützung.

Meinen ganz besonderen Dank und Respekt aber möchte ich meinen Kolleginnen und Kollegen im gesamten, nun deutlich größeren Bundesarchiv abstaten. Dass wir so weit gekommen sind, verdankt sich vor allem ihrer hohen, aus der gemeinsamen Sache erwachsenen Motivation und ihrer Bereitschaft, für Bewährtes zu streiten und sich für Neues offen zu zeigen. Ich freue mich auf die weitere Zusammenarbeit.

Prof. Dr. Michael Hollmann
Präsident des Bundesarchivs

1 Eingliederung des Stasi-Unterlagen-Archivs in die Verantwortung des Bundesarchivs

Mit seinem Beschluss „Die Aufarbeitung der SED-Diktatur konsequent fortführen“ (BT-Drs. 18/8705) hat der Deutsche Bundestag im Jahr 2016 den dauerhaften Erhalt des Gesamtbestandes der vom Staatssicherheitsdienst der ehemaligen DDR hinterlassenen Unterlagen gesichert und zugleich den Eingliederungsprozess der Behörde des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen (BStU) in das Bundesarchiv eingeleitet.

Der frühere Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen erhielt den Auftrag, gemeinsam mit dem Bundesarchiv ein Konzept für die Überführung der Stasi-Unterlagen in das Bundesarchiv vorzulegen. Das in enger Abstimmung mit der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) entstandene Konzept vom 13. März 2019 (BT-Drs. 19/8201) nahm der Deutsche Bundestag mit Beschluss vom 26. September 2019 an (BT-Drs. 19/12115) und gab damit den Rahmen für die Integration des Stasi-Unterlagen-Archivs als eigenständig sichtbaren Bereich in das Bundesarchiv vor.

Eine wichtige Forderung des Parlaments war zudem die Entwicklung eines transparenten Personalkonzepts für die Beschäftigten des BStU, das keine Kündigungen vorsieht, Versetzungen auf ein Mindestmaß beschränkt und einen angemessenen Ausgleich unter Berücksichtigung der Belange der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei der Anpassung der Vergütungsstrukturen herstellt.

Kern der gesamten Reform war die Überlegung, dass die großen Herausforderungen des dauerhaften konservatorischen Erhalts der Stasi-Unterlagen, der Sicherung der darin enthaltenen Informationen, der Digitalisierung und des Umgangs mit den sich verändernden Anforderungen, die die Gesellschaft an ihre Archive stellt, besser gemeinsam bewältigt werden können. Als Teil des Bundesarchivs sind die Stasi-Unterlagen Teil des nationalen Gedächtnisses und können eingebettet in den Überlieferungskontext der gesamten DDR-Geschichte noch besser einen dauerhaften Beitrag zur gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur leisten.

Der besonderen Sensibilität der Stasi-Unterlagen als Instrument und Hinterlassenschaft der Geheimpolizei der SED-Diktatur wurde durch die Entscheidung Rechnung getragen, dass sich die Nutzung der Stasi-Unterlagen auch weiterhin nach dem Stasi-Unterlagen-Gesetz (StUG) mit seinen speziellen Zugangsregelungen richtet.

1.1 Novellierung des Bundesarchivgesetzes und des Stasi-Unterlagen-Gesetzes

Mit dem Gesetz zur Änderung des Bundesarchivgesetzes, des Stasi-Unterlagen-Gesetzes und zur Einrichtung einer oder eines SED-Opferbeauftragten vom 9. April 2021 (BGBl. I, S. 750) sind die für den Eingliederungsprozess der Behörde des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen unter das Dach des Bundesarchivs erforderlichen gesetzlichen Änderungen vollzogen worden und zum

17. Juni 2021, dem Ende der Amtszeit des letzten Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen, Roland Jahn, in Kraft getreten:

Der in das Bundesarchivgesetz (BArchG) neu eingefügte § 3b weist dem Bundesarchiv nun auch die Zuständigkeit für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes zu, die hiernach als Archivgut des Bundes in ihrem Gesamtbestand zu erhalten sind.

Im StUG ist die Zuordnung des Stasi-Unterlagen-Archivs zum Bundesarchiv in § 2 verankert. Erstmals ist dort festgelegt, dass die Stasi-Unterlagen in Berlin und an regionalen Standorten in Erfurt, Frankfurt (Oder), Halle (Saale), Leipzig und Rostock verwahrt werden. Über diese Archivstandorte hinaus sollen Außenstellen zur Information, Beratung, Antragstellung und Akteneinsicht in Chemnitz, Cottbus, Dresden, Gera, Magdeburg, Neubrandenburg, Schwerin und Suhl gebildet werden. Die Archivstandorte und die Außenstellen sind gemäß § 2 Absatz 1 StUG in die regionale Gedenkstättenlandschaft eingebunden (siehe auch Abschnitt 1.7).

Die Akteneinsicht durch Bürgerinnen und Bürger, Medienschaffende und zum Zwecke der Forschung und politischen Bildung soll an allen Standorten des Bundesarchivs, und damit auch außerhalb der ostdeutschen Länder, sowie in digitaler Form erfolgen können (§§ 12, 33 f. StUG). Gleiches gilt auch hinsichtlich der Information und Beratung von natürlichen Personen sowie nichtöffentlichen und öffentlichen Stellen (§ 2 Absatz 2 Nr. 7 StUG).

Erstmals im Gesetz als Aufgabe festgeschrieben sind die quellenkundliche Forschung zur Erschließung der Bestände, die Vermittlung des besonderen Charakters und Symbolwertes des Stasi-Unterlagen-Archivs und die Rekonstruktion und Erschließung von zerrissenen Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes (§ 2 Absatz 2 Nr. 6, 9 und 10 StUG). In § 15 Absatz 3 StUG wurden Lebenspartner im Sinne des Lebenspartnerschaftsgesetzes als nahe Angehörige Verstorbener bzw. Vermisster mit eigenem Zugangsrecht den Ehegatten gleichgestellt.

Mit § 39 StUG wurde ein Beratungsgremium zur Begleitung des Transformationsprozesses und zur Beratung des Bundesarchivs zu den Belangen der Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes geschaffen (siehe auch Abschnitt 1.6). Die für Kultur und Medien zuständige oberste Bundesbehörde (BKM) hat dem Deutschen Bundestag nach einem Zeitraum von fünf Jahren nach Inkrafttreten des Gesetzes einen Evaluierungsbericht zum Transformationsprozess des Stasi-Unterlagen-Archivs in das Bundesarchiv vorzulegen (§ 48 StUG).

Zum 1. Oktober 2021 wurden durch das Gesetz zur Aktualisierung der Strukturreform des Gebührenrechts des Bundes (BGBl. I 2016, S. 1666) die Regelung des § 42 StUG (Gebühren und Auslagen) sowie die Stasi-Unterlagen-Kostenordnung aufgehoben. Die Gebühren und Auslagen sind seitdem in der Besonderen Gebührenverordnung der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKMBGebV) geregelt (siehe auch Abschnitt 3.4). Dabei wurde insbesondere darauf geachtet, dass sich

hinsichtlich des Zugangs zu den Stasi-Unterlagen für Betroffene keine Kostenerhöhungen ergeben.

1.2 Organisations- und Struktur- anpassungen

Mit der Eingliederung des Stasi-Unterlagen-Archivs als ein neuer Bereich in das Bundesarchiv waren umfangreiche organisatorische Veränderungen verbunden. Deren Ziel ist es, die Querschnittsaufgaben der Verwaltung, der Informationstechnik und der Bestandserhaltung zusammenzuführen, um einheitliche Standards zu gewährleisten und Synergieeffekte zu erreichen. Die Gespräche und Abstimmungen dazu begannen bereits im Berichtszeitraum des letzten Tätigkeitsberichts des BStU.

Mit der zum 17. Juni 2021 bestehenden „Startorganisation“ in der Verwaltung sollte vor allen Dingen die Steuerungs-, Funktions- und Arbeitsfähigkeit der nun vereinten Behörden mit ca. 2 300 Beschäftigten an allen 24 Standorten sichergestellt werden. Dazu wurden die bestehenden Verwaltungen beider Behörden zusammengeführt und in zwei nach fachlichen Schwerpunkten unterteilte Abteilungen strukturiert: Die Abteilung Z I trägt die Verantwortung für die Themenkomplexe Personal, Organisation und Justizariat. In der Abteilung Z II werden Fragen des Haushalts, der Beschaffung, der Standortplanung, der Liegenschaftsverwaltung, des Inneren Dienstes sowie die Themen Gesundheitsprävention, Arbeitsschutz, Sicherheit und Bewachung bearbeitet.

Die beiden nunmehr für das Gesamthaus zuständigen Verwaltungsabteilungen standen vor der Herausforderung, die Prozesse bei der Bearbeitung sämtlicher Geschäftsvorfälle innerhalb kurzer Zeit anzugleichen und Parallelaufwände zu vermeiden. Da in vielen Fällen die Beschäftigten einer Organisationseinheit an verschiedenen Standorten untergebracht sind, mussten sämtliche Verwaltungsprozesse zum Teil über große Entfernungen hinweg organisiert sowie die Kommunikation und auch die Führungstätigkeit von Anbeginn an standortübergreifend realisiert werden.

Das beim BStU für Aufgaben der Informationstechnik (IT) verantwortliche Referat wurde zum 17. Juni 2021 in die Abteilung IT des Bundesarchivs integriert. Im Zuge einer internen Reorganisation kam zum 30. September 2021 der Bereich IT-Organisation hinzu. Damit sind nun alle mit der IT in Zusammenhang stehenden Aufgaben in einer Abteilung des Bundesarchivs gebündelt.

Mit Wirkung vom 1. Januar 2022 wurden das für Digitalisierung zuständige Referat sowie das für Restaurierung und Bestandserhaltung verantwortliche Sachgebiet aus dem Stasi-Unterlagen-Archiv herausgelöst und in die Abteilung Archivtechnik verlagert. Damit sind nun alle Kapazitäten zur systematischen Digitalisierung von Unterlagen sowie für die Bestandserhaltung und Restaurierung von Archivgut im gesamten Bundesarchiv in einer Abteilung zusammengefasst. Parallel dazu wurde die Zuständigkeit für die Themengebiete Digitales Magazin, Datenbanken Sachaktenserschließung und MfS-Datenbanken aus dem Stasi-Unterlagen-Archiv der Abteilung IT übertragen.

Zum 1. Mai 2022 wurde die unmittelbar dem Präsidenten zugeordnete Direktion Kommunikation (K) gebildet, die die Medien- und Öffentlichkeitsarbeit für das gesamte Bundesarchiv verantwortet. In der Direktion K ist der bisher in der Abteilung Kommunikation und Wissen des Stasi-Unterlagen-Archivs verortete Bereich Internet/Presse- und Öffentlichkeitsarbeit vollständig aufgegangen. Hinzu kamen Beschäftigte aus der Abteilung Grundsatz und Wissenschaft (GW) des Bundesarchivs, die dort bisher entsprechende Aufgaben wahrgenommen hatten. Die Direktion K ist neben der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zuständig für die digitale Kommunikation, den Internetauftritt sowie die Tätigkeit der Außenstelle Rastatt, Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte. Zudem verantwortet sie in Abstimmung mit dem Präsidenten die Kontaktpflege in den politischen Raum.

Die Abteilung Kommunikation und Wissen im Stasi-Unterlagen-Archiv wird als Abteilung Vermittlung und Forschung weitergeführt. Das Aufgabenportfolio umfasst die Themenfelder „Bildungsangebote für Schulen, Archivpädagogik“, „Ausstellungen, Dokumentationen, Bibliothek“, „Campus“ sowie „Quellenkundliche Forschung, wissenschaftliche Forschungsprojekte, Service und Publikationen“. In der Abteilung Grundsatz und Wissenschaft wurde das Referat GW 5 (Öffentlichkeitsarbeit; historische Bildungsarbeit; Außenstelle Rastatt) aufgelöst.

Einen Überblick über die Organisationsstruktur des Bundesarchivs gibt Anhang 1, der vollständige Organisationsplan steht unter <https://www.stasi-unterlagen-archiv.de/organisationsplan> zur Verfügung. Die Anschriften aller Dienststellen des Bundesarchivs finden sich in Anhang 9.

1.3 Organisationsuntersuchung

Der bisherige Transformationsprozess hat gezeigt, dass für das nun deutlich größere Bundesarchiv eine einheitliche Organisation mit gleichen Tarif- und Besoldungsstrukturen erforderlich ist, die aktuell noch nicht vollständig umgesetzt ist. Die hierzu notwendigen Prozessangleichungen sowie Arbeitsplatzüberprüfungen erfolgen sukzessive und die im Ergebnis gegebenenfalls folgenden (Plan-)Stellenhebungen wurden bzw. werden in die Haushaltsaufstellungsverfahren eingebracht.

Die Stellenhaushalte beider Behörden wurden zusammengeführt, einzelne Funktionen neu strukturiert und Bedarfe neu berechnet. Um hinsichtlich der Bedarfsbegründung zur Verwendung der Planstellen und Stellen einen einheitlichen Maßstab anlegen zu können, wurde die im Drei-Partner-Modell unter Beteiligung des Bundesverwaltungsamtes und der Beraterfirma Caggemini im Bundesarchiv begonnene Organisationsuntersuchung fortgeführt. In den kommenden Monaten werden auch die Ergebnisse der beim BStU von 2016 bis 2018 durchgeführten Organisationsuntersuchung mit Blick auf die neuen strategischen Zielstellungen analysiert und fortgeschrieben, so dass Ende 2023 eine umfassende Personalbedarfsermittlung für die Erledigung aller Aufgaben des Bundesarchivs vorliegen wird. Mit diesen Ergebnissen wird es möglich sein,

die im gemeinsamen Haushalt enthaltenen Planstellen und Stellen sachgerecht zu verwenden und den Stellenhaushalt künftig noch besser auf die strategische Entwicklung des Bundesarchivs auszurichten.

1.4 Haushalt

Die Haushaltsmittel des BStU bzw. des Stasi-Unterlagen-Archivs wurden im Haushaltsjahr 2021 noch im eigenen Kapitel 0455 abgebildet (sowie anteilig im Zentralkapitel der BKM 0451), da eine Zusammenführung der Haushalte der beiden Behörden BStU und Bundesarchiv nach der Transformation erst mit Beginn des neuen Haushaltsjahres möglich war. Zum 1. Januar 2022 ist das Kapitel 0455 entfallen. Das Kapitel 0453 besteht als Kapitel des gemeinsamen Bundesarchivs fort. Es handelte sich bei BStU und Bundesarchiv um Verwaltungshaushalte, deren Titelstruktur – beruhend auf den haushaltsrechtlichen Vorgaben des Bundes – größtenteils übereinstimmte. Unterschiede gab es lediglich hinsichtlich einiger Spezialtitel, z. B. beim Bundesarchiv die Titel 523 01 Wissenschaftliche Sammlungen und Bibliotheken, 532 07 Maßnahmen zum Erhalt des Filmerbes und 532 08 Kosten für die Bewachung von Archivgut.

Die Ausgaben des BStU bzw. des Stasi-Unterlagen-Archivs beliefen sich im Haushaltsjahr 2021 auf 97 750 000 Euro, wovon 95 579 000 Euro dem Kapitel 0455 zuzurechnen sind und weitere 2 171 000 Euro dem Zentralkapitel 0451. Von diesen Haushaltsmitteln wurden 73 Prozent für Personalausgaben verbraucht. Zusammen betragen die Ausgaben von BStU und Bundesarchiv im Haushaltsjahr 2021 190 116 000 Euro, davon 186 063 000 Euro in den Kapiteln 0453 und 0455 sowie 4 053 000 Euro im Zentralkapitel 0451. Insgesamt betrug der Anteil der Personalausgaben 62 Prozent.

Im Haushaltsjahr 2022 hat das Bundesarchiv 198 445 000 Euro verausgabt, anteilig 194 113 000 Euro im Kapitel 0453 sowie 4 332 000 Euro im Zentralkapitel 0451. Davon wurden 59 Prozent für Personalausgaben benötigt.

Im Haushaltsplan 2023 wurden für das Bundesarchiv Ausgabemittel in Höhe von 191 372 000 Euro veranschlagt, davon 188 087 000 Euro im Kapitel 0453 sowie 3 285 000 Euro im Zentralkapitel 0451. Für Personalausgaben ist ein Anteil von 61 Prozent vorgesehen.

Dem Stasi-Unterlagen-Archiv stehen auch nach der Eingliederung in das Bundesarchiv weiterhin alle notwendigen Mittel zur Verfügung, so dass es seine gesetzlichen Aufgaben gut und umfassend erfüllen kann.

1.5 Zusammenarbeit mit der Bundesbeauftragten für die Opfer der SED-Diktatur beim Deutschen Bundestag (SED-Opferbeauftragte)

Mit der Einrichtung des Amtes der Bundesbeauftragten für die Opfer der SED-Diktatur beim Deutschen Bundestag hat das Parlament dem Bedürfnis nach einer weiteren besonderen Berücksichtigung der Belange der Opfer des SED-Unrechts Rechnung getragen und ein Instru-

ment geschaffen, um die Wahrnehmbarkeit ihrer Anliegen in Politik und Gesellschaft zu stärken. Zwischen der SED-Opferbeauftragten und dem Bundesarchiv besteht ein regelmäßiger und enger Austausch in allen Fragen, die die Belange der Opfer betreffen.

Auf Einladung der SED-Opferbeauftragten bringt sich das Stasi-Unterlagen-Archiv weiterhin in das Dialogforum „Politische Opfer der SED-Diktatur“ ein. Von den zahlreichen im Berichtszeitraum gemeinsam wahrgenommenen Terminen seien beispielhaft genannt das Podiumsgespräch „Akten, Aufarbeitung und Deutsche Einheit“ im Rahmen der „EinheitsExpo2021“ zum Tag der Deutschen Einheit in Halle am 1. Oktober 2021, die Teilnahme an den Feierlichkeiten zum Tag der Deutschen Einheit in Erfurt am 2. Oktober 2022 mit einem Gespräch im Zelt des Deutschen Bundestages und einem anschließenden Besuch der Außenstelle Erfurt des Stasi-Unterlagen-Archivs, ein Gesprächstermin mit der Vorsitzenden der taiwanesischen Menschenrechtskommission, Frau Chen Chu, am 13. Dezember 2022 sowie ein fachlicher Austausch mit Mitgliedern der AG Menschenrechte und Humanitäre Hilfe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, die am 8. Mai 2023 auf dem Campus für Demokratie in Berlin-Lichtenberg zu ihrer jährlichen Klausurtagung zusammenkam.

Da mit der Transformation eine Akteneinsicht und Beratung insbesondere für Bürgerinnen und Bürger grundsätzlich an allen Standorten des Bundesarchivs möglich ist, hat die SED-Opferbeauftragte eine Beratungsschulung für Mitarbeitende an den westdeutschen Standorten des Bundesarchivs angeregt. Diesen Vorschlag hat das Bundesarchiv aufgegriffen und beteiligt sich an den Planungen. Um adäquat und sensibel auf die Anliegen der von SED-Unrecht Betroffenen reagieren zu können, sollen Beschäftigte des Bundesarchivs sowohl zu Fragen der Anwendung des Stasi-Unterlagen-Gesetzes als auch zum SED-Unrecht und seinen Auswirkungen fortgebildet werden. Als Partner ist die Universität Jena eingebunden, die im Rahmen des vom Bund geförderten länderübergreifenden Verbundprojektes „Gesundheitliche Langzeitfolgen von SED-Unrecht“ entsprechende Fortbildungsprogramme und kurze Schulungen entwickelt.

Das Konzept für die im Dezember 2023 geplante Schulung wird aktuell abgestimmt. An zwei Tagen soll den Teilnehmenden Grundlagenwissen zur Repression in der DDR, zu Traumafolgen und Rehabilitierungsmöglichkeiten vermittelt und ein Überblick über die Unterstützungs- und Beratungsangebote für von SED-Unrecht Betroffene gegeben werden. Angebote in den alten Bundesländern bzw. an den westdeutschen Standorten des Bundesarchivs finden dabei besondere Berücksichtigung.

1.6 Einrichtung eines Beratungsgremiums

Mit den organisatorischen Veränderungen, die aus der Transformation des Stasi-Unterlagen-Archivs in das Bundesarchiv folgten, waren auch im Hinblick auf die bisher beim BStU angesiedelten Beratungsgremien Veränderungen verbunden.

Der Beirat und das Wissenschaftliche Beratungsgremium des BStU beendeten ihre Arbeit zum 17. Juni 2021. Die letzten Sitzungen fanden am 11. März 2021 (Wissenschaftliches Beratungsgremium) bzw. 30. April 2021 (Beirat) statt.

Zur Begleitung des Transformationsprozesses und zur Beratung des Bundesarchivs in allen Belangen, die die Stasi-Unterlagen berühren, wurde auf der Grundlage von § 39 StUG ein neues Beratungsgremium eingerichtet. Es besteht für fünf Jahre ab seiner Konstituierung.

Die Zusammensetzung des Gremiums soll sicherstellen, dass Belange der Opfer der SED-Diktatur und der kommunistischen Herrschaft in der Sowjetischen Besatzungszone sowie landesspezifische Besonderheiten bei der Beratung angemessene Berücksichtigung finden. Von den zwölf Mitgliedern des Gremiums werden drei durch den Deutschen Bundestag gewählt und sechs von den Ländern Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen bestimmt. Drei Mitglieder, von denen eines einem Verband der Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft oder einer Vereinigung oder Interessengemeinschaft von Betroffenen staatlicher Repressionen der ehemaligen DDR angehört, benennt die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien (siehe Anhang 2).

Die konstituierende Sitzung des Gremiums fand am 20. Juni 2022 statt. Zur Vorsitzenden wählten die Mitglieder die Vorsitzende des Ausschusses für Kultur und Medien des Deutschen Bundestages, Frau Katrin Budde (MdB), und zu ihrem Stellvertreter Herrn Dieter Dombrowski, Bundesvorsitzender der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e. V. (UOKG) und früherer Vizepräsident des Brandenburger Landtages.

Seitdem fanden vier weitere Sitzungen und eine Sondersitzung statt, die zu einem intensiven Austausch zwischen den Mitgliedern des Gremiums und dem Bundesarchiv genutzt wurden. Im Gremium wurde die erfolgte Anpassung der Organisationsstrukturen, hier insbesondere zur Neuausrichtung der Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit, umfassend erörtert. In Bezug auf die regionale Entwicklung des Stasi-Unterlagen-Archivs, die zeitnah nach Vorliegen der Machbarkeitsstudien zu den geplanten Archivstandorten diskutiert wurde, wurden eine weitere enge Begleitung durch das Gremium sowie eine Anhörung im Kulturausschuss des Deutschen Bundestages verabredet. Gegenstand der Beratung durch das Gremium waren ferner die Bestandserhaltung (Sachstand Lagerungsbedingungen, Bestandserhaltungskonzept, Digitalisierungsmaßnahmen), das Forschungskonzept, die Haushaltssituation sowie der vorliegende Tätigkeitsbericht. Zu einer Sondersitzung hatte das Gremium Herrn Prof. Dr. Hans Uszkoreit, Wissenschaftlicher Direktor beim Deutschen Forschungszentrum für Künstliche Intelligenz (DFKI), als Gast und Experten eingeladen und erörterte mit ihm Möglichkeiten zur Unterstützung der virtuellen Rekonstruktion zerrissener Stasi-Unterlagen durch den Einsatz von Künstlicher Intelligenz.

1.7 Standortentwicklung

1.7.1 Die Standortentwicklung des Stasi-Unterlagen-Archivs und der Masterplan „Bundesarchiv 2035“

In den letzten Jahren erfuhr das Bundesarchiv mehrere beträchtliche Zuwächse an Aktenbeständen, die auch organisatorische Erweiterungen zur Folge hatten. Nicht zuletzt mit der Eingliederung der Behörde des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen in die Verantwortung des Bundesarchivs zum 17. Juni 2021 kam eine Vielzahl von Standorten in Berlin und den östlichen Bundesländern hinzu. Im Ergebnis ist mit 24 Dienststellen in zehn Bundesländern und 20 Städten ein hoher Dislozierungsgrad erreicht. Um den daraus erwachsenden Anforderungen bestmöglich begegnen zu können, wurde auf Anforderung des Bundesministeriums der Finanzen (BMF) ein sogenannter Masterplan „Bundesarchiv 2035“ entwickelt, der sich zurzeit noch in der näheren Abstimmung mit dem BMF befindet. Mit ihm wird eine größtenteils epochenbasierte Konzentration von Unterlagen verfolgt, die zugleich zu einer Straffung im Bereich der Standorte führen soll. Die Epochen des Deutschen Reiches sollen in Berlin-Lichterfelde, die der DDR in Berlin-Lichtenberg und die der Bundesrepublik Deutschland in der Hauptdienststelle Koblenz zentriert werden; die Überlieferung des Filmarchivs soll die Dienststelle Hoppegarten mit entsprechenden Spezialmagazinen aufnehmen.

Der Masterplan schließt die Realisierung der im StUG vorgesehenen künftigen Regionalstruktur des Stasi-Unterlagen-Archivs mit fünf zentralen Archivstandorten und acht Außenstellen ein. Hierdurch werden die Voraussetzungen für eine Langzeitarchivierung der Stasi-Unterlagen geschaffen. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt erfüllen ca. 85 Prozent der Standorte des Stasi-Unterlagen-Archivs vor allem im Hinblick auf die dauerhafte physische Erhaltung der Unterlagen nicht die erforderlichen Bedingungen. Diese müssen mittelfristig ebenso geschaffen werden wie die benötigten Flächen für zentrale Archivstandorte in jedem ostdeutschen Bundesland. Weitere Maßnahmen zur Erhaltung des wertvollen Originalbestandes der Stasi-Unterlagen sind die Steigerung der Digitalisierungskapazitäten sowie der Leistungsfähigkeit der Restaurierungswerkstatt am Standort Berlin-Lichtenberg. Die Entwicklung zukunftsfähiger Archivstandorte für die Stasi-Unterlagen stellt somit eine der großen Herausforderungen für das Bundesarchiv dar.

1.7.2 Archivstandorte und Außenstellen

Gemäß den Vorgaben von § 2 Absatz 1 StUG wird die Regionalstruktur des Stasi-Unterlagen-Archivs unter Beibehaltung aller bestehenden Standorte umgestaltet: In jedem ostdeutschen Bundesland wird ein zentraler Archivstandort errichtet. Daneben wird es acht Außenstellen ohne eigenes Archiv geben. Zu deren Aufgaben gehören die Information und Beratung, die Antragsbearbeitung und Akteneinsicht sowie die Unterrichtung der Öffentlichkeit über Struktur, Methoden und Wirkungsweise des Staatssicherheitsdienstes in Form von partizipativen Dokumen-

tations-, Ausstellungs- und anderen Bildungsprojekten. Die zentralen Archivstandorte wie die Außenstellen sollen in die regionale Gedenkstättenlandschaft eingebunden sein.

Für die Errichtung der künftigen zentralen Archivstandorte Erfurt, Halle (Saale), Leipzig und Rostock wurden im Jahr 2019 durch die BKM Machbarkeitsstudien beauftragt; die Beauftragung für den Standort Frankfurt (Oder) folgte im Jahr 2020. Die Ergebnisse liegen seit Ende März 2023 vor. Die Auswertung der Ergebnisse wird das Bundesarchiv der BKM als vorgesetzter Behörde vorlegen und das weitere Vorgehen hierzu abstimmen. Das Beratungsgremium befasste sich mit den Machbarkeitsstudien in seiner Sitzung im April 2023. Im Ergebnis soll die regionale Entwicklung Gegenstand einer Anhörung im Kulturausschuss beim Deutschen Bundestag sein, um eine politische Entscheidung über Finanzierung und Durchführung der baulichen Maßnahmen anzustoßen.

Bezüglich der künftigen Außenstellen ohne Archiv werden bereits seit mehr als einem Jahr intensive Gespräche geführt, die auf dem Erkenntnisstand der 2021 durchgeführten Rundreise des Präsidenten und der für das Stasi-Unterlagen-Archiv zuständigen Vizepräsidentin des Bundesarchivs zu allen Außenstellen aufbauen. Bereits während der Reise musste festgestellt werden, dass die gleichzeitigen Forderungen von § 2 Absatz 1 StUG (Einbettung in die Gedenkstättenlandschaft) und § 2 Absatz 2 Nr. 9 StUG (am historischen Ort) nicht durchgehend vereinbar sind. Bei der jetzt angestrebten Gewinnung von Kooperationspartnern aus der regionalen Gedenkstättenlandschaft bzw. auf kommunaler Ebene sowie bei der Suche nach geeigneten Liegenschaften ist daher eine flexible, an den konkreten Gegebenheiten ausgerichtete Lösungsfindung unabdingbar.

Um insbesondere die in § 2 Absatz 2 Nr. 9 StUG definierten Aufgaben kurzfristig erfüllen zu können, wird derzeit – wo möglich – der Anschluss an die Gedenkstättenlandschaft vorangetrieben. Wo sich dies räumlich nicht realisieren lässt, werden alternative Lösungen in den Ländern sondiert.

Eine Sonderrolle kommt der Außenstelle Cottbus in Brandenburg zu, da sie als einzige neu zu errichten ist. Hier ist die Etablierung eines Basisangebots mit monatlicher Bürgerberatung sowie Veranstaltungen in der Gedenkstätte „Zuchthaus Cottbus“ bereits gelungen. Mit dem Träger, dem Menschenrechtszentrum Cottbus e.V., wurde eine Nutzungsvereinbarung geschlossen. Das Bundesarchiv hat ferner sein Interesse bekundet, an diesem Standort den dauerhaften Sitz der neuen Außenstelle zu errichten. Angestrebt wird eine Unterbringung der Außenstelle im sogenannten Torhaus der Gedenkstätte. Eine weitere wichtige Partnerin vor Ort ist die AG Politische Bildung der Stadt Cottbus/Chóšebuz. Mit den in der AG zusammengeschlossenen Akteurinnen und Akteuren der historisch-politischen sowie aufarbeitungs- und archivpädagogischen Bildungsarbeit wurde Mitte Oktober 2022 erstmals eine Themen- und Fortbildungswoche durchgeführt.

1.7.3 Bezug einer neuen Liegenschaft durch die Außenstelle Chemnitz

Bis zur endgültigen Umsetzung der Regionalstruktur wird in Chemnitz ein zentrumsnaher Standort genutzt, der Ende 2022 bezogen wurde. Insbesondere Erwägungen zur Bestandserhaltung lagen der Entscheidung zum Umzug zugrunde. In der bisherigen Liegenschaft war die Außenstelle auf drei Gebäude verteilt. Die Magazine befanden sich u. a. in einem Kellergeschoss und in einer ehemaligen Kfz-Halle. Weder die Klimawerte noch die Versorgungsmedien entsprachen den geltenden Anforderungen nach DIN ISO 11 799 (Information und Dokumentation – Anforderungen an die Aufbewahrung von Bibliotheks- und Archivgut).

Dem Umzug war das zweijährige Projekt „Liegende Lagerung“ vorgeschaltet. Nunmehr wird über die Hälfte der Archivunterlagen nicht mehr aufrechtstehend, sondern in spezielle Mappen verpackt und liegend verwahrt. Für die in insgesamt 43 000 Archivboxen liegenden Unterlagen sind also die Anforderungen an eine optimale Bestandserhaltung bereits erfüllt. Nach dem Umzug der Außenstelle sind die Unterlagen der ehemaligen MfS-Betriebsverwaltung Karl-Marx-Stadt sowie der zugehörigen Kreisdienststellen archivgerecht untergebracht. Neben Halle (Saale) ist Chemnitz damit die zweite Außenstelle, in der eine archivgerechte Lagerung von Unterlagen vollständig realisiert ist.

Die neue Liegenschaft ist ein zweigeschossiger Flachbau. In seinem Innern gibt es zwei große Magazinräume, um die sich die Büros aller Arbeitsbereiche gruppieren. Zwei „Bullaugen“ als Mauerdurchbrüche zum oberen Magazinraum erlauben Besucherinnen und Besuchern einen Blick ins Archiv, ohne dass die Magazine betreten werden müssen. Die Aktenbereitstellung kann nun auf kürzestem Wege erfolgen, womit ein weiterer wesentlicher Fortschritt im Sinne der Bestandserhaltung erzielt ist.

In Anwesenheit der Direktorin des Sächsischen Staatsarchivs eröffneten der Präsident des Bundesarchivs und die für das Stasi-Unterlagen-Archiv zuständige Vizepräsidentin den neuen Standort der Außenstelle Chemnitz mit einem Festakt und einer anschließenden öffentlichen Veranstaltung am 13. Mai 2023.

1.7.4 Weiterentwicklung des Campus für Demokratie / Archivzentrum zur SED-Diktatur in Berlin-Lichtenberg

Die (Weiter-)Entwicklung der ehemaligen Stasi-Zentrale zum Campus für Demokratie ist ein Ziel, das von einem breiten politischen Konsens getragen wird. Dieser fand seinen Niederschlag nicht nur in der Annahme des gemeinsamen Konzeptes des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen und des Präsidenten des Bundesarchivs durch den Deutschen Bundestag im September 2019. Auch die aktuellen Koalitionsverträge auf der Ebene des Bundes sowie des Landes Berlin bekräftigen die Absicht, am historischen Ort in Berlin-Lichtenberg einen Campus für Demokratie zu errichten. In Berlin-Lichtenberg

wird das Bundesarchiv mit der Zusammenführung aller DDR-Bestände ein Archivzentrum zur SED-Diktatur etablieren. Hier sollen dem Beschluss des Deutschen Bundestages vom 26. September 2019 (BT-Drs. 19/12115) entsprechend, die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, neben den Unterlagen des ehemaligen MfS auch die Unterlagen von Regierung und Verwaltung, der Nationalen Volksarmee, der Grenztruppen sowie der Parteien und Massenorganisationen der ehemaligen DDR unterzubringen und zur Benutzung zur Verfügung zu stellen. Diese werden derzeit noch in Berlin-Lichterfelde und in Freiburg im Breisgau verwahrt. Die epochenbezogene Konzentration dieser Unterlagen wird den Zugang zur DDR-Überlieferung des Bundesarchivs vereinfachen und übergreifende Forschungsmöglichkeiten deutlich verbessern. Das Archivzentrum soll überdies moderne Restaurierungs- und Digitalisierungsbereiche enthalten. Obgleich das Bekenntnis zur Entwicklung des Campus für Demokratie bzw. zur Etablierung des Archivzentrums vorhanden ist, befindet sich die Umsetzung – vor allem auch in finanzieller Hinsicht – derzeit noch in einem frühen Stadium.

Nachdem eine erste Machbarkeitsstudie für das Archivzentrum vorlag, wurden im Zuge der fortschreitenden Eingliederung des Stasi-Unterlagen-Archivs in das Bundesarchiv deutliche Einsparungspotenziale etwa durch eine verbesserte Auslastung von Archivflächen und die Konzentration und Standortverlagerung von Arbeitsplätzen ermittelt. In Abstimmung mit der BKM und der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben hat das Bundesarchiv daraufhin eine veränderte Bedarfsplanung für das Archivzentrum erstellt, auf deren Grundlage eine überarbeitete Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben wurde. Diese wird auch die Bedarfe des geplanten Forums Opposition und Widerstand 1945–1990 der Robert-Havemann-Gesellschaft e. V. einbeziehen, das ein weiteres Großprojekt auf dem Campus für Demokratie darstellt. Somit können voraussichtlich zum Jahresende 2023 belastbare Informationen zum geschätzten Investitionsumfang beider Vorhaben erwartet werden. Fest steht schon heute, dass neben enormen baulichen Aktivitäten vor allem ein Zukauf von Flächen durch den Bund erforderlich sein wird.

Die Sanierung von zwei zentralen Liegenschaften aus dem Gesamtpaket soll vorgezogen werden: In Haus 22, dem ehemaligen Offizierskasino des MfS, soll ein gemeinsames Besucherzentrum nebst Veranstaltungsbereich für das Bundesarchiv und alle am Campus für Demokratie ansässigen Initiativen und Vereine entstehen. Saniert werden soll zudem der Nordflügel von Haus 7, um die dort vorhandenen Büroräume nach Jahren des Leerstands nutzen zu können.

Auf Einladung der Vorsitzenden des Beratungsgremiums, MdB Katrin Budde, und der Europaabgeordneten Hannah Neumann besuchte Kulturstaatsministerin Claudia Roth im Januar 2023 den Campus für Demokratie. Bei diesem Termin fanden überdies direkte Gespräche mit den damaligen Berliner Senatoren für Kultur und Europa, für Finanzen und für Stadtentwicklung und Wohnen über die Entwicklungslage des Areals und die vordringlichen Auf-

gaben statt. Mit dem kurz darauf erfolgten Beschluss des Berliner Abgeordnetenhauses vom 9. Februar 2023 (Campus für Demokratie gemeinsam mit dem Bund weiterentwickeln; Nr. 2023/26/46 A, Drucksache 19/0864) zeigt sich auch das Land Berlin zum Engagement im Bereich Campus für Demokratie entschlossen. Bereits 2021 hatten der Berliner Beauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur bzw. das Land Berlin die Mittel für ein Beleuchtungskonzept und dessen erste Umsetzungsphase bereitgestellt, um neben der Verkehrs- und Betriebssicherheit vor allem auch die Aufenthaltsqualität am Campus zu erhöhen. Eine vom politischen Willen aller Akteure getragene infrastrukturelle Entwicklung des Geländes rückt damit ein Stück näher.

2 Archivbestände

Mit der Entscheidung des Deutschen Bundestages, die Stasi-Unterlagen in das Bundesarchiv zu überführen, ist die Überlieferung des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) und seiner Gliederungen dauerhaft in den Kontext sämtlicher Unterlagen eingebettet, die aus zentralen Stellen der DDR im Bundesarchiv verwahrt werden. Entsprechende Bezüge gibt es auch zur Überlieferung aus der Zeit vor 1945, soweit hierzu Unterlagen in den Beständen des MfS vorhanden sind, namentlich in Gestalt des sogenannten NS-Archivs des MfS. Dadurch sind neue Möglichkeiten zur Kompetenzenbündelung und vernetzten Bearbeitung gegeben. Arbeitsziele und Arbeitsweisen können intensiv gemeinsam betrachtet und aufeinander bezogen werden. Angeknüpft werden konnte hierbei an einen vielfältigen Austausch, den das Bundesarchiv und die Fachbereiche des BStU zuvor bereits intensiv gepflegt hatten.

2.1 Überlieferungsformen

Die Überlieferung des Staatssicherheitsdienstes lässt sich grob unterteilen in solche Unterlagen, die sich zum Zeitpunkt der Auflösung des MfS 1989/1990 noch in den verschiedenen Diensteinheiten in Bearbeitung befanden, sowie in Unterlagen, die damals bereits vom Staatssicherheitsdienst als abgeschlossen in eigenen, sogenannten Archivbeständen geführt wurden. Letztere werden auch als „archivierte Ablagen“, erstere als „Unterlagen der Diensteinheiten“ bezeichnet. Der Umfang der archivierten Ablagen beträgt knapp 51 000 lfd. M.; diese enthalten in großer Menge Materialien aus dem Kernbereich der Überwachung, Bekämpfung und Verfolgung, aber auch die zahlreichen Akten aus der Zusammenarbeit mit den inoffiziellen Mitarbeitern (IM). Die Überlieferung an Unterlagen der Diensteinheiten beläuft sich auf gut 61 500 lfd. M.; eingeschlossen sind hier die zahlreichen Karteien des MfS zur Informationsspeicherung und -verwaltung (siehe Abschnitt 2.4).

Zur Besonderheit des Staatssicherheitsdienstes gehörte es, dass er – gleich dem SED-Parteiparat – eine Parallelorganisation in praktisch identischer Dichte und Verzweigung zur allgemeinen Verwaltungsstruktur in der DDR aufgebaut hatte. Insgesamt beläuft sich der Umfang der Überlieferung nach aktueller Unterbringungssituation und

Bemessung auf etwa 112 500 lfd. M. Davon entfallen auf das ehemalige Ministerium in Berlin als der Zentrale des Staatssicherheitsdienstes ca. 44 200 lfd. M. Unterlagen. Für das Land Brandenburg (MfS-Bezirksverwaltungen Cottbus, Frankfurt (Oder) und Potsdam mit zuletzt 41 Kreis- und Objektdienststellen) beläuft sich die Überlieferung auf knapp 10 760 lfd. M. In Mecklenburg-Vorpommern (MfS-Bezirksverwaltungen Neubrandenburg, Rostock und Schwerin mit zuletzt 35 Kreis- und Objektdienststellen) sind etwa 7 950 lfd. M. Unterlagen erhalten, in Sachsen-Anhalt (MfS-Bezirksverwaltungen Halle und Magdeburg mit zuletzt 44 Kreis- und Objektdienststellen) sind es knapp 13 660 lfd. M. Für Sachsen (MfS-Bezirksverwaltungen Dresden, Karl-Marx-Stadt und Leipzig mit zuletzt 52 Kreis- und Objektdienststellen) beträgt der Umfang nahezu 21 700 lfd. M., in Thüringen (MfS-Bezirksverwaltungen Erfurt, Gera und Suhl mit zuletzt 33 Kreis- und Objektdienststellen) sind es ca. 11 900 lfd. M. Auch in Berlin gab es noch eine eigene MfS-Bezirksverwaltung, der ebenfalls Kreisdienststellen für die einzelnen, zuletzt elf Stadtbezirke zugeordnet waren; der Umfang dieser Überlieferung bemisst sich auf ca. 2 330 lfd. M.

Neben dem klassischen Schriftgut (Akten, Karteien) enthält die archivalische Hinterlassenschaft der Staatssicherheit Unterlagenarten wie Fotos, Tonaufzeichnungen, Filme und Videos, Karten, Pläne, Plakate sowie maschinenlesbare Daten. Außerdem sind große Mengen an verfilmtem Schriftgut vorhanden, das vom MfS zum Beispiel als sogenannter Sicherungsfonds verwahrt wurde, etwa für den Fall, dass die Papierakten katastrophen- oder kriegsbedingt verlorengehen. Die Fotosammlung enthält ca. 1,99 Millionen lose Bildaufnahmen und umfasst neben Fotoabzügen und Fotonegativen auch Diapositive und Glasplatten. In die Fotosammlung gehen alle einzeln vorliegenden Bildaufnahmen ein, unabhängig von der Form ihrer Überlieferung oder der Art ihres Trägermaterials. Die Tonsammlung bzw. die Film-/Videosammlung enthalten ca. 22 900 Tondokumente/-träger sowie derzeit 2 894 Einheiten an Filmen und Videos. Rund 232 000 Großformate (Karten, Pläne, Plakate) werden aktuell gesondert gelagert. Der Großteil der maschinenlesbaren Daten des MfS wurde 1990 noch zerstört; die Zahl der aktuell identifizierten Datenprojekte beläuft sich auf 106.

Eine besondere Form der Hinterlassenschaft stellen die zerrissenen Unterlagen dar, die vom Staatssicherheitsdienst im Zuge seiner Auflösung noch zur Vernichtung vorbereitet worden waren. Diese stammen aus nahezu allen Dienststellen des MfS und teilweise auch aus den archivierten Ablagen. Sie sind daher zur materialintakten Überlieferung in Bezug zu setzen, stellen inhaltlich also kein gesondertes Genre dar. Soweit zerrissene Unterlagen rekonstruiert werden konnten, werden sie in die zugehörige intakte Überlieferung eingegliedert. Erhalten sind aktuell noch über 15 400 Behältnisse mit zerrissenen Unterlagen.

Zur Stasi-Überlieferung zählen von jeher auch Unterlagen von anderen Stellen der ehemaligen DDR. So gab es zwischen dem Staatssicherheitsdienst und verschiedenen

anderen Stellen Vereinbarungen zur Übernahme von deren Unterlagen in die Langzeitverwahrung durch das MfS. Beispielfähig erwähnt seien die Akten von DDR-Staatsanwaltschaften, die nach Ablauf der Aufbewahrungsfristen an das MfS abgegeben und dort in eigenen Archivbeständen verwaltet wurden. Ein anderes Beispiel sind die Akten des Arbeitsgebiets I der Kriminalpolizei, das für konspirative Ermittlungen in den verschiedensten Bereichen der Gesellschaft zuständig war. Ähnliches gilt für die Unterlagen aus der SED-Parteioorganisation im MfS. Das betreffende Schriftgut wurde vom MfS selbst verwahrt. Auch Unterlagen der wichtigsten DDR-Massenorganisationen (FDGB, DSF, FDJ) sind in der Überlieferung des Staatssicherheitsdienstes zu finden. Alle diese Unterlagen verbleiben auch weiterhin im Verbund der Stasi-Unterlagen; Lücken in den eigentlichen Provenienzbeständen werden virtuell über Verweise geschlossen.

2.2 Arbeitsschwerpunkte

Im Berichtszeitraum waren die Anstrengungen darauf gerichtet, die durch die Eingliederung der Stasi-Unterlagen in die Verantwortung des Bundesarchivs möglich werdenden und zuvor bereits vielfach in den Blick genommenen Optionen zur Zusammenführung von Ressourcen und zur vertieften inhaltlichen Abstimmung für das weitere fachlich-methodische Vorgehen in die Wege zu leiten (siehe auch Kapitel 1). Während des Berichtszeitraums wurden wichtige Schlüsselvorhaben angestoßen. Im Bereich der Bestandserhaltung und Digitalisierung betraf dies die Inkraftsetzung eines neuen Bestandserhaltungskonzepts für das Bundesarchiv als Gesamtarchiv sowie den Einstieg des Stasi-Unterlagen-Archivs in die systematische Akten- und Karteidigitalisierung. Insbesondere zur Vorbereitung einer Entscheidung darüber, welche Überlieferungsanteile prioritär in diese Digitalisierung einbezogen werden, erfolgte während des Berichtszeitraums die intensive Befassung durch die Fachabteilungen des Stasi-Unterlagen-Archivs (siehe Abschnitt 2.5). Mit der Karteidigitalisierung verbunden ist ein Projekt zur automatisierten Erkennung der auf den Karteikarten enthaltenen Erschließungsinformationen durch den Einsatz Künstlicher Intelligenz (KI) für die digitale Recherche. Auf dem Gebiet der Informationstechnik sind die Einführung der Fachanwendung BASYS im Stasi-Unterlagen-Archiv sowie die Integration der vom MfS bzw. ehemaligen BStU überkommenen Signaturformen in das gesamtarchivische Signatursystem des Bundesarchivs zu nennen (siehe Abschnitt 2.4).

Auf den vom Stasi-Unterlagen-Archiv verantworteten archivfachlichen Aufgabenfeldern der Erschließung, Recherche und manuellen Rekonstruktion von Stasi-Unterlagen wurde die Zusammenarbeit mit den entsprechenden Fachbereichen im Bundesarchiv gleichfalls intensiviert und auf weitere Synergieeffekte hin abgestimmt. Ein erstes zentrales Ergebnis im Berichtszeitraum war hier der Einstieg in die Rechercheanwendung *invenio* des Bundesarchivs zur Online-Präsentation von Erschließungsinformationen. Damit einher geht die Ablösung der ebenfalls vom Bundesarchiv unterhaltenen Rechercheplattform

ARGUS, die schrittweise bereits seit mehreren Jahren erfolgte. Auch inhaltlich bildete die Bereitstellung von weiteren Online-Erschließungsinformationen einen wesentlichen Arbeitsschwerpunkt im aktuellen Berichtszeitraum (siehe Abschnitt 2.3.2).

Zur engeren Abstimmung mit den anderen im Bundesarchiv zuständigen Erschließungsbereichen wurde im Berichtszeitraum eine Arbeitsgruppe Erschließung eingerichtet. In dieser sind für das Stasi-Unterlagen-Archiv alle Fachabteilungen vertreten. Ziel der Arbeitsgruppe sind gemeinsame Erörterungen über die jeweils angewandten Erschließungsstandards, ihre Voraussetzungen und Möglichkeiten sowie Verständigungen über die Anwendungsfelder und -formen der sachthemenorientierten Erschließung und den Einsatz von Normdaten im Erschließungsprozess. Das Stasi-Unterlagen-Archiv bringt in diesen Diskussionsprozess insbesondere Erkenntnisse und Handlungsempfehlungen aus dem Fachkonzept Erschließung ein, das im Rahmen der Organisationsuntersuchung beim ehemaligen BStU erarbeitet worden war.

Als weitere Arbeitsschwerpunkte im Berichtszeitraum sind die Beständegliederung der Stasi-Überlieferung zur Integration in die Gesamtsystematik (Tektonik) des Bundesarchivs sowie die Neugestaltung der inneren Beständegliederungen für Erschließungsinformationen zu den MfS-Unterlagen zu nennen (siehe Abschnitt 2.3.3). Bei der Beständeklassifikation handelt es sich um die oberste Ebene einer am Provenienzprinzip orientierten archivischen Erschließung. Wesentlich für die Aufgabenerledigung und Ressourcenbindung blieben im aktuellen Berichtszeitraum weiterhin die Serviceleistungen der Magazindienste und Kartebereiche zur Bereitstellung von Archivgut und zur Erledigung von Recherchen in den Karteien des ehemaligen MfS und den Datenbanken (siehe Abschnitt 2.4). Nicht zuletzt wurden im Berichtszeitraum die statistischen Angaben zur archivischen Aufgabenerledigung innerhalb des Stasi-Unterlagen-Archivs auf die Gesamterhebungen im Bundesarchiv abgestimmt, so dass diese Angaben nunmehr in die Jahresstatistik des Bundesarchivs als Gesamtbehörde einfließen.

2.3 Erschließungsergebnisse

2.3.1 Stand und Verlauf der personen- und sachbezogenen Erschließungsarbeiten

Von den im Stasi-Unterlagen-Archiv verwahrten ca. 112 500 lfd. M. Papierunterlagen (Akten und Karteien) sind etwa 109 350 lfd. M. personenbezogen zugänglich; dies entspricht einem Erschließungsstand von 97,2 Prozent. Zusätzlich sind ca. 43 900 lfd. M. dieser Unterlagen sachthemenorientiert erschlossen. Die sachthemenorientierte Erschließung erleichtert die Nutzung der Stasi-Unterlagen insbesondere für Fragestellungen der Forschung und Wissenschaft, die nicht oder jedenfalls nicht vordringlich an Personenkriterien ausgerichtet sind. Sie war im ehemaligen BStU zunächst auf die Unterlagen der Dienststellen fokussiert. Maßgeblich dafür war der Umstand, dass für die aus den Büros der MfS-Mitarbeiter 1989/1990 ge-

borgenen Unterlagen vielfach Zugangsmittel zum Inhalt dieser Unterlagen fehlten. Anders war dies im Bereich der archivierten Ablagen des MfS: Für die dort abgelegten Unterlagen standen entsprechende Nachweissysteme des MfS zur Verfügung (die allerdings vorwiegend nur personenbezogen strukturiert sind). Um die Nutzung der Stasi-Unterlagen in ihrer Gesamtheit zu ermöglichen, war daher zunächst eine Konzentration der Erschließungsarbeit auf den Bereich der Unterlagen der Dienststellen erforderlich.

Bei den Unterlagen der Dienststellen war, insbesondere soweit die entsprechenden Zugangsmittel ganz fehlten, neben der sachthemenorientierten auch die personenbezogene Erschließung erforderlich. Dabei ist zu beachten, dass aufgrund der differenzierten Anspruchsgrundlagen nach dem Stasi-Unterlagen-Gesetz eine entsprechend vertiefte personenbezogene Erschließung des Archivgutes zur Erhebung der einschlägig benötigten Personendaten erforderlich ist. Im Bereich der Unterlagen der Dienststellen sind die aufwändigen Erschließungsarbeiten inzwischen abgeschlossen, mit Ausnahme von Unterlagen aus der MfS-Bezirksverwaltung Suhl (ca. 280 lfd. M.) sowie aus einigen Überlieferungsbereichen des Ministeriums in Berlin (ca. 2 870 lfd. M.).

Die sachthemenorientierte Erschließung ist mit hohen Aufwänden verbunden und steht im Bereich der archivierten Ablagen, da sie an die Erschließung der Unterlagen der Dienststellen angeschlossen, vielfach noch am Beginn. Einen Schwerpunkt bildeten hier im Berichtszeitraum Betroffenenakten im engeren Sinn: Akten über Ausspähung und Überwachung (Kategorie OPK bzw. AOPK), verdeckte Bekämpfung (Kategorie OV bzw. AOP, hier u. a. mit der Dokumentation von Maßnahmen der „Zersetzung“) sowie offene Verfolgung und Inhaftierung (Kategorie UV bzw. AU).

Die sachthemenorientierte Erschließung wird nicht durchgängig für die gesamte Überlieferung erforderlich sein, da relevante Teile der Unterlagen auch nach heutigem Maßstab als primär personenbezogene Unterlagen anzusprechen sind. Das betrifft zum Beispiel die Personalakten der ehemaligen MfS-Angehörigen oder, nach einer entsprechenden Betrachtung durch den Forschungsbereich des Stasi-Unterlagen-Archivs, weitgehend auch die sogenannten Zentralen Materialablagen (ZMA) des MfS (siehe auch Abschnitt 4.3.2).

Die Erschließungstätigkeit war auch im aktuellen Berichtszeitraum nicht allein auf das Papierschriftgut beschränkt, sondern umfasste die weiteren vom MfS hinterlassenen Überlieferungsformen. Aus der Fotosammlung sind inzwischen über 1,62 Millionen Fotos erschlossen; dies entspricht einem Erschließungsstand von 81 Prozent. Der Erschließungsstand der Tonaufzeichnungen beläuft sich auf knapp 93 Prozent (rund 21 200 Tondokumente/-träger). Der Bestand an Filmen und Videos ist vollständig erschlossen; vereinzelt kann es hier noch Zuwächse aus der Erschließung der archivierten Ablagen geben, die dann jeweils zeitnah erschlossen werden. Der Erschlie-

ßungsstand für Großformate (Karten, Pläne, Plakate) beträgt 19 Prozent (ca. 44 700 Stück). Die maschinenlesbaren Daten sind, soweit technisch möglich und der Sache nach sinnvoll, so aufbereitet, dass sie mithilfe aktueller Software lesbar sind, so dass sie für Auskunftszwecke zur Verfügung stehen.

2.3.2 Online-Bereitstellung von Erschließungsinformationen und digitalisiertem Archivgut

Auch im aktuellen Berichtszeitraum wurden Erschließungsdaten aufbereitet mit dem Ziel, diese öffentlich für Online-Recherchen zur Verfügung zu stellen, die ohne besondere Antragstellung durchgeführt werden können. Diese Arbeiten bildeten einen wesentlichen Schwerpunkt der Erschließungstätigkeit.

Die online bereitgestellten Erschließungsinformationen können grundsätzlich auf zwei Wegen recherchiert werden: Zum einen ist die freie Suche nach selbstgewählten Begriffen möglich. Zum anderen besteht die Möglichkeit, strukturiert anhand von Begriffsgruppen zu recherchieren, die die einzelnen Titelangaben (Datenmengen) nach Gesichtspunkten bündeln, die die ursprüngliche Entstehung und Nutzung der beschriebenen Archivalien betrafen (siehe Abschnitt 2.3.3). Dadurch sollen Interessierte darauf aufmerksam gemacht werden, dass weitere Suchschritte auch in diesem Kontext möglich sind (Umfeldrecherchen).

Im aktuellen Berichtszeitraum wurden die betreffenden Erschließungsinformationen zur Online-Präsentation in die Rechercheanwendung *invenio* des Bundesarchivs überführt, werden nun auf diesem Portal veröffentlicht und zur Online-Recherche angeboten. Über *invenio* erfolgt gleichzeitig die Weitergabe dieser Daten zur Ausgabe an die Internet-Rechercheplattformen *Archivportal-D* sowie Deutsche Digitale Bibliothek (DDB). Das Stasi-Unterlagen-Archiv ist damit seit dem aktuellen Berichtszeitraum mit den eigenen Erschließungsinformationen auch in diesen beiden nationalen Referenzportalen vertreten. In die Online-Ausgabe über *invenio* eingeschlossen sind ferner die digitalisierten Akteninhalte und Tonaufzeichnungen, die gemäß Stasi-Unterlagen-Gesetz für die freie Nutzung zur Verfügung gestellt werden können. Die bisherige Internetplattform *ARGUS* ist mittlerweile technisch veraltet und steht damit vor der Ablösung. Parallel wurde im Berichtszeitraum die Einspielung und Aktualisierung von Online-Erschließungsinformationen im *Archives Portal Europe* (*Archivportal Europa*; *APE*) fortgesetzt. Das Stasi-Unterlagen-Archiv ist damit weiter auch in diesem europäischen Referenzportal präsent, an dem sich inzwischen Archive aus mehr als 30 europäischen Ländern und der Europäischen Kommission beteiligen.

Insgesamt hat das Stasi-Unterlagen-Archiv mittlerweile Erschließungsergebnisse im Umfang von über 250 000 Titelangaben für die Online-Präsentation in den verschiedenen Internet-Anwendungen und -Portalen zur Verfügung gestellt (*invenio*, *APE*, *Archivportal-D*, *DDB*). Davon im Berichtszeitraum neu erarbeitet und zur Verfügung gestellt wurden insgesamt ca. 95 000 Titelangaben. Sie betreffen

ein inhaltlich breites Spektrum, so beispielsweise Nachweisdaten zu den geheimen Auswertungen und Berichterstattungen der MfS-Bezirksverwaltung Karl-Marx-Stadt für die dortige SED-Bezirksleitung, zu weiteren Unterlagen aus dem Bereich der innenpolitischen Überwachung und Repression (Linie XX) oder aus den Gebieten der Beobachtung und Ermittlung (Linie VIII), Grenz- und Passkontrolle (Linie VI), Postkontrolle (Abteilung M), zu Unterlagen aus der Überwachung von DDR-Innenministerium und Volkspolizei (Linie VII), aus der Arbeitsgruppe XVII, deren Auftrag die Überwachung des Reiseverkehrs von und nach West-Berlin war, oder zu weiteren Unterlagen aus jenem speziellen Bereich innerhalb der MfS-Bezirksverwaltung Halle, dessen Zweck in der Verhinderung, Erschwerung und Verzögerung von Umzügen oder Fluchten in die Bundesrepublik bestand (Bezirkskoordinierungsgruppe – BKG).

Online-Erschließungsinformationen stehen mittlerweile auch für nahezu die Hälfte der zuletzt 209 Kreisdienststellen des MfS zur Verfügung. Im Berichtszeitraum neu erarbeitet wurden u. a. Nachweisangaben über weitere Unterlagen aus der vergleichsweise sehr umfangreichen Überlieferung zur Kreisdienststelle Leipzig-Stadt. Auch stehen inzwischen für fünf der zuletzt sieben Objektdienststellen Angaben für die eigenständige Recherche im Internet zur Verfügung; neu erarbeitet wurden im Berichtszeitraum Informationen zum Archivgut der Objektdienststelle „Technische Universität/Hochschulen“ in Dresden.

Das Angebot zur freien Online-Verfügbarkeit schließt digitalisiertes Archivgut ein, soweit dies auf Grundlage des Stasi-Unterlagen-Gesetzes möglich ist. Etwa 66 000 digitalisierte Aktenseiten sind derzeit online frei konsultierbar, hierunter zum Beispiel die Sitzungsprotokolle des Kollegiums des MfS, Protokolle zentraler Dienstkonferenzen, die die Führungsspitze des MfS mit herausgehobenen Leitungskadern der einzelnen Hauptabteilungen und Bezirksverwaltungen abhielt, oder zentrale dienstliche Bestimmungen.

Zum online verfügbaren Archivgut zählen neben digitalisierten Akten auch Tonaufzeichnungen. Insgesamt stehen im Internet akustische Quellen im Umfang von ca. 17 400 Spielzeitminuten zur Verfügung. Aktuell werden Tondigitalisate aus zehn verschiedenen Dienstseinheiten sowie aus der SED-Kreisleitung beim MfS angeboten.

Die online zur Verfügung gestellten Akteninhalte und Tonaufzeichnungen sind mit den im Internet konsultierbaren Erschließungsinformationen so verknüpft, dass sie von diesen aus direkt angesteuert werden können. Darüber hinaus sind weitere Stasi-Unterlagen themenbezogen in der Mediathek des Stasi-Unterlagen-Archivs veröffentlicht und kontextualisiert (siehe Abschnitt 5.3.2).

2.3.3 Beständegliederung

Teil des archivischen Erschließungsprozesses ist die Gruppierung der zahlreich entstehenden Erschließungsinformationen in ein System, das die beim Registraturbildner entstandene logische Ordnung der Unterlagen abbildet

(Klassifikation). Die Gliederung der Gesamtüberlieferung selbst erfolgt durch die Bildung von Lagerungsgruppen in Gestalt von Archivbeständen. Maßgeblich hierfür ist das sogenannte Provenienzprinzip. Es besagt, dass für die Bestandsbildung das Merkmal der Herkunft (Provenienz) des Archivgutes, d. h. sein ursprünglicher Entstehungs- und Nutzungszusammenhang, ordnungsentscheidend ist.

Zur Integration in die Gesamtsystematik (Tektonik) des Bundesarchivs wurde die Überlieferung der Stasi neu in 17 Archivbestände strukturiert, um die einzelnen Provenienzkontexte stärker konturieren zu können. Das Ministerium und die Bezirksverwaltungen für Staatssicherheit werden hierzu als selbstständige Behörden begriffen. Dabei bildet die Überlieferung aus dem Ministerium in Berlin den Archivbestand MfS 1. Die ehemaligen 15 Bezirksverwaltungen einschließlich der ihnen jeweils zugehörigen Kreisdienststellen und (soweit vorhanden) Objektdienststellen bilden die Archivbestände MfS 2 bis MfS 16, wobei die Nummerierung in der alphabetischen Reihenfolge der Namen der Bezirksverwaltungen erfolgt. Der Bestand MfS 2 bezeichnet folglich die Überlieferung der MfS-Bezirksverwaltung Berlin mit ihren zugehörigen Kreisdienststellen, der Bestand MfS 16 das Archivgut der MfS-Bezirksverwaltung Suhl einschließlich ihrer Kreisdienststellen. Ebenfalls in einem eigenen Archivbestand zusammengeführt ist die Überlieferung der SED und DDR-Massenorganisationen im MfS (MfS 17).

Ebenso wurde das Grundschema für die innere Gliederung der einzelnen MfS-Archivbestände neugestaltet. Die innere Klassifikation der Archivbestände folgt grundsätzlich der Aktenordnung der Registraturbildner, weil dieser Ursprungsordnung ein heuristischer Wert beigemessen wird. Es wurde ein aufgabenbezogenes Grundschema entwickelt, das insbesondere den eigenständigen Zugang zu Erschließungsinformationen des Stasi-Unterlagen-Archivs für interessierte Nutzende erleichtern soll. Der Einstieg erfolgt über Ebenen, die aufgabenbezogen definiert sind und von dort Interessierte an die ursprünglichen Nutzungskontexte und Herkunftszusammenhänge (z. B. ehemalige MfS-Dienstseinheiten) heranführen. Die Darstellung dieses Grundschemas erfolgt in der neuen Umgebung zur IT-gestützten Erschließung und Recherche (BASYS; siehe Abschnitt 2.4). Sie bildet dort das Grundgerüst für die Gruppierung der Erschließungsinformationen und wird daher auch zur Strukturierung der Online-Erschließungsinformationen genutzt, namentlich in der Präsentationsanwendung *invenio*.

2.4 Bereitstellungen und Recherchen, Fachanwendungen und BASYS-Einführung

Zu den zentralen archivfachlichen Aufgabenstellungen in der Federführung des Stasi-Unterlagen-Archivs gehören weiterhin die Bereitstellung von Unterlagen und die Bearbeitung von Rechercheanforderungen für die verschiedenen Nutzungszwecke nach dem Stasi-Unterlagen-Gesetz. Im Berichtszeitraum wurden ca. 320 000 Archivalien durch die Magazindienste zur Benutzung bereitgestellt.

Gleichzeitig wurden in den Karteibereichen über 466 000 Personenrecherchen durchgeführt. Zunehmend waren die Magazindienste im Berichtszeitraum auch mit der Vorbereitung und Bereitstellung von Unterlagen für die systematische Aktendigitalisierung befasst (siehe Abschnitt 2.5.3). Ihnen obliegen darüber hinaus im Bereitstellungsprozess weiterhin bestimmte Aufgaben im Bereich der präventiven Bestandserhaltung (siehe Abschnitt 2.5.1).

Gegenstand der personenbezogenen Recherchen im Karteibereich sind sehr häufig die beiden zentralen MfS-Karteiarten F 16 und F 22. Die Kartei F 16 war die Personen-(Klarnamen-)Kartei des MfS. Sie diente dem vollständigen Nachweis aller Personen, die aufgrund entsprechender MfS-Vorschriften zentral zu erfassen waren. Die Kartei F 22 war die sogenannte Vorgangskartei, in der bestimmte Aktenkategorien nachgewiesen wurden und die ebenfalls zentral nachweispflichtig im MfS waren. Beide Karteiarten wurden in den Abteilungen Auskunft/Speicher (Abteilungen XII) geführt, die im Ministerium in Berlin und bei den 15 Bezirksverwaltungen eingerichtet waren. Im Ministerium wurden neben den eigenen Erfassungen zusätzlich auch alle Erfassungen der Bezirksverwaltungen wiederholt und damit gedoppelt. Entsprechend ist der Umfang beider Karteien am Standort Berlin besonders groß; die Kartei F 16 zählt hier ca. 5,66 Millionen Karteikarten, die Kartei F 22 etwa 1,4 Millionen Karteikarten. Daneben gibt es weitere zentrale Nachweissysteme wie die Karteien F 17 (Objektkartei), F 77 (Decknamenkartei) oder F 78 (Straßenkartei), die ebenfalls von den Abteilungen XII des MfS geführt wurden.

Oftmals zu berücksichtigen bei Rechercheanfragen sind aber auch Karteisysteme, die nicht zentral, sondern in den verschiedenen Dienstseinheiten des MfS geführt wurden. Besonders hervorzuheben sind die Karteien F 401/402, die sogenannten Vorverdichtungs-, Such- und Hinweis-karteien (VSH), die zahlreich erhalten sind. Sie gehörten ebenfalls zu den wichtigsten Informationsspeichern im MfS und stellen deshalb noch heute wesentliche Auskunft- und Recherchemittel dar. Darüber hinaus gibt es zahlreiche weitere Arbeitskarteien, die in den verschiedenen Dienstseinheiten geführt wurden und auf die heute bei den personenbezogenen Recherchen zurückzugreifen ist. Insgesamt sind in den Karteibereichen des Stasi-Unterlagen-Archivs ca. 8 850 verschiedene Karteiarten mit ca. 46 Millionen Karteikarten aus dem ehemaligen Staatssicherheitsdienst zusammengeführt.

In den Karteibereichen werden auch personenbezogene Recherchen anhand verschiedener Fachdatenbanken durchgeführt. Die größte dieser personenbezogenen Datenbanken ist das Elektronische Personenregister (EPR) mit aktuell über 32 Millionen Datensätzen. Diese Datenbank wurde im ehemaligen BStU entwickelt und nimmt Personendaten aus der archivischen Erschließung der Unterlagen auf. Speziell am Standort Berlin-Lichtenberg werden weitere personenbezogene Datenbanken für die Recherche herangezogen, z. B. die Fachanwendung „Rosenholz“ mit Angaben über Personen, die von der Hauptverwaltung A erfasst worden waren. Die Magazindienste

des Stasi-Unterlagen-Archivs nutzen bislang auch noch die im ehemaligen BStU programmierte Fachanwendung „Aktenausleihe Magazin“ (AMAG), um die Bereitstellungen von Stasi-Akten zu dokumentieren. In den archivfachlichen Erschließungsbereichen wird zur sachthemenatischen Erschließung zum Teil noch die BStU-Fachanwendung „Sachaktenerschließung“ (SAE) eingesetzt.

Alle diese Fachanwendungen werden schrittweise durch das Archivverwaltungssystem BASYS abgelöst, das im Bundesarchiv seit vielen Jahren genutzt und stetig weiterentwickelt wird. Die Einführung von BASYS im Stasi-Unterlagen-Archiv wurde intensiv bereits vom ehemaligen BStU in enger Zusammenarbeit mit dem Bundesarchiv vorbereitet; die Leitung des zentralen Gesamtvorhabens ist nun bei der Abteilung Informationstechnik (IT) des Bundesarchivs gebündelt. Im aktuellen Berichtszeitraum konnte die Inbetriebnahme von „BASYS Akte“ im Stasi-Unterlagen-Archiv auf den Weg gebracht werden. Die ersten Module, die nun auch hier genutzt werden können, betreffen die Funktionskreise zur Magazin- und Benutzungsverwaltung sowie zur Bestandserhaltung. Zusätzlich gelang es im aktuellen Berichtszeitraum, die Erschließungsmodule von „BASYS Akte“ schrittweise für das Stasi-Unterlagen-Archiv nutzbar zu machen. So konnte hier auch bereits das neu entwickelte Klassifikationsschema für die neu gebildeten MfS-Archivbestände hinterlegt werden (siehe Abschnitt 2.3.3).

Die Einführung von „BASYS Akte“ ist verbunden mit der Migration einer Vielzahl von elektronischen Nachweisangaben über die archivierten Ablagen des MfS, die zuvor beim BStU retrokonvertiert worden waren und die damit erstmals zur umfassenden IT-gestützten Recherche, Bestellung und weiteren Erschließung zur Verfügung gestellt werden können. Hinzu treten künftig die Datensätze aus der Karteikartendigitalisierung, deren digitale Recherche ebenfalls in „BASYS Akte“ erfolgen und dabei künftig noch erleichtert werden soll mit Hilfe eines Projekts zur Informationserkennung durch Künstliche Intelligenz (siehe Abschnitt 2.5.3).

Verbunden mit der Migration der Nachweisangaben zu Stasi-Unterlagen nach BASYS ist die zunächst virtuelle Vergabe von eindeutigen Archivsignaturen nach dem für das Bundesarchiv insgesamt geltenden Signaturschema. Die virtuelle Umsignierung dient somit der Integration der vom MfS bzw. ehemaligen BStU überkommenen Signaturformen in das gesamtarchivische Signatursystem des Bundesarchivs. Dabei bleiben die Informationen über die bisherigen Signaturformen (Altsignaturen) erhalten und sind insbesondere in BASYS weiter recherchierbar.

2.5 Bestandserhaltung und Digitalisierung

2.5.1 Bestandserhaltungskonzept und Stand der laufenden Erhaltungsmaßnahmen

Zentrales Ergebnis auf dem Gebiet der Erhaltung und Pflege des Archivguts war im Berichtszeitraum die Inkraftsetzung eines neuen Bestandserhaltungskonzepts für das Bundesarchiv als Gesamtarchiv. Damit wird die gesetzli-

che Aufgabe umgesetzt, das Archivgut des Bundes dauerhaft zu erhalten.

Im Bereich des Stasi-Unterlagen-Archivs löst es das Fachkonzept Bestandserhaltung des ehemaligen BStU ab. Das neue Bestandserhaltungskonzept des Bundesarchivs sieht für die Stasi-Unterlagen durchgehend den Erhalt der Aufzeichnungen vor und beschreibt als wesentliches Ziel, das Archivgut auch in seiner stofflichen Substanz unversehrt für einen möglichst langen Zeitraum zu erhalten, wobei alle Maßnahmen mit den jeweils zur Verfügung stehenden Mitteln in Einklang zu bringen sind. Die Grenzen, die generell den grundsätzlichen Erhaltungszielen, materialbedingt wie ressourcenbezogen, gesetzt sind, werden transparent benannt. Insbesondere die Digitalisierung wird als wichtige Maßnahme zur Bestandserhaltung definiert, die dazu dient, dass der Informationsgehalt aus dem Archivgut gesichert wird und digitale Reproduktionen vermehrt anstelle der stofflichen Originale genutzt werden, d. h. als Schutzmedien für die originale Überlieferung fungieren. Großen Stellenwert misst das Bestandserhaltungskonzept zudem präventiven Maßnahmen bei: Dabei setzt das Bundesarchiv im Kern auf die Herstellung guter Lagerungsbedingungen und eine Klimatisierung (bis hin zur Kaltlagerung), die eine lange Lebensdauer der verschiedenen original-stofflichen Archivgutarten ermöglichen. Weitere wesentliche Bausteine der präventiven Bestandserhaltung betreffen die Risikoanalyse und das Notfallmanagement sowie die Fortsetzung der fachgerechten Verpackung des Archivgutes und der Schädlingsbekämpfung.

Weiterhin gilt, dass die Stasi-Unterlagen bei Bedarf Restaurierungs- und Konservierungsmaßnahmen unterzogen werden, etwa Reinigen, Stabilisieren, Fehlstellenergänzungen usw. Die Arbeiten in den Werkstätten folgen dabei den aktuellen Erkenntnissen in der Restaurierungswissenschaft.

Ausgehend von den Leitlinien des neuen Bestandserhaltungskonzepts hat die Abteilung Archivtechnik im Berichtszeitraum die Aufbewahrungsbedingungen an den Magazinstandorten des Stasi-Unterlagen-Archivs neu erfasst und einer Gefährdungsanalyse unterzogen. Im Ergebnis wurde festgestellt, dass bislang nur an den Standorten in Berlin-Lichtenberg, Chemnitz und Halle eine fachgerechte Unterbringung in klimatisierten Magazinen gewährleistet ist. Der neue Standort Chemnitz wurde im Berichtszeitraum bezogen (siehe auch Abschnitt 1.7.3). Jedoch besteht auch an den anderen Standorten keine akute Gefährdungslage, die einen unmittelbaren Handlungsbedarf nach sich ziehen würde. Insbesondere wurde keine signifikante Verschlechterung festgestellt gegenüber Erhebungen aus dem Jahr 2017. Auch im Ergebnis der aktuellen Gefährdungsanalyse werden die systematische Verpackung des Archivguts sowie die Fortführung und Ausweitung der Digitalisierung als sehr wichtige präventive Bestandserhaltungsmaßnahmen eingeschätzt. Dabei ist aber insbesondere der Fortgang der Verpackungsarbeiten am Standort Berlin-Lichtenberg zunehmend von der Bereitstellung zusätzlicher Unterbringungsflächen abhängig, denn die das Archivgut umschließenden Verpackungsma-

terialien führen zu einem relevanten Volumenzuwachs, der im gegebenen Bestandsgebäude nicht völlig abgedeckt werden kann.

Weitere wichtige Maßnahmen im Berichtszeitraum betrafen Neuregelungen des internen Notfallmanagements zur Anpassung an die gesamtbehördlichen Strukturen im Bundesarchiv und den Ausbau der lokalen Notfallverbände. Im Berichtszeitraum wurden in Chemnitz und Suhl Notfallverbände unter Beteiligung der Dienststellen des Bundesarchivs gegründet. Damit sind nunmehr zehn der 13 Standorte des Stasi-Unterlagen-Archivs in örtlichen Notfallverbänden organisiert. Die Dienststellen des Stasi-Unterlagen-Archivs haben sich im Berichtszeitraum aktiv in die Notfallverbände eingebracht. Hervorzuheben sind zum einen eine große Notfallübung im Stasi-Unterlagen-Archiv in Halle (Saale) am 17. September 2022 mit 19 teilnehmenden Institutionen, zum anderen die Einrichtung von Sammelstellen durch die Notfallverbände in Dresden und Halle (Salle) für Materialspenden für den Kulturgutschutz in der Ukraine, an denen sich die jeweiligen Dienststellen beteiligt haben.

Ferner wurde eine neue Arbeitsanweisung zur technischen Archivgutaufbereitung in Kraft gesetzt. Im Berichtszeitraum wurden von den Magazindiensten insgesamt etwa 111 000 Archivalien technisch aufbereitet; der Gesamtumfang beträgt inzwischen ca. 3,3 Millionen Einheiten. In der Restaurierungswerkstatt am Standort Berlin-Lichtenberg wurden im Berichtszeitraum mehr als 450 Akten, über 25 000 Karteikarten, 81 Registrierbücher, knapp 2 200 Fotopositive sowie ca. 600 Großformate (vor allem Karten und Pläne) restauriert. Der Bestand an Filmen und Videos aus dem Stasi-Unterlagen-Archiv wurde zur Unterbringung in Spezialmagazinen an den Standort des Bundesarchivs in Hoppegarten bei Berlin überführt.

2.5.2 Systematik des neuen Bestands-erhaltungskonzepts

Das neue Bestandserhaltungskonzept sieht für den umfangreichen Schriftgutbereich an Akten und Karteien vor, dass über die bisher beschriebenen strategischen Ansätze hinaus, die die Gesamtheit der Bestände betreffen, für einzelne Überlieferungsabschnitte eine besonders hohe Priorität am Originalerhalt gewährleistet wird. Dies geschieht durch umfassende, dem aktuellen Forschungsstand entsprechende Konservierungs- und Restaurierungsmaßnahmen, die sehr kostenintensiv sind. Die Definition solcher Überlieferungsbereiche ermöglicht es, Unterlagen hervorzuheben, bei denen durch eine weitere Optimierung der Lagerungsbedingungen und durch stärkeren Einsatz von Restaurierungsmaßnahmen die stoffliche Lebensdauer noch einmal wesentlich verlängert wird. Dementsprechend soll es sich um solches Archivgut handeln, das in besonderer Weise von Bedeutung für das Verständnis der Vergangenheit ist und gleichzeitig alle Bereiche und Epochen aus dem Überlieferungsspektrum abdeckt. Die Menge dieses „Kernbestands“ an Archivalien wird dabei aber nicht abschließend definiert, sondern soll fortschreibungsfähig bleiben. An der Vorbereitung einer Entscheidung darüber,

welche Überlieferungsanteile diesem hohen Erhaltungsniveau unterliegen und hierzu beispielsweise auch prioritär einer systematischen Digitalisierung unterzogen werden, haben im Berichtszeitraum alle Fachabteilungen des Stasi-Unterlagen-Archivs intensiv mitgewirkt. Die Überlegungen wurden dem Beratungsgremium nach § 39 StUG vorgestellt.

Im Ergebnis konnten als ein erster Baustein zahlreiche Archivgutkomplexe vorgeschlagen werden, beispielsweise aus den höchsten Leitungsebenen des MfS oder Überlieferungsstränge, die innerhalb der zentralistischen Aufbauorganisation der Staatssicherheit eine Ausnahmestellung besaßen (z. B. Abteilung Hafen bei der Bezirksverwaltung Rostock, Abteilung Wismut bei der Bezirksverwaltung Karl-Marx-Stadt). Insbesondere zur Bestimmung von Unterlagen zu regionalen und lokalen Besonderheiten wurde zusätzlich die Expertise aus den Außenstellen des Stasi-Unterlagen-Archivs abgerufen, um exemplarisch eine Anzahl von Überlieferungen aus Kreis- und Objektdienststellen des MfS zu benennen. Bei allen genannten Archivgutkomplexen konnten zudem rekonstruierte Unterlagen berücksichtigt werden, die vom Staatssicherheitsdienst in der Phase seiner Auflösung noch zerrissen worden waren.

Als zweiter Baustein wurden methodische Vorschläge zur Auswahl weiterer, insbesondere auch einzelner Archivalien erarbeitet. Unterschieden wurden hierzu zwei Zugangsweisen. Die erste betrifft erfahrungsbasierte Auswahlformen, bei denen die Erkenntnisse aus der bisherigen Forschungs- und Vermittlungsarbeit zur Geschichte der Staatssicherheit und der SED-Diktatur ebenso berücksichtigt werden wie erkennbare Nutzungsschwerpunkte. Die zweite nimmt strukturierte Auswahlansätze in den Blick, die überlieferungsgeschichtlich ableitbar sind, zum Beispiel Relevanzkriterien, die für das MfS selbst maßgeblich waren („Chefsache“, „Sonderablagen“).

Zusätzlich erscheinen – allerdings meist nachgeschaltet – statistisch basierte Auswahlformen in bestimmten Überlieferungsbereichen sinnvoll. Bei den Erörterungen konnte wesentlich auch an Erkenntnisse angeknüpft werden, die bereits in einem Projekt zur Auswahl von Stasi-Unterlagen gesammelt wurden, von denen besonders hochwertige und langlebige Reproduktionen in den Zentralen Bergungs-ort der Bundesrepublik zur Sicherung national wertvollen Kulturguts eingebracht werden sollen (sogenannter Barbarastollen bei Oberried in der Nähe von Freiburg im Breisgau). Die in diesem gemeinsam mit dem Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe aufgesetzten Projekt bereits erarbeiteten Erkenntnisse fließen in das vorgeschlagene Kernbestandsprofil ein.

2.5.3 Digitalisierung und Projekt zur KI-gestützten Karteikartenerschließung

Beim Stasi-Unterlagen-Archiv werden bereits seit längerem Unterlagen im Rahmen der Antragsbearbeitung digitalisiert. Obgleich hierfür jeweils konkrete Nutzungszwecke auslösend sind, dient diese Form der digitalen Reproduktion gleichzeitig dem Bestandsschutz der Origi-

nale. Die Digitalisierung „on demand“ wurde im Berichtszeitraum fortgesetzt und weiter ausgebaut, 6,8 Millionen Schriftgutdigitalisate wurden neu angefertigt.

Zusätzlich zur Digitalisierung „on demand“ wurde im Berichtszeitraum mit der systematischen Schriftgutdigitalisierung begonnen. Diese systematische oder Programmdigitalisierung betrifft geschlossene, größere Schriftgutkomplexe und erfolgt primär unter Bestandserhaltungsgesichtspunkten. Gleichzeitig ergibt sich aber auch hier eine Zielkonvergenz, denn die zu Schutzzwecken angefertigten Digitalisate ermöglichen künftig grundsätzlich auch einen technisch erleichterten Zugang zu den Informationen aus den Unterlagen für die verschiedenen Nutzungszwecke nach dem Stasi-Unterlagen-Gesetz. Soweit die Digitalisate nach den gesetzlichen Vorschriften keine schützenswerten Informationen erhalten, können sie zudem online veröffentlicht werden und stehen dann für die freie Recherche zur Verfügung (siehe Abschnitt 2.3.2).

Vorrangig ausgewählt für die Programmdigitalisierung werden Schriftgutkomplexe, die für den „Kernbestand“ identifiziert wurden (siehe Abschnitt 2.5.2). Diese Programmdigitalisierung soll vorrangig über externe Dienstleistungen umgesetzt werden.

Parallel konnte im Berichtszeitraum die systematische Karteidigitalisierung auf den Weg gebracht werden. Diese erfolgt inhäusig durch die Abteilung Archivtechnik. Hierfür wurde ein eigener Digitalisierungsbereich am Standort Berlin-Lichtenberg eingerichtet. Ziel des Vorhabens ist die Digitalisierung aller wichtigen und häufig benutzten Karteien des MfS sowohl aus der ehemaligen Zentrale als auch aus den Bezirksverwaltungen. Die Reihenfolge der Karteidigitalisierung erfolgt primär unter Bestandserhaltungsgesichtspunkten, weshalb zunächst Karteien digitalisiert werden, die zum Anwendungsprofil für das hohe Erhaltungsniveau gehören. Das betrifft die zentralen Karteien F 16 und F 22 am Standort Berlin-Lichtenberg. Im Berichtszeitraum wurde mit der Digitalisierung der Kartei F 16 aus der Abteilung XII (Zentrale Auskunft/Speicher) des MfS begonnen. Dabei wurden bislang ca. 922 500 Karteikarten digitalisiert.

Zur Schonung der originalen Karteikarten sollen die davon erzeugten Digitalisate über die Fachanwendung BASYS für die digitale Recherche genutzt werden. In einem weiteren Schritt ist künftig die Textfassung und Recherchierbarkeit mittels Künstlicher Intelligenz (KI) vorgesehen. Hierzu wurde im Berichtszeitraum ein Projekt zur KI-gestützten Karteikartenerschließung initialisiert; im Fokus stehen dabei auch die Karteien F 16 und F 22. Ziel des Projektes ist es, die auf den Karteikarten enthaltenen Erschließungsinformationen automatisiert zu erkennen und für die digitale Recherche in BASYS nutzbar zu machen. Für die erste Projektphase wurde neben den Karteien F 16 und F 22 des MfS auch die beim Bundesarchiv verwahrte NSDAP-Mitgliederkartei ausgewählt.

Fortgesetzt wurde im Berichtszeitraum die Digitalisierung der fotografischen Überlieferung sowie von Tonaufzeichnungen des Staatssicherheitsdienstes. Inzwischen sind

ca. 245 000 Bildaufnahmen digitalisiert, hiervon wurden etwa 78 000 Digitalisate im Berichtszeitraum angefertigt (einschließlich der Digitalisierung von Fotonegativen auf Nitrozellulosefilm). Die systematische Digitalisierung von Tondokumenten wurde aus Dringlichkeitsgründen bereits vom ehemaligen BStU eingeleitet und ist inzwischen weit fortgeschritten. Insgesamt liegen fast 14 800 digitalisierte Tondokumente mit einem Umfang von ca. 1,5 Millionen Minuten Spielzeit vor. Davon entstanden im Berichtszeitraum knapp 1 800 digitale Tondokumente mit über 161 500 Minuten Spielzeit.

Ebenfalls aus Dringlichkeitsgründen schon vom ehemaligen BStU mithilfe eines externen Dienstleisters initialisiert worden war die Sicherungsdigitalisierung der auf Videobändern überlieferten Eigenproduktionen der Staatssicherheit. Digitalisiert wurden Videokassetten in den Formaten VHS und VCR sowie in speziellen Sonderformaten. Das Projekt konnte im Berichtszeitraum abgeschlossen werden. Seitdem liegt der Schwerpunkt auf Videoaufzeichnungen mit Fremdrechten. Der Gesamtumfang der aus der Film-/Video-Überlieferung der Staatssicherheit digitalisierten Dokumente beläuft sich damit gegenwärtig auf 915 Trägermedien mit einer Spielzeit von insgesamt knapp 45 300 Minuten.

Darüber hinaus sind inzwischen gut 16 700 Großformate digitalisiert, hiervon knapp 10 000 im Berichtszeitraum.

Aufgrund des hohen Stellenwertes der Digitalisierung für die strategischen Ziele und die verschiedenen Arbeitsprozesse des Bundesarchivs wurde im Berichtszeitraum eine behördenweite Arbeitsgruppe Digitalisierungssteuerung eingerichtet. Gegenstand der Arbeitsgruppe ist der Austausch über die verschiedenen Funktionen, Prozesse und Ziele der Digitalisierungsvorhaben in ihrem Verhältnis zueinander. Auch bereichs- bzw. standortbezogene Unterschiede bei der Umsetzung sowie Fragen der Planung, Steuerung und Vereinheitlichung werden behandelt.

2.6 Sichtung und Rekonstruktion zerrissener Unterlagen

Die Wiederherstellung der vom Staatssicherheitsdienst während der Auflösungsphase 1989/1990 noch zerrissenen Unterlagen gehört zu den besonders aufwandsintensiven Arbeitsaufgaben des Stasi-Unterlagen-Archivs.

Beim ehemaligen BStU waren die zerrissenen Unterlagen zunächst einer sogenannten Grobsichtung unterzogen worden. Dieses Verfahren war notwendig, um zügig einen Überblick über die einzelnen Herkünfte und die erkennbaren Hauptinhalte der zerrissenen Unterlagen zu gewinnen. Bereits im Ergebnis dieser Grobsichtungen konnten viele inhaltlich bedeutsame Unterlagen festgestellt und zur materiellen Wiederherstellung (Rekonstruktion) und anschließenden archivischen Erschließung überwiesen werden. Hieran schloss sich eine zweite Sichtungsstufe an, die sogenannte Feinsichtung. Neben der inhaltlichen Bestimmung werden dabei Angaben zum Schadensbild erhoben sowie daraus ableitbare verfahrenstechnische Empfehlungen gegeben. Dabei kann inzwischen zurückgegriffen

werden auf die vorliegenden Daten aus der Erschließung der korrespondierenden intakten Überlieferungsbereiche, mit denen die zerrissenen Unterlagen den konkreten historischen Entstehungs- und Herkunftszusammenhang innerhalb der Staatssicherheit teilen.

Bislang konnten rund 7 700 Behältnisse mit zerrissenen Unterlagen feingesichtet werden, davon 3 100 Lagerungseinheiten mit Materialien aus der ehemaligen MfS-Zentrale sowie 4 600 Behältnisse aus den Bezirksverwaltungen und Kreisdienststellen.

Fortgesetzt wurde im Berichtszeitraum auch die manuelle Rekonstruktion zerrissener Unterlagen. Mittlerweile sind etwa 1,71 Millionen Seiten händisch rekonstruiert und an die Erschließungsbereiche übergeben worden. Die auf diese Weise rekonstruierten Unterlagen stammen aus zusammen ungefähr 600 Behältnissen. Davon im Berichtszeitraum neu wiederhergestellt wurden zerrissene Dokumente, Vorgänge und Aktenteile im Umfang von gut 37 000 Blatt.

Um die Rekonstruktion zu beschleunigen und auch Material wieder zusammensetzen zu können, das wegen seines hohen Zerstellungsgrades nicht mehr händisch zusammengesetzt werden kann, setzte die damalige Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen im Jahr 2007 ein Pilotprojekt zur IT-gestützten, virtuellen Rekonstruktion zerrissener MfS-Unterlagen auf. Das Fraunhofer Institut für Produktionsanlagen und Konstruktionstechnik (IPK) erhielt den Auftrag, eine Software zu entwickeln, die mindestens 80 Prozent der Schnipsel im automatisierten Betrieb und die verbleibende Menge interaktiv virtuell zusammensetzen könnte. Verarbeitet werden sollten zunächst die Inhalte aus 400 Behältnissen. Auf der Grundlage der Projektergebnisse sollte das Parlament über ein Hauptverfahren zur virtuellen Rekonstruktion aller zerrissenen Unterlagen entscheiden.

Bis Ende 2016 gelang es mit der vom Fraunhofer IPK entwickelten Software, dem sogenannten ePuzzler, Schriftgut aus 23 Behältnissen ganz oder teilweise wieder lesbar zu machen. Im Testbetrieb zeigte sich jedoch, dass die verwendete Scantechnik den hohen Anforderungen an ein Massenverfahren nicht gerecht wurde. Auch der Automatisierungsgrad der Software erreichte nicht das erforderliche Niveau. Insgesamt führte das Pilotprojekt mithin zu keinem geeigneten technischen Verfahren, welches das Zusammensetzen der rund 15 400 Säcke mit zerrissenen Unterlagen in einem abschätzbaren Zeitraum zu wirtschaftlich vertretbaren Kosten ermöglicht hätte.

Gespräche über eine Neuausrichtung des Projekts, die das Bundesarchiv mit der Übernahme der Verantwortung für die Stasi-Unterlagen ab Juni 2021 fortführte, verliefen ergebnislos. Ende Januar 2023 kündigte das Beschaffungsbüro des BMI für das Bundesarchiv daraufhin den 2007 geschlossenen Forschungsauftrag mit dem Fraunhofer IPK.

Ziel ist es, das Projekt neu aufzustellen. Für die Suche nach geeigneten Anbietern hat das Bundesarchiv im Juni 2023 ein Interessenbekundungsverfahren aufgesetzt und auf nationalen sowie internationalen Plattformen veröf-

fentlicht. Nach Ablauf der Veröffentlichungsfrist werden Gespräche über mögliche technische Lösungen aufgenommen werden.

Unabhängig davon kommt das Bundesarchiv seinem gesetzlichen Auftrag zur Rekonstruktion zerrissener Stasi-Unterlagen weiterhin durch die manuelle Rekonstruktion nach.

3 Verwendung der Unterlagen

Nach einer Zeit von mehr als 30 Jahren des Umgangs mit den Unterlagen des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit wird die im Stasi-Unterlagen-Gesetz (StUG) vorgegebene Aufgabe, Anträge von Bürgerinnen und Bürgern, Institutionen sowie aus Forschung und Medien auf Auskunft, Einsicht und Herausgabe zu bearbeiten, an allen 13 Archivstandorten mit ungebrochenem Engagement fortgeführt.

Seit Bestehen des Stasi-Unterlagen-Archivs sind 7,46 Millionen Anträge und Ersuchen eingegangen, davon mehr als 3,4 Millionen Bürgeranträge (siehe Anhang 3). Im Berichtszeitraum sind insgesamt 106 796 Anträge und Ersuchen zu verzeichnen gewesen, davon jährlich immer noch rund 30 000 Bürgeranträge. Bei den Erledigungen (siehe Anhang 4) sei insbesondere hingewiesen auf die hohe Zahl von insgesamt knapp 300 000 Ersuchen zur Rehabilitierung und Wiedergutmachung.

Während zu Beginn des Berichtszeitraumes insgesamt 38 260 Anträge und Ersuchen noch nicht abschließend erledigt waren, sind es trotz der pandemiebedingten Erschwernisse mit Stand Juni 2023 nur noch ca. 23 600 Anträge und Ersuchen.

Der bereits vor Jahren im Stasi-Unterlagen-Archiv zur Unterstützung der Antragsbearbeitung begonnene Einsatz digitaler Arbeitsverfahren erfuhr durch die Corona-Pandemie eine verstärkte Nutzung, von dem die Beschäftigten in der Antragsbearbeitung wie auch zugleich die Antragsteller und Antragstellerinnen profitieren.

Die Ausstattung mit mobilen Arbeitsumgebungen wurde erhöht, die Kapazitäten der Digitalisierung „on demand“ wurden deutlich ausgeweitet und die Beschäftigten der Antragsbearbeitung in der Anonymisierung von digitalen Akteninhalten am Bildschirm geschult. Immer mehr Unterlagen werden inzwischen digital über eine sichere Herausgabeplattform bereitgestellt.

Während zunächst nur Antragstellende aus den Bereichen Forschung und Medien ihre Unterlagen digital erhalten konnten, wurde das Verfahren im Jahr 2021 auch für die persönliche Akteneinsicht eingeführt. Allein in diesem Bereich der sogenannten Bürgeranträge stieg die Anzahl der Vorgänge, zu denen digital übermittelt wurde, von 55 im Jahr 2021 auf 1 233 im ersten Halbjahr 2023 an.

Insgesamt erfolgten im Berichtszeitraum für 4 345 Vorgänge digitale Übermittlungen, zu denen unter anderem knapp 50 000 Dokumente und mehr als 11 000 Fotos hochgeladen wurden.

3.1 Anträge von Bürgerinnen und Bürgern auf Auskunft aus, Einsicht in und Herausgabe von Unterlagen sowie auf Bekanntgabe von Namen ehemaliger Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes

Seit Inkrafttreten des Stasi-Unterlagen-Gesetzes registriert das Stasi-Unterlagen-Archiv ein reges Interesse der Bürgerinnen und Bürger an der persönlichen Akteneinsicht. Insgesamt stellten bisher rund 2,2 Millionen Bürgerinnen und Bürger rund 3,43 Millionen Anträge (siehe Anhang 3). Hiervon wurden bereits 3,41 Millionen bearbeitet (siehe Anhang 4).

Dem mehrjährigen Trend folgend, haben sich die Antragseingänge in der persönlichen Akteneinsicht im Berichtszeitraum weiter rückläufig entwickelt. Es gingen 51 449 Erstanträge und 16 760 Wiederholungsanträge von Bürgerinnen und Bürgern auf persönliche Akteneinsicht ein; verteilt auf das Jahr 2021 waren es 27 647 Anträge, 25 869 im Jahr 2022 und 14 693 Anträge bis Ende Juni 2023. Die Zahl der Erstanträge liegt dabei immer noch bei fast 75 Prozent. Ihr Anteil an der Gesamtmenge der eingegangenen Anträge bewegt sich seit Jahren auf einem ähnlichen Niveau.

Folgeanträge, die nach der Einsichtnahme gestellt wurden und die Herausgabe von Kopien oder die Bekanntgabe von (Klar-)Namen der Personen betrafen, die in den betreffenden Unterlagen nur mit einem Decknamen genannt waren, summierten sich im Berichtszeitraum auf 7 843. Etwas mehr als die Hälfte aller Anträge wurde in den Außenstellen registriert und bearbeitet.

Zur Verteilung der Anträge auf die einzelnen Antragsarten siehe Tabelle 1.

Die Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt, dass die persönliche Auseinandersetzung mit dem Erlebten für viele Menschen immer noch nicht abgeschlossen ist. Warum – über drei Jahrzehnte nach dem Ende der DDR – noch so viele Menschen einen Antrag stellen, lässt sich zum Teil aus den Gesprächen mit Antragstellerinnen und Antragstellern erfahren. Viele brauchten den Abstand zu den Ereignissen, haben durch den Ruhestand mehr Zeit

und Kraft für die persönliche Auseinandersetzung oder werden durch jüngere Familienangehörige zur Beschäftigung mit dem Thema angeregt. Seit jeher sind die Anträge von einem starken Aufarbeitungswunsch geprägt. Zunehmend sind auch jüngere Menschen bemüht, Familienbiografien zu verstehen. Der Anteil von Anträgen naher Angehöriger zu verstorbenen oder vermissten Personen bewegte sich in den letzten drei Jahren auf dem Niveau von etwa 21 Prozent an der Gesamtzahl der eingegangenen Akteneinsichtsanträge.

3.1.1 Antragstellung

Aufgrund der Tatsache, dass die Informationen vom Staatssicherheitsdienst zum großen Teil rechtsstaatswidrig und unter Missachtung elementarer Persönlichkeitsrechte erhoben wurden, wurde 1992 der Zugang zu diesen Unterlagen gesetzlich geregelt. Seither ist das Recht jeder und jedes Einzelnen im StUG verankert, Zugang zu den vom Staatssicherheitsdienst zur eigenen Person gespeicherten Informationen zu erhalten, unabhängig vom Wohnsitz, der Nationalität oder dem Charakter der möglichen Beziehung zum MfS, um eine eventuelle Einflussnahme des Staatssicherheitsdienstes auf das persönliche Schicksal aufklären zu können. Diesen Zugang kann jede Person ohne Angabe von Gründen beantragen.

Begründet werden müssen allerdings Anträge zu verstorbenen oder vermissten nahen Angehörigen. Solchen Anträgen sind zusätzlich die entsprechenden Nachweise über den Tod oder den Vermisstenstatus des nahen Angehörigen sowie Nachweise über das Verwandtschaftsverhältnis beizufügen.

Der Zugang zu den Unterlagen kann durch persönliche Akteneinsicht, schriftliche Auskunft oder die Herausgabe von Duplikaten erfolgen. Die gewünschte Zugangsart ist im Antrag anzugeben. Bei der Herausgabe von Duplikaten kann seit 2021 gewählt werden, ob diese in Papierform zugesandt oder online bereitgestellt werden sollen.

Ein entsprechender Antragsvordruck ist in allen Dienststellen des Bundesarchivs erhältlich oder kann von der Homepage des Stasi-Unterlagen-Archivs heruntergeladen werden.

Tabelle 1: Anträge zur persönlichen Akteneinsicht nach Antragsarten

Anträge	2021	2022	1. Hj. 2023	gesamt
Erstanträge	20 742	19 571	11 136	51 449
Wiederholungsanträge	6 905	6 298	3 557	16 760
Decknamenanträge	2 701	2 890	1 536	7 127
Kopieanträge nach Akteneinsicht	255	305	156	716
Summe	30 603	29 064	16 385	76 052

Alternativ existiert die Option einer Online-Antragstellung, die von Bürgerinnen und Bürgern zunehmend genutzt wird. Im Jahr 2021 machten von diesem Verfahren 8 791 Bürgerinnen und Bürger Gebrauch. 2022 gingen 8 616 Anträge auf diesem Wege ein und im ersten Halbjahr 2023 erreichten das Stasi-Unterlagen-Archiv 5 682 Online-Anträge.

Von der ab dem Zeitpunkt der Integration des Stasi-Unterlagen-Archivs in die Organisation des Bundesarchivs eröffneten Möglichkeit von Beratung und Akteneinsichten an den westdeutschen Standorten des Bundesarchivs wurde im Berichtszeitraum kein Gebrauch gemacht. Es hat sich gezeigt, dass sich Bürgerinnen und Bürger mit Wohnsitz in den alten Bundesländern weiterhin direkt an die Standorte des Stasi-Unterlagen-Archivs wenden und bei der Antragstellung eine Zusendung von Kopien oder die digitale Übermittlung der MfS-Unterlagen zu ihrer Person vereinbaren.

3.1.2 Anträge als Dritte

Zu etwa 40 Prozent der Anfragen ergeben die Erstrecherchen, dass keine Unterlagen zur antragstellenden Person im erschlossenen Archivbestand aufgefunden werden können. In diesen Fällen kann eine Antragstellung als sogenannter Dritter im Sinne des StUG zum Auffinden von Unterlagen führen. Oft erinnern sich die Antragstellerinnen und Antragsteller im Zusammenhang mit besonderen Ereignissen an Personen, in deren möglicherweise vorhandenen Unterlagen sie auch Informationen zu sich selbst vermuten. Um diesen Fällen Rechnung zu tragen, sieht das StUG unter bestimmten Antragsvoraussetzungen einen Aktenzugang als Dritte oder Dritter vor. Grundsätzlich muss die antragstellende Person Angaben machen, die das Auffinden der vermuteten Informationen ermöglichen, und der Aufwand darf nicht unverhältnismäßig zum vortragenden Interesse sein. Insofern wird eine Begründung des Informationsinteresses erwartet.

3.1.3 Anträge naher Angehöriger Vermisster und Verstorbener

Viele Antragstellende erwarten, dass eine uneingeschränkte Einsicht in die zur Person des Vermissten oder Verstorbenen vom MfS angelegten Unterlagen möglich ist. Jedoch macht der Gesetzgeber vom Grundsatz, dass jeder nur Informationen zur eigenen Person erhält, hier nur eine Ausnahme, die in jedem Einzelfall zu begründen ist, weil die oder der nahe Angehörige nicht die gleichen Einsichtsrechte hat, die die oder der Verstorbene gehabt hätte. Verwandte ersten und zweiten Grades haben zu den im § 15 Absatz 1 Satz 1 StUG genannten Zwecken – zur Rehabilitierung, zum Schutz des Persönlichkeitsrechts, insbesondere der Klärung des Vorwurfs der Zusammenarbeit mit dem Staatssicherheitsdienst, oder zur Aufklärung des Schicksals Vermisster oder Verstorbener – Zugang und zusätzlich, wenn sie gemäß § 15 Absatz 1 Satz 2 StUG sonstige berechnigte Interessen glaubhaft machen, die allerdings im Zusammenhang mit dem Aufarbeitungszweck des Stasi-Unterlagen-Gesetzes stehen müssen.

Das spätere Zugänglichmachen der Unterlagen zu Verstorbenen oder Vermissten erfolgt ausschließlich zu dem vom Antragsteller angegebenen Zweck und dem beschriebenen berechtigten Interesse.

Im Berichtszeitraum gingen 10 912 Erstanträge zu Vermissten oder verstorbenen nahen Angehörigen ein. Seit dem Beginn der gesonderten Erhebung dieser statistischen Daten (2012) erhöhte sich deren Anteil an der Zahl der Erstanträge von 14 auf 21 Prozent.

3.1.4 Antragsbearbeitung

Alle Anträge auf persönliche Akteneinsicht werden, nachdem sie registriert worden sind, auf ihre Zulässigkeit geprüft. Die Antragstellenden erhalten eine automatisch erstellte Eingangsbestätigung. Wenn die Zugangsvoraussetzungen vorliegen, wird zunächst die Personenrecherche ausgelöst. Die ermittelten Signaturhinweise werden zusammengeführt und ausgewertet. In einem letzten sehr aufwändigen Schritt werden die relevanten Aktenteile mit den gesetzlich erforderlichen Anonymisierungen den Antragstellenden zur Verfügung gestellt.

Nach dem Verständnis des Staatssicherheitsdienstes bedeutete die operative Bearbeitung einer Person eine umfassende Erhebung aller Informationen zur Person und deren Umfeld. Die Ermittlungen erstreckten sich bis tief in die Privatsphäre. Lebensgewohnheiten, familiäre Verbindungen und sogar Informationen zum Intimverhalten fanden so Eingang in die Unterlagen. Die auf diese Weise vom ehemaligen Staatssicherheitsdienst gesammelten Informationen sind ohne Wissen der Personen und nach herkömmlichem Rechtsverständnis unter Verletzung von Grundsätzen der Menschlichkeit und Rechtsstaatlichkeit zustande gekommen. Ihrer Aufbewahrung und Nutzung liegt in erster Linie die Überlegung zugrunde, dass Betroffenen die Informationen zugänglich gemacht werden sollen. Jedoch darf auf keinen Fall die geschehene Rechtsverletzung erweitert oder fortgesetzt werden. Daher muss bei den einzelnen Informationen zu Personen genau geprüft werden, ob es sich um solche zum Antragsteller handelt oder ob auch persönliche oder vertrauliche, also schutzwürdige Informationen zu anderen erwähnten Personen, zum Beispiel aus dem Familien-, Freundes- oder Kollegenkreis, enthalten sind. Diese schutzwürdigen Informationen sind zu anonymisieren.

3.1.5 Bearbeitungszeiten und Eilbedürftigkeit

Die Wartezeit für die Bürgerinnen und Bürger bis zur Erledigung ihres Antrages hängt von vielen Faktoren ab. Im Berichtszeitraum spielten vor allen Dingen der Bearbeitungsrückstau früherer Jahre und die mit dem Corona-Pandemiegeschehen einhergehenden Arbeitseinschränkungen eine wichtige Rolle. Daneben beeinflussen auch die individuellen Rechercheaufwände die Bearbeitungsdauer. Diese vergrößern sich beispielsweise, wenn wegen wechselnder früherer Wohnorte in den Beständen der Außenstellen zu recherchieren ist. Auch die Fülle des recherchierten und zur Einsicht oder Herausgabe aufzubereitenden Materials hat Einfluss auf die Bearbeitungsdauer.

So erhielten Bürgerinnen und Bürger die Auskunft, dass keine Erfassungen vorliegen, nach drei bis sechs Monaten, die Auskunft über lediglich vorhandene Karteikarten nach maximal sechs bis neun Monaten. Im Jahr 2021 stieg die Bearbeitungszeit pandemiebedingt an, was auch noch 2022 Auswirkungen zeigte. Im Berichtszeitraum lag die Bearbeitungszeit in den Fällen, in denen Aktenmaterial aufzubereiten war, bei maximal zwei Jahren.

Um die personellen Ressourcen optimal nutzen zu können, wird die Antragsbearbeitung im Rahmen von standortübergreifenden Kooperationen zwischen den beiden Berliner Referaten und den Außenstellen umverteilt. Dieses Verfahren hat sich in der Vergangenheit bewährt. Auf die inhaltliche Antragsbearbeitung hat es keine Auswirkungen. Um den Bürgerinnen und Bürgern den mit einem Besuch in der Behörde verbundenen Aufwand für die Akteneinsicht zu ersparen, wird vorhandenes Material kopiert und direkt zugeschickt. Der überwiegende Teil der Erledigungen erfolgt inzwischen auf diesem Wege. Seit 2021 können sich die Bürgerinnen und Bürger auch für eine Zusendung auf elektronischem Wege entscheiden. Bei der Online-Bereitstellung von Digitalisaten erhalten die Antragstellenden einen individuellen Zugangscode zur Online-Plattform. Damit können die Digitalisate innerhalb von vier Wochen nach Bereitstellung abgerufen werden.

Darüber hinaus ist jederzeit eine persönliche Einsichtnahme vor Ort möglich. Dieser Anteil an den Gesamterledigungen lag im Berichtszeitraum bei 1,3 Prozent. Eine Übersicht über die Erledigungen zu den Erst- und Wiederholungsanträgen im Bereich der persönlichen Akteneinsicht enthält Tabelle 2.

Grundsätzlich erfolgt die Bearbeitung aller Anträge in der Reihenfolge ihres Eingangs. Eine vorrangige Bearbeitung von Anträgen zu Zwecken der Rehabilitierung, Wiedergutmachung, zur Abwehr einer Gefährdung des Persönlichkeitsrechts oder zur Entlastung vom Vorwurf einer Zusammenarbeit mit dem Staatssicherheitsdienst ist gesetzlich verankert. Daneben werden auch Anträge von Personen mit lebensbedrohlichen oder lebensverkürzenden Krank-

heiten bevorzugt bearbeitet, wenn dies begründet dargelegt wird. In jedem Einzelfall erfolgt die Entscheidung zur vorrangigen Bearbeitung auf der Basis der Begründung der Antragstellenden. Diese wird jedoch nicht dauerhaft aufrechterhalten, sondern ist immer individuell ereignis- und sachbezogen. Gleichwohl werden auch Anträge von über 80-Jährigen, die zum ersten Mal Einsicht in die zu ihnen vorhandenen Unterlagen nehmen möchten, bevorzugt in die laufende Bearbeitungsabfolge eingeordnet.

3.1.6 Bekanntgabe von Namen

Im Anschluss an eine Akteneinsicht bzw. nach Erhalt der Kopien von Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes räumt § 13 Absatz 5 StUG Betroffenen die Möglichkeit ein, zu den in den Unterlagen enthaltenen Decknamen ehemaliger MfS-Mitarbeiter die Bekanntgabe der Klarnamen zu beantragen.

Im Berichtszeitraum gingen 7 127 dieser Folgeanträge ein, wobei 5 632 Anträge in den Außenstellen registriert und bearbeitet wurden.

Inzwischen können rund 66 Prozent der Decknamen entschlüsselt und den Betroffenen die Klarnamen und, soweit möglich, weitere Identifizierungsangaben (Geburtsdatum und Geburtsort) mitgeteilt werden.

3.1.7 Bürgerberatung

Zu den Aufgaben des Stasi-Unterlagen-Archivs gehört seit Anbeginn die umfassende Beratung zu den gesetzlichen Nutzungsmöglichkeiten der Stasi-Unterlagen. Bürgerinnen und Bürger, aber auch ersuchende Stellen oder Forschende und Medienvertreter können sich mit ihren Anliegen persönlich, telefonisch oder per E-Mail an die Bürgerberatung des Stasi-Unterlagen-Archivs wenden. Zur Inanspruchnahme dieses Angebotes in der Zentralstelle Berlin siehe Tabelle 3.

Erbeten werden insbesondere Informationen über die Modalitäten einer Antragstellung, Zugangs- und Recherchemöglichkeiten und Bearbeitungszeiten sowie weitere allgemeine Erläuterungen zu bereits übersandten Kopien.

Tabelle 2: Erledigung von Erst- und Wiederholungsanträgen zur persönlichen Akteneinsicht

Erledigungen	2021	2022	1. Hj. 2023	gesamt
Rücknahme oder Ablehnung des Antrags	2 167	2 392	1 245	5 804
Mitteilung keine Erfassung	9 125	12 007	8 730	29 862
Übersendung von Kopien von Karteikarten	5 131	5 559	4 220	14 910
Schriftliche Auskunft mit Kopien der Unterlagen	9 924	10 645	5 667	26 236
Persönliche Akteneinsicht vor Ort	360	447	206	1 013
Summe	26 707	31 050	20 068	77 825

Neben der Beratung zu den Zugangsmöglichkeiten zu den Stasi-Unterlagen gibt die Bürgerberatung Ratsuchenden nach Möglichkeit Hinweise auf weitere Stellen, die für die Klärung des individuellen Schicksals nützlich sein könnten, beispielsweise die Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, die SED-Opferbeauftragte, andere Bereiche des Bundesarchivs, die Landesarchive oder den Personensuchdienst des Deutschen Roten Kreuzes. Ein konstanter Beratungsbedarf besteht immer noch zu Fragen der Aufarbeitung von durch politische Haft entstandenen Traumata. Hier empfiehlt die Bürgerberatung den Kontakt zu Einrichtungen, die dabei unterstützen können.

Ein oft nachgefragtes Themenfeld sind die Anonymisierungen in den bereitgestellten Kopien. Bürgerinnen und Bürger sind mitunter irritiert, dass sich in den ihnen zur Einsicht vorgelegten oder übersandten Kopien Wörter oder Textpassagen befinden, die geschwärzt worden sind. In erläuternden Gesprächen kann den Anfragenden vermittelt werden, dass dies das Ergebnis der Schutzvorschrift des Stasi-Unterlagen-Gesetzes ist, wonach ihnen der gleiche Schutz ihres Persönlichkeitsrechtes zuteilwird, sofern sich sie betreffende Informationen in Unterlagen anderer Personen befinden. Das ist für die nachfragenden Bürgerinnen und Bürger überzeugend und beruhigend zugleich (zur Anonymisierung siehe auch Abschnitt 3.1.4).

Andere Beratungswünsche bezogen sich auf die Beschleunigung der Bearbeitung oder die Darlegung einer individuellen Eilbedürftigkeit. Antragstellende aus Wissenschaft und Forschung dagegen interessieren sich mehr für die Publikationen oder haben Fragen zur Nutzung der Mediathek des Stasi-Unterlagen-Archivs.

Auch die Außenstellen des Stasi-Unterlagen-Archivs führen Beratungen durch oder organisieren Beratungstage in der Region. Die Beratungstage werden häufig in Kooperation mit den jeweiligen Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur durchgeführt und mit einer Ausstellung, einem Vortrag oder ähnlichen Angeboten verbunden.

3.2 Verwendung von Unterlagen durch öffentliche und nichtöffentliche Stellen

3.2.1 Ersuchen zur Rehabilitierung von Betroffenen und zur Wiedergutmachung erlittenen Unrechts

Unmittelbar nach der Neufassung der Rehabilitierungsgesetze zum 22. November 2019 war ein enormer Anstieg vor allem bei den Ersuchen für eine besondere Zuwendung für Haftopfer (sogenannte Opferrente) zu verzeichnen. Dieser ging im Berichtszeitraum erwartungsgemäß wieder zurück. Zu bemerken ist ein immer noch großes Interesse von ehemaligen Heimkindern an der Rehabilitierung und an der Beantragung von sozialen Ausgleichsleistungen.

Während bei Ersuchen zu sogenannten Opferrenten oder zu Kapitalentschädigungen für rehabilitierte Haftstrafen nur nach möglichen Ausschließungsgründen in den Unterlagen recherchiert wird – das sind in der Regel Hinweise auf eine hauptamtliche oder inoffizielle Zusammenarbeit mit dem Staatssicherheitsdienst –, sind Ersuchen zur Mitteilung von Sachverhalten zu rechtsstaatswidrigem Verwaltungshandeln, beruflicher Benachteiligung, politischer Verfolgung, Anwendung von Maßnahmen der Zersetzung durch das MfS sowie zu gesundheitlichen Schädigungen während der Haft oder durch unwissentliche Einnahme von Dopingmitteln in der Bearbeitung wesentlich komplexer und oft mit dem Auswerten sehr umfangreicher Akten verbunden. Die Bearbeitung dieser Ersuchen nimmt dementsprechend auch mehr Zeit in Anspruch.

Die Behörde hat sich das Ziel gesetzt, die Bearbeitung von Ersuchen zur sogenannten Opferrente innerhalb einer Frist von drei bis maximal sechs Monaten und die anderen Wiedergutmachungsersuchen, bei denen nach bestimmten Sachverhalten zu recherchieren ist, innerhalb eines Jahres abzuschließen. 2021 wurden 78 Prozent der Ersuchen zur Opferrente innerhalb von drei Monaten erledigt, 2022 waren es 88 Prozent und 91 Prozent in der ersten Hälfte des Jahres 2023.

Alle Ersuchen zur Wiedergutmachung werden prioritär bearbeitet. Bei hohem Lebensalter oder lebensbedrohli-

Tabelle 3: Anfragen bei der Bürgerberatung in der Zentralstelle Berlin

Jahr	persönlich	telefonisch	E-Mail-Kontakt	gesamt
2019	925	2 373	544	3 842
2020	391	2 275	774	3 440
2021	114	5 148	1 089	6 351
2022	203	2 259	834	3 296
1. Hj. 2023	147	1 214	425	1 786

cher Krankheit der betroffenen Personen wird mit allerhöchster Priorität gearbeitet.

Eine zügige Bearbeitung ist vor allem dann gewährleistet, wenn die ersuchenden Stellen vollständige Personenangaben (Geburtsdatum und -ort, alle Vornamen und Namen, alle Wohn-, Heim- und Haftorte) mitteilen. Notwendig sind auch Informationen über die vom Antragsteller vortragenen Sachverhalte zu dem erlittenen Unrecht, da dies zur Feststellung des erforderlichen Umfangs der zu verwendenden Unterlagen unentbehrlich ist.

Wie dieser Informationsfluss noch besser gelingen kann, um im Interesse der Betroffenen die Bearbeitungszeit so gering wie möglich zu halten, wurde mit Vertretern des Berliner Beauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur im April 2023 auf der Grundlage der „Empirische(n) Studie zur Bestandsaufnahme und Bewertung von Maßnahmen für politisch Verfolgte der SED-Diktatur in Berlin im Zeitraum 1990 bis 2020“ des Beauftragten erörtert. Die Koordinierung eines Gesprächs mit den ersuchenden Stellen im Land Berlin wurde angeregt. Das Modell ließe sich auf andere Bundesländer übertragen.

Zum Zweck der Rehabilitierung wurde von den Gerichten zu 1 185 Personen angefragt. Zu den Wiedergutmachungstatbeständen waren es Ersuchen zu 4 586 Personen. Hierbei entfiel rund die Hälfte der Anfragen auf die Opferrente.

3.2.2 Verwendung für Zwecke der Strafverfolgung und Gefahrenabwehr

Wie im vergangenen, so sind auch in diesem Berichtszeitraum keine Ersuchen zur Gefahrenabwehr eingegangen. Für den Zweck der Strafverfolgung ging die Zahl der Ersuchen weiter zurück. In der Mehrzahl sind es Ersuchen zu aktuellen Tötungsdelikten, zu immer noch ungeklärten Vermisstenfällen oder auch zu Tötungsverbrechen in der DDR, die jetzt noch von Staatsanwaltschaften oder von ihnen beauftragten Polizeidienststellen eingereicht werden.

Im Berichtszeitraum wurde das Stasi-Unterlagen-Archiv in 104 Fällen zu 762 Personen um Mitteilung zum Zweck der Strafverfolgung ersucht. Davon kamen allein 18 Ersuchen zu 493 Personen von der Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen in Ludwigsburg. Diese Ersuchen sind trotz der lange zurückliegenden Zeit weiterhin ausgerichtet auf die Identifizierung noch lebenden Wachpersonals der vielen Konzentrationslager des Nationalsozialismus.

3.2.3 Verwendung von nicht personenbezogenen Unterlagen

Das im Jahr 2011 gemäß § 26 Absatz 2 StUG eingeräumte Recht für jedermann, zweckfrei Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes, die nicht gezielt zu Personen angelegt wurden, verwenden zu können, wurde auch im Berichtszeitraum genutzt. Solche Anträge wurden sowohl von öffentlichen und nichtöffentlichen Stellen als auch von Einzelpersonen nicht nur aus Deutschland gestellt.

Neben Dokumenten wie Richtlinien und Ordnungen oder Dienstanweisungen des MfS wurden Dissertationen und Diplomarbeiten hauptamtlicher Mitarbeiter an der Juristischen Hochschule des MfS und auch Karten, Fotos, Pläne und Bauunterlagen zu ehemaligen MfS-Liegenschaften gesucht.

Von den 78 im Berichtszeitraum eingegangenen Anträgen betrafen etwa 20 Prozent frühere Liegenschaften des MfS.

3.2.4 Überprüfung von Personen

Durch das Gesetz zur Änderung des Bundesarchivgesetzes, des Stasi-Unterlagen-Gesetzes und zur Einrichtung einer oder eines SED-Opferbeauftragten erfolgten keine wesentlichen Änderungen der Überprüfungsmöglichkeiten von Personen dahingehend, ob sie hauptamtlich oder inoffiziell für den Staatssicherheitsdienst tätig waren. Dennoch erforderte die Einrichtung einer SED-Opferbeauftragten eine Anpassung der Überprüfungsmöglichkeiten: Die oder der Bundesbeauftragte für die Opfer der SED-Diktatur beim Deutschen Bundestag und die dort Beschäftigten wurden in den Kreis der Personen aufgenommen, die einer Überprüfung unterzogen werden können. Ebenso erforderte die Eingliederung der Behörde des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen in das Bundesarchiv eine Anpassung der Überprüfungsmöglichkeiten auf all diejenigen Beschäftigten, die im Rahmen ihrer Aufgabenzuweisung oder der von ihnen tatsächlich ausgeübten Tätigkeit mit Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes befasst sind.

3.2.4.1 Abgeordnete, Mitglieder kommunaler Vertretungen, sonstige kommunale Funktionsträgerinnen und Funktionsträger sowie Regierungsmitglieder

Im Berichtszeitraum Januar 2021 bis Juni 2023 wurden Ersuchen zu 1 122 Personen eingereicht, die in ihrer Funktion als Mitglieder einer kommunalen Vertretung bzw. als kommunale Wahlbeamte (u. a. Landräte und Bürgermeister), ehrenamtliche Bürgermeister sowie entsprechende Vertreter eines Gemeindeteils (Ortsvorsteher, Ortsbürgermeister) überprüft werden sollten. Dabei wurden zu 49 Personen Hinweise auf eine hauptamtliche oder inoffizielle Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst festgestellt.

Im Land Berlin wurden im September 2021 das Abgeordnetenhaus und die Bezirksverordnetenversammlungen gewählt. Diese Wahlen wurden im Februar 2023 wiederholt. In dieser kurzen Wahlperiode wurden von vier Bezirksversammlungen bereits Ersuchen zu 71 Personen zur Überprüfung eingereicht. Weiterhin erfolgte in diesem Zeitraum die Überprüfung von 15 Bezirksbürgermeistern und Stadträten. Bei diesen Überprüfungen ergaben sich bei sechs Personen Hinweise auf eine hauptamtliche oder inoffizielle Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst. Nach der Neuwahl im Februar 2023 wurden Ersuchen zu zehn Mitgliedern von Stadtverordnetenversammlungen eingereicht.

Ein Ersuchen zur Überprüfung von 35 Mitgliedern des im Jahr 2019 gewählten Thüringer Landtages wurde im Jahr 2021 eingereicht.

Die Landtage Brandenburg und Sachsen, deren Wahlen im Jahr 2019 stattfanden, reichten im Berichtszeitraum jeweils ein Ersuchen zu je einem Nachrücker zur Überprüfung ein.

Durch den im September 2021 gewählten Bundestag wurden bisher Ersuchen zu 29 Bundestagsabgeordneten zur Überprüfung eingereicht.

Die Recherchen ergaben bei drei Abgeordneten eines Länderparlaments Hinweise auf eine hauptamtliche oder inoffizielle Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst. In zwei Fällen war der ersuchenden Stelle diese Tätigkeit bereits aus früheren Überprüfungen bekannt.

Des Weiteren wurden zu 26 Personen in Minister- und Staatssekretärsfunktion der Länder Berlin, Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Sachsen (vor allem aus dem Land Berlin) sowie zu drei Hamburger Staatsräten Mitteilungen erstellt. In zwei Fällen wurden die Ersuchen wegen fehlender rechtlicher Grundlagen abgelehnt.

3.2.4.2 Berufsrichterinnen und Berufsrichter sowie ehrenamtliche Richterinnen und Richter

Auch in diesem Berichtszeitraum ersuchten die Länder Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen zum Zweck der Überprüfung zu 65 Personen in beruflicher oder ehrenamtlicher Richterfunktion um Mitteilung. In zwei Fällen erhielt die zuständige Stelle eine Mitteilung mit Hinweisen auf eine Zusammenarbeit mit dem MfS. Die Ersuchen zu zehn Fällen (u. a. Anfragen zu Friedensrichtern) mussten wegen der fehlenden rechtlichen Voraussetzungen abgelehnt werden.

3.2.4.3 Mitarbeitende öffentlicher Stellen in Leitungspositionen, von der öffentlichen Hand bestellte Mitglieder von Vertretungs- und Aufsichtsorganen, Beschäftigte im öffentlichen Dienst in tatsächengestützten Verdachtsfällen

Die im Berichtszeitraum eingereichten Ersuchen öffentlicher Stellen nach §§ 20, 21 Absatz 1 Nr. 6d StUG betrafen überwiegend Beschäftigte öffentlicher Stellen in Leitungsfunktion und tatsächengestützte Verdachtsfälle einer Tätigkeit für das MfS. Zu den überprüften Personengruppen gehörten vor allem die Leitungen von Schulen in 38 Prozent aller Anfragen. Danach folgten die Leitungen von Universitäten/Hochschulen, Behörden und Staatsanwaltschaften und weiterhin die Mitglieder von Aufsichtsgremien von Einrichtungen in öffentlicher Hand. Besondere Anfragen betrafen die Überprüfung von Leitungen von Sekretariaten und Referaten im Deutschen Bundestag, von Abteilungs- und Referatsleitungen in zwei Staatskanzleien sowie die des Leiters einer Universitätsklinik. Zu den genannten Ersuchen erhielten die Stellen in 17 Fällen eine

Mitteilung mit Hinweisen auf eine Zusammenarbeit mit dem Staatssicherheitsdienst. Wegen fehlender rechtlicher Voraussetzungen konnten die Anfragen zu insgesamt 17 Personen nicht bearbeitet werden.

3.2.4.4 Leitende Personen im Sport sowie Trainerinnen und Trainer, Betreuerinnen und Betreuer von Mitgliedern der deutschen Nationalmannschaften

Im Berichtszeitraum wurde lediglich ein Ersuchen zu einem Trainer von Bundeskadern eingereicht. Dazu erfolgte eine Mitteilung mit Hinweisen auf eine Zusammenarbeit mit dem Staatssicherheitsdienst.

3.2.4.5 Beratungsgremium nach § 39 StUG, Bundesarchiv, SED-Opferbeauftragte, Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Aufarbeitungseinrichtungen

Zum Zweck der Überprüfung wurden Ersuchen zu 13 Mitgliedern des Beratungsgremiums des Bundesarchivs und zu 29 Personen, die sich um eine Tätigkeit im Stasi-Unterlagen-Archiv beworben haben, eingereicht. Des Weiteren wurden Ersuchen zu einer Mitarbeiterin der Geschäftsstelle der Bundesbeauftragten für die Opfer der SED-Diktatur, zu zwei Landesbeauftragten, zu zwei Mitarbeitenden bei einer Landesbeauftragten sowie zu 31 Beschäftigten, ehrenamtlich Mitarbeitenden und Gremienmitgliedern in Aufarbeitungseinrichtungen bearbeitet. Hinweise auf eine Zusammenarbeit mit dem Staatssicherheitsdienst ergaben sich in keinem Fall. Wegen fehlender rechtlicher Grundlagen mussten die Ersuchen zu sechs Personen abgelehnt werden.

3.2.4.6 Sicherheits- und Zuverlässigkeitsüberprüfungen

Die zuständigen Stellen des Bundes und der Länder ersuchten bezüglich Sicherheitsüberprüfungen im Berichtszeitraum zur Feststellung einer hauptamtlichen oder inoffiziellen Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst um Mitteilung zu 11 280 Personen.

Da die Überprüfungen gemäß den Sicherheitsüberprüfungsgesetzen in bestimmten Zeitabständen erneut durchzuführen sind, handelte es sich bei einer Vielzahl von Ersuchen um wiederholte Anfragen. Die Recherchen (auch zu einigen Erstersuchen) ergaben in 697 Fällen Hinweise auf eine Tätigkeit für das MfS.

Wie im vergangenen Berichtszeitraum waren keine Ersuchen im Rahmen von Zuverlässigkeitsüberprüfungen zu verzeichnen.

3.2.4.7 Rentenangelegenheiten

Zur Klärung von Ansprüchen und Anwartschaften auf Rentenleistungen wandten sich die zuständigen Stellen im Berichtszeitraum in 7 886 Fällen an das Stasi-Unterlagen-Archiv. Gegenstand von Ersuchen waren auch Fra-

gen zu Gesundheitsschädigungen infolge eines Unfalls oder einer Erkrankung während der Zugehörigkeit zum Staatssicherheitsdienst. Dies betrifft die hauptamtlich und hauptamtlich-inoffiziell Beschäftigten. Weiterhin ging es um die Anerkennung von Vordienstzeiten für Beamtinnen und Beamte. Nicht selten steht bei den vorgenannten Ersuchen auch die Frage im Mittelpunkt, ob Verstöße gegen die Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit und Menschlichkeit aus den Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes ersichtlich sind. Gegenüber dem vorherigen Berichtszeitraum ist eine Steigerung der Zahl der Anfragen um 20 Prozent festzustellen.

3.2.4.8 Ordensangelegenheiten

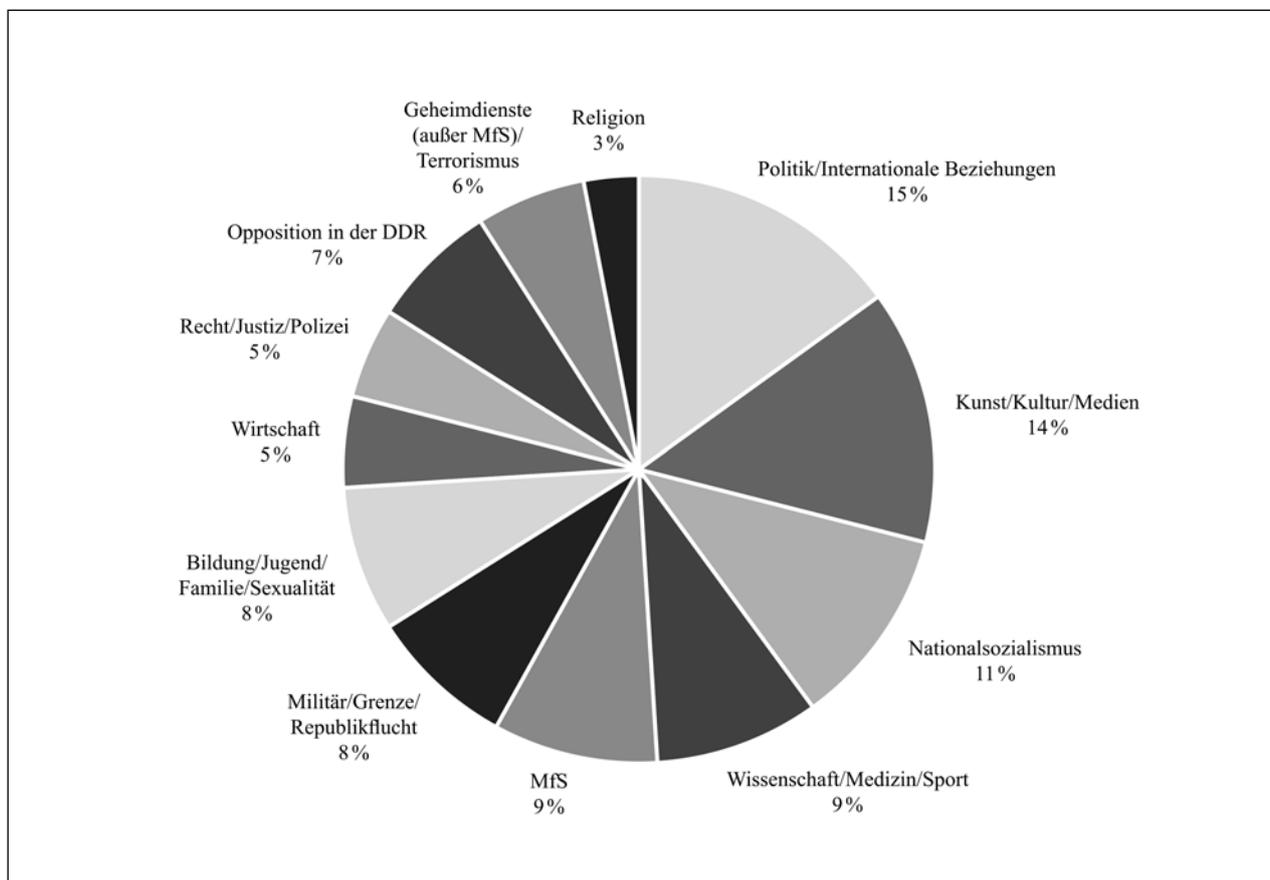
Vor einer vorgesehenen Verleihung eines Ordens wurden im Berichtszeitraum Ersuchen zu 724 Personen zur Überprüfung auf eine hauptamtliche oder inoffizielle Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst eingereicht. Oft war dies mit der Bitte um sehr kurzfristige Bereitstellung eines Rechercheergebnisses durch das Stasi-Unterlagen-Archiv verbunden.

Die Quote mitgeteilter Hinweise auf eine Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst lag hier bei rund 7 Prozent.

3.3 Anträge für die Forschung zum Zweck der politischen und historischen Aufarbeitung, für Zwecke der politischen Bildung sowie von Presse, Rundfunk und Film

Das Interesse an den Überlieferungen der Stasi ist auch nach drei Jahrzehnten Aufarbeitung ungebrochen hoch. Nachdem im ersten Jahrzehnt der Existenz der Behörde des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen Medienanträge überwogen, prägen nun bereits seit langer Zeit Forschungsanträge die Arbeit des Bereichs. Das Verhältnis bewegt sich seit Jahren bei zwei Dritteln wissenschaftlicher Anträge und einem Drittel journalistischer Anfragen. Das große Interesse zeigt sich in einer hohen Anzahl von Anträgen, die mit durchschnittlich 90 pro Monat weitgehend konstant ist. Im Berichtszeitraum gingen insgesamt 2 745 Forschungs- und Medienanträge gemäß § 32 ff. StUG ein (siehe Anhang 3). 1 954 Anträge stellten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, Forschungseinrichtungen oder Aufarbeitungsinitiativen, 791 Anträge kamen von Journalistinnen und Journalisten sowie von Fernseh- und Rundfunkanstalten. Auch das Interesse aus dem Ausland ist nach wie vor groß, 397 Anträge waren

Grafik 1: Antragseingänge §§ 32–34 StUG im Berichtszeitraum mit prozentualem Anteil der jeweiligen Themen



von ausländischen Forschenden und Medienvertretern gestellt worden. Dies ist ein Anteil von 15 Prozent.

Zu den Antragseingängen und ihrer Verteilung auf Themenbereiche siehe auch Grafik 1.

Das Spektrum der Themen ist breit gefächert, entsprechend unterschiedlich sind die Aufwände für Recherche, Auswahl und Anonymisierung. Nicht selten werden 40 000 Seiten und mehr ausgewertet, um die benötigten Informationen zu finden. Der fortschreitende Erschließungsstand der Archivbestände sowie immer weiter ausdifferenzierte und interdisziplinäre Forschungsansätze tragen ebenso zu vermehrten Aufwänden bei.

Wie in allen gesellschaftlichen Bereichen hat die Corona-Pandemie im Berichtszeitraum auch im Stasi-Unterlagen-Archiv den Arbeitsalltag geprägt. Aufgrund der strengen Hygieneauflagen war der Zugang zu den Lesesälen zeitweise beschränkt. Dies führte zu vorübergehend verlängerten Wartezeiten bzw. Verzögerungen. Viele Nutzerinnen und Nutzer verzichteten während der Pandemie ihrerseits auf aufwändige Archiv- und Forschungsreisen. Daher gewannen die digitale Kommunikation und vor allem digitale Arbeitsverfahren weiter an Bedeutung. So erfolgte die Bearbeitung der Anträge von der Anonymisierung über die Einsichtnahme bis hin zur Übergabe von Kopien größtenteils digital sowie orts- und zeitunabhängig über eine eigens eingerichtete Online-Plattform. Digitale Angebote, insbesondere die Bereitstellung von Online-Findmitteln, wurden weiter ausgebaut (siehe Abschnitt 2.3.2).

Aufgrund der Erfordernisse des StUG ist die Bearbeitung von Forschungs- und Medienanträgen wie auch von Anträgen auf persönliche Akteneinsicht im Stasi-Unterlagen-Archiv deutlich arbeitsaufwändiger als die Antragsbearbeitung in anderen Abteilungen des Bundesarchivs. Bei jeder Herausgabe von Stasi-Unterlagen ist zwischen dem jeweiligen Aufarbeitungsinteresse und den betroffenen Persönlichkeitsrechten abzuwägen. Zu deren Schutz müssen dann ggf. Passagen anonymisiert oder Einwilligungen bezüglich der Herausgaben von Informationen aus den Akten eingeholt werden. Zur Gewährleistung einheitlicher Bearbeitungen enthalten die internen Richtlinien Grundsätze, in die auch die insoweit ergangene Rechtsprechung einfließt. Dieses Verfahren hat sich in den vergangenen Jahrzehnten gut bewährt. Rückfragen von Antragstellenden lassen sich in der Regel durch entsprechende Erläuterungen zum Verfahren einvernehmlich klären.

Um trotz der Vielfalt möglicher Fragestellungen dennoch eine möglichst effiziente Bearbeitung sicherzustellen, werden eingehende Anträge auf themenbezogen spezialisierte Sachgebiete in den beiden zuständigen Fachreferaten verteilt. Diese Spezialisierung wurde in den vergangenen Jahrzehnten immer weiter ausdifferenziert. Der hierzu genutzte Themenschlüssel kombiniert thematische und chronologische Kriterien und bildet so das Spektrum möglicher Anträge ab. Diese Themenkomplexe dienen auch der Strukturierung der folgenden Vorstellung ausgewählter Anträge. Anträge aus Forschung und Medien werden je nach thematischem und regionalem Bezug in der

Zentralstelle oder den Außenstellen des Stasi-Unterlagen-Archivs bearbeitet.

3.3.1 Aufarbeitung der NS-Diktatur

Das Interesse an der Geschichte des Dritten Reiches nimmt auch mehr als sieben Jahrzehnte nach Kriegsende nicht ab. In den zurückliegenden Jahren machten entsprechende Fragestellungen mehr als ein Zehntel aller Anträge aus dem Bereich Forschung und Medien aus (siehe Grafik 1). So haben etwa seit Jahren Studien zu personellen Kontinuitäten aus der NS-Zeit in den Nachkriegsverwaltungen der beiden deutschen Staaten Konjunktur. Konzentrierte man sich anfangs vor allem auf die obersten Ebenen der Ministerien in Ost und West, gerät nun auch zunehmend der nachgeordnete Bereich in den Blick. Daneben bilden Justiz und Gerichte einen weiteren Schwerpunkt. Zwei Anträge seien im Folgenden beispielhaft vorgestellt.

Der Arbeitsbereich Zeitgeschichte des Historischen Seminars der Universität Mainz untersucht in Zusammenarbeit mit dem dortigen Lehrstuhl für Deutsche Rechtsgeschichte und Bürgerliches Recht die Geschichte des Bundesgerichtshofs (BGH). Besonderes Interesse gilt dabei den Biografien der dort tätigen Richter. Für das umfangreiche Projekt wurden bislang knapp 22 000 Seiten gesichtet und zur Einsicht vorgelegt, die Bearbeitung ist noch nicht abgeschlossen.

Eine Doktorandin der University of California in Berkeley forschte zu Nachkriegsnetzwerken der SS, hier besonders der Hilfgemeinschaft auf Gegenseitigkeit der Angehörigen der ehemaligen Waffen-SS e.V. (HIAG). Die HIAG war 1951 als „Traditionsverband“ in Deutschland von ehemaligen Offizieren der Waffen-SS gegründet worden. Naturgemäß erregte diese Gruppierung auch das Interesse des Staatssicherheitsdienstes. Entsprechend wurden für das Projekt über 160 000 Seiten gesichtet bzw. vorgelegt und knapp 800 Kopien übergeben.

3.3.2 Grenze und Flucht

Das frühere Notaufnahmelager in Gießen soll künftig eine Gedenkstätte von überregionaler Bedeutung und gleichzeitig ein digitaler Lern- und Erinnerungsort werden. Für einen entsprechenden Antrag der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung wurden umfangreiche Recherchen durchgeführt und im Rahmen mehrerer Einsichtnahmen über 19 000 Seiten Schriftgut sowie Fotos und Tonträger vorgelegt. Davon wurden schließlich mehr als 1 000 Seiten, 61 Fotos und fünf Tonträger für die unterschiedlichen Verwendungen (Kompakt-, Wechsel- und Dauerausstellung) innerhalb der Gedenkstätte Notaufnahmelager Gießen ausgewählt.

Mehr als 5 600 Menschen versuchten zwischen 1961 und 1989, von der DDR-Ostseeküste aus ins westliche Ausland zu fliehen. Nur wenigen von ihnen gelang die Flucht in die Bundesrepublik bzw. nach Dänemark, Schweden oder Finnland. Derzeitige Schätzungen gehen davon aus, dass ca. 180 Personen bei der Flucht ums Leben kamen. Ein Projekt an der Universität Greifswald untersucht Todesfälle auf der Ostsee in neuer Recherchetiefe und -breite.

te. Dazu hat das Team unter Leitung von Prof. Hubertus Buchstein auch einen Antrag an die Außenstelle Rostock des Stasi-Unterlagen-Archivs gestellt. Im Rahmen des Antrags wurden bisher rund 60 000 Seiten gelesen, 5 300 Seiten bei Akteneinsichten vorgelegt und 1 300 Seiten herausgegeben.

Das Grenzregime an der DDR-Ostseeküste ist auch hinsichtlich der Zeit zwischen der zweiten Hälfte der 1940er-Jahre und 1961 sowie der Auswirkungen auf die Beziehungen zwischen der DDR, der Bundesrepublik und den skandinavischen Staaten bislang nicht hinreichend untersucht. Unter der Leitung des Historikers Prof. Stefan Kreuzberger von der Universität Rostock werden diese beiden Schwerpunkte seit 2020 unter Hinzuziehung relevanter, auch skandinavischer Archive wissenschaftlich beleuchtet. Für diesen Forschungsantrag konnten der Arbeitsgruppe 27 000 Seiten bei Akteneinsichten zur Verfügung gestellt und 3 100 Seiten herausgegeben werden.

3.3.3 Haft und Justiz

Die Stiftung Sächsische Gedenkstätten forscht seit 2020 zum Thema „Urteile sowjetischer Militärtribunale (SMT) in Dresden zwischen 1945 und 1955“. Ziel des Projektes ist die möglichst vollständige Erfassung und Dokumentation der verurteilten Personen, die Klärung von Schicksalen, die Ermittlung des Standes der Rehabilitation und die Bereitstellung von Informationen in Ausstellungen, auf der Website sowie bei der Bildungsarbeit. Die Zahl der Dresdner SMT-Verurteilten wird auf bis zu 3 000 Personen geschätzt, dementsprechend umfangreich sind die Recherchen. Das Projekt wird von der Bundesstiftung Aufarbeitung gefördert und in Kooperation mit der Gedenkstätte Bautzner Straße Dresden durchgeführt. Bislang wurden gut 35 000 Seiten ausgewertet und knapp 1 500 Kopien herausgegeben.

Ein sehr umfangreicher Antrag wurde im Berichtszeitraum in der Außenstelle Erfurt bearbeitet. Antragsteller war ein Kooperationspartner der Außenstelle, die von der Stiftung Ettersberg getragene Gedenk- und Bildungsstätte Andreasstraße. Das Projekt hatte das Ziel, valide Daten zu den Häftlingen in der Untersuchungshaft Erfurt des MfS zu ermitteln. Für diesen Antrag sind 4,3 Millionen Seiten ausgewertet und über 1,6 Millionen Seiten vorgelegt worden. Entsprechend umfangreich wurden Unterlagen herausgegeben, darunter Digitalisate der Haft- und Festnahmebücher. Im Ergebnis der Einsicht in die Unterlagen entstand eine Häftlingsstatistik, die neben der Anzahl der Haftinsassen auch die Haftgründe und Haftdauer umfasst. Der mehrjährige Forschungsantrag wurde im Januar 2023 beendet. Die Gedenk- und Bildungsstätte Andreasstraße plant dazu für 2024 eine Ausstellung.

3.3.4 Opposition, Bürgerprotest und Friedliche Revolution

Im April 1981 verstarb der 23-jährige Matthias Domaschk in der Stasi-Untersuchungshaftanstalt in Gera. Sein tragischer Tod ließ viele Fragen offen. Im Auftrag des Thüringer Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

suchte der frühere Spiegel-Journalist Peter Wensierski rund zweieinhalb Jahre in den Stasi-Unterlagen nach Antworten. In seiner Publikation „Jena-Paradies“ rekonstruiert er die damaligen Ereignisse, beleuchtet individuelle wie politische Hintergründe und gibt tiefe Einblicke in die Lebenswirklichkeit unangepasster Jugendlicher in der DDR. Das Buch wurde im März 2023 vom Autor in einer zusammen mit dem Stasi-Unterlagen-Archiv ausgerichteten Veranstaltung dem Publikum vorgestellt. Für das umfangreiche Projekt wurde zu 80 Personen recherchiert, ca. 1 000 Vorgänge mit über 177 000 Seiten wurden ausgewertet und über 8 000 Seiten sowie Fotos und Tonbänder herausgegeben.

Ein Schwerpunkt in der Zusammenarbeit mit den Beauftragten der Länder für die Aufarbeitung der SED-Diktatur bzw. der Folgen der kommunistischen Diktatur war anlässlich des 70. Jahrestages die Bearbeitung von Anträgen zum Volksaufstand am 17. Juni 1953. Mit Hilfe der Stasi-Überlieferungen konnten so verschiedene Vorhaben umgesetzt werden. Für das Gebiet des heutigen Landes Brandenburg wurden lokale Ereignisse und Protestaktivitäten in den Städten und Dörfern erfasst, um den erinnerungskulturellen und geschichtspolitischen Stellenwert des 17. Juni 1953 breitenwirksam über die berlinHistory App sichtbar zu machen. In Sachsen-Anhalt entstand eine multimediale Plakatausstellung, zudem wurden die Ereignisse des Volksaufstands an der Landwirtschaftlichen Fakultät der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg näher beleuchtet. In Kooperation mit der dortigen Landeszentrale für politische Bildung und dem „Nordkurier“ widmete sich schließlich in Mecklenburg-Vorpommern ein Forschungsprojekt den Ereignissen in den drei Nordbezirken Schwerin, Rostock und Neubrandenburg, um so auch den Blick auf die Entwicklung abseits der großen Zentren Berlin, Leipzig und Halle zu lenken. Die Ergebnisse wurden in einer achtseitigen Beilage im „Nordkurier“ präsentiert.

3.3.5 Kinder und Jugendliche

Seit August 2021 forscht ein Team um den Ethikprofessor Karsten Laudien auch im Stasi-Unterlagen-Archiv zu Adoptionsverfahren in der DDR. Ziel des vom Bundesministerium des Innern geförderten Projekts sind unter anderem eine belastbare Definition des Begriffs „Zwangsadoption“, gesicherte Erkenntnisse zu den historischen Strukturen und Prozessen sowie eine verlässlichere Zahlengrundlage. Mit dem Projekt wird ein Beschluss des Deutschen Bundestages aus dem Jahr 2019 (BT-Drs. 19/11091) umgesetzt. Die Projektlaufzeit beträgt 36 Monate. Für dieses sehr umfangreiche Vorhaben wurde bislang zu 1 075 Personen recherchiert, fast 700 Vorgänge wurden ausgewertet und ca. 1 000 Seiten herausgegeben.

Die in Leipzig ansässige TV-Produktionsfirma fernsehkombinat GmbH & Co. KG recherchierte in der Außenstelle Leipzig zu den DDR-Jugendhäusern in Halle, Dessau, Gräfenonna und Luckau. Die insgesamt elf Jugendhäuser in der DDR waren Einrichtungen der Justiz. Jugendliche, die nicht in das Raster des DDR-Regimes passten, wurden

dort eingesperrt. Es herrschte militärischer Drill, Willkür und Gewalt. Der Staatssicherheitsdienst überwachte die Jugendhäuser intensiv und setzte dafür sowohl Angestellte der Jugendhäuser als auch jugendliche Gefangene als Spitzel ein. Die Dokumentation „Verlorene Kindheit – weggesperrt in der DDR“ wurde Anfang Dezember 2022 in 3sat gesendet.

Der Zeit-Geschichte(n) e.V. Halle recherchierte ebenfalls zur Geschichte eines Jugendhauses. Heute in Vergessenheit geraten, war das Hallenser Jugendhaus „Frohe Zukunft“ die größte und modernste Jugendhaftanstalt der DDR. In dieser waren bis zu 1 500 männliche Insassen untergebracht. Forschungsziel ist die wissenschaftliche Analyse der angewandten Methoden und Sozialdisziplinierungsmaßnahmen bei den Jugendlichen. Der Rechercheaufwand zu diesem Forschungsantrag betrug über 21 000 gelesene und über 2 000 zugänglich gemachte Seiten.

3.3.6 Kunst und Kultur

Die Provenienzforschung und damit die Themen Kunsthandel und Kunstraub bzw. Verbleib von Kunstgegenständen sowie die Rolle der Kunst und Antiquitäten GmbH im Bereich Kommerzielle Koordinierung (KoKo) des MfS sind in den letzten Jahren Gegenstand zahlreicher Forschungs- und Medienanträge gewesen. So ging ein Antrag des MDR den zweifelhaften Machenschaften des US-amerikanischen Kunsthändlers Everett Rassiga und seinen Tauschgeschäften mit den Völkerkundemuseen in Dresden und Leipzig nach. Anlass der Recherche war eine Versteigerung im Sommer 2022 im Auktionshaus Christie's, auf der eine Maske unklarer Provenienz für über neun Millionen Euro versteigert worden war. Von knapp 5 000 ausgewerteten Seiten wurden gut 300 Blatt herausgegeben.

Das Wirken des MfS in Bezug auf Trödel- und Automärkte in der DDR wurde in einem Medienantrag der Saxonia Entertainment GmbH genauer betrachtet. Ziel war die Erstellung eines Dokumentarfilms für den MDR. Dazu erfolgten Sachrecherchen in allen Außenstellen und in der Zentrale des Stasi-Unterlagen-Archivs. Es wurden fast 13 000 Seiten Aktenmaterial gesichtet und über 700 Seiten herausgegeben, darunter auch Bildaufnahmen. Die Unterlagen reichen von Verkaufs- und Preislisten bis hin zu Observations- und IM-Berichten.

Der Raub wertvoller Gemälde niederländischer Maler aus Schloss Friedenstein in Gotha im Jahr 1979 war Thema von zwei Anträgen. Zum einen recherchierte ein wissenschaftlicher Mitarbeiter der Stiftung Schloss Friedenstein Gotha anlässlich des Wiederauffindens der Kunstgemälde aus dem Diebstahl für die Ausstellung „Wieder zurück in Gotha! – Die verlorenen Meisterwerke“. Ergänzend zur Ausstellung entstand ein Begleitband mit gleichnamigem Titel. Die Ausstellung wurde bis August 2022 in Gotha gezeigt. Der Journalist Mirko Krüger verarbeitete seine Erkenntnisse aus den Stasi-Unterlagen zum Kunstraub von Gotha in Vorträgen, in denen er das Versagen der Staatssicherheit bei den Ermittlungen in den Vordergrund stellte. Dieser Vortrag wurde in der Außenstelle Erfurt zur Langen

Nacht der Museen am 13. Mai 2022 gehalten und wird auf Grund des regen Interesses im Herbst 2023 wiederholt. Für die beiden Anträge wurden über 3 500 Seiten ausgewertet und mehr als 1 600 Seiten herausgegeben.

3.3.7 Umwelt, Wirtschaft und Medizin

Ein Redakteur der fernsehkombinat GmbH & Co. KG hat in der Außenstelle Leipzig Ende 2021 Material zu vier Unglücksfällen in der DDR eingesehen. Dabei handelte es sich weitgehend um spektakuläre Fälle, die zum Zeitpunkt ihres Geschehens dennoch kaum an die Öffentlichkeit drangen. Eingesehen wurden unter anderem Aktenmaterial und Tonbandaufzeichnungen vom Funkverkehr zum Testflug des Passagierstrahlflugzeugs Baade 152 kurz vor dessen Absturz am 4. März 1959. Nach dieser Katastrophe, bei der alle vier Besatzungsmitglieder starben, wurde die zivile Flugzeugentwicklung der DDR eingestellt. Weiterhin wurden Akten zum Untergang des Frachters „Fiete Schulz“ am 21. September 1967, zum Absturz einer sowjetischen Militärmaschine 1966 über dem Stößensee (West-Berlin) und zur Explosion des Bohrturms Lenzen am 25. Juni 1969 vorgelegt. Im Teil 4 der ZDF-Dokureihe „Die schwersten Unglücke der DDR“ mit dem Titel „Im Wettkampf mit dem Klassenfeind“ wurden die Katastrophenfälle aufgegriffen (Ausstrahlung: Januar 2023). Es wurden 6 500 Seiten ausgewertet, etwa 2 000 Dokumente einschließlich Fotos und Tonbandaufzeichnungen vorgelegt und über 900 Duplikate, 20 Fotos sowie 11:21 Minuten Tonsequenzen zum Absturz der Baade 152 herausgegeben.

Der Antrag „Das Gesundheits- und Sozialwesen des Bezirkes Magdeburg – Aspekte seiner Überwachung durch das Ministerium für Staatssicherheit der ehemaligen DDR“ wurde vom Bürgerkomitee Magdeburg e.V. gestellt und konnte im Berichtszeitraum nach einer mehrjährigen umfangreichen Bearbeitung in der Außenstelle Magdeburg abgeschlossen werden. Die zur Verfügung gestellten Unterlagen tragen zur weiteren tiefgründigen Aufarbeitung dieses Themas bei. Dabei waren über 367 000 Seiten ausgewertet und knapp 30 000 Kopien herausgegeben worden. Unterlagen belegen vor allem, wie viele inoffizielle Mitarbeiter in verschiedenen Bereichen (Ärzte, Pflegepersonal, Verwaltung) eingesetzt wurden. Bislang sind zehn Forschungshefte publiziert worden, im Dokumentationszentrum am Moritzplatz Magdeburg stießen mehrere öffentliche Veranstaltungen, in denen die Forschungsergebnisse vorgestellt wurden, auf reges Interesse.

3.3.8 Internationale Beziehungen und Geheimdienste

Nach dem am 24. Februar 2022 begonnenen Angriff der Russischen Föderation auf die Ukraine wuchs das öffentliche Interesse an den beim Stasi-Unterlagen-Archiv überlieferten Dokumenten mit Bezug zur Person des heutigen Präsidenten der Russischen Föderation, Wladimir Putin, stark an. Dieser war von 1985 bis 1990 in der Dresdner Residentur des sowjetischen Komitees für Staatssicherheit (KfS; besser bekannt als KGB) in verschiedenen Funkti-

onen tätig. Der Kern der diesbezüglich überlieferten Unterlagen war für die Forschung sowie für Medienanfragen bereits seit Beginn der 2000er-Jahre zur Verfügung gestellt worden. Für den Berichtszeitraum ist auf einen durch die Universität Würzburg, Lehrstuhl für Neueste Geschichte, gestellten umfassenden Forschungsantrag hinzuweisen, in dem die Tätigkeit der Dresdner KfS-Residentur grundlegend erforscht und nach Belegen zum konkreten nachrichtendienstlichen Wirken Wladimir Putins gesucht wird. Für diesen Antrag waren über 18 000 Seiten ausgewertet, knapp 6 500 Seiten vorgelegt und über 1 500 Seiten herausgegeben worden. Manche Medien ergänzen ihren Antrag auch durch Dreharbeiten in der Außenstelle Dresden. Dabei orientieren sie sich an einem Video von Alexej Nawalny, der die Außenstelle im Dezember 2020 im Zuge seiner Recherchen zu Putin und dessen KGB-Netzwerk besucht und seine Akteneinsicht in einem Film dokumentiert hatte.

Die Jungen Nationaldemokraten (JN) nahmen eine Schlüsselposition in der Geschichte der „Nationalen Opposition“ der Bundesrepublik Deutschland ein. Die 1967 aufgebaute deutschlandweit agierende Parteijugend der NPD war bis in die 1990er-Jahre die größte Jugendorganisation des organisierten Nationalismus in der Bonner Republik, entsprechend fand sie auch das Interesse des MfS. Zu diesem Thema forschte seit 2020 eine Doktorandin des Leibniz-Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam (ZZF) im Stasi-Unterlagen-Archiv, hierzu wurden knapp 1 700 Vorgänge ausgewertet mit über 350 000 Seiten. Davon wurden schließlich gut 111 000 Seiten sowie einige Fotos vorgelegt, herausgegeben wurden über 4 300 Seiten sowie 33 Fotos.

3.3.9 Universitäten und Wissenschaft

Die Universitäten in der DDR sollten „sozialistische Persönlichkeiten“ hervorbringen. Die Realität stellte sich jedoch häufig anders dar. Immer wieder sah sich das SED-Regime auch dort mit Andersdenkenden konfrontiert. Das MfS überwachte daher auch diesen Bereich intensiv, führte eine Vielzahl von inoffiziellen Mitarbeitern unter den Studierenden, Lehrenden und Angestellten und überzog zahlreiche von ihnen mit Repressionen. Seit 2020 begleitet die Außenstelle Rostock dazu ein umfangreiches Forschungsprojekt der Universität Rostock, in dessen Ergebnis eine Ausstellung zur politischen Überwachung der Universität zwischen 1945 und 1989 entsteht. Im Berichtszeitraum wurden dafür rund 60 000 Seiten gesichtet, gut 22 000 Seiten zur Akteneinsicht vorgelegt und über 600 Seiten als Kopien herausgegeben. Außerdem beschäftigt sich ein Doktorand am Historischen Institut der Universität Rostock exemplarisch mit dem Institut für Anglistik der Wilhelm-Pieck-Universität Rostock. Ihm konnten für seinen Forschungsantrag 30 000 Seiten zur Einsicht vorgelegt werden.

Auch die Technische Universität Dresden stand von ihrer Wiedereröffnung 1946 bis 1989 unter besonderer Beobachtung der Stasi. Mehr als 4 000 Akten befinden sich allein im Bestand der „Objektdienststelle TU/H“ der ehe-

maligen MfS-Bezirksverwaltung Dresden. Für dieses Projekt wurden knapp 60 000 Seiten und gut 200 Fotos und Filme gesichtet sowie schließlich 44 Duplikate und einige Fotos und ein Video herausgegeben. Im Zusammenhang mit diesem Antrag entwickelte das Stasi-Unterlagen-Archiv gemeinsam mit Studierenden und dem Archiv der TU Dresden die App „Geheim! Stasi an der TU Dresden“. Mit dieser App können an insgesamt 16 Stationen auf dem Campus der TU Geschichten und Dokumente aus den Stasi-Akten individuell erkundet werden. Es sind Geschichten, die von der Überwachung und Absicherung sensibler Forschungsbereiche, z. B. der Kernforschung, vom studentischen Alltagsleben in Wohnheimen und Studentenklubs sowie von Protesten an der Universität gegen die SED-Diktatur erzählen. Die App kann kostenfrei heruntergeladen werden und ist in deutscher und englischer Textversion verfügbar.

Der BMBF-Forschungsverbund „Seelenarbeit im Sozialismus: Psychologie, Psychotherapie, Psychiatrie (SiSaP)“ nähert sich seinem Thema in verschiedenen Teilprojekten. In den Überlieferungen der Stasi etwa sollen die Bedingungen und Inhalte untersucht werden, die zur sogenannten Operativen Psychologie geführt haben. Eine wesentliche Rolle dabei spielte der Lehrstuhl Operative Psychologie an der MfS-eigenen Juristischen Hochschule in Potsdam. Ergänzende Recherchen werden parallel auch in anderen Archiven bzw. Bereichen des Bundesarchivs durchgeführt. Hierfür wurden über 11 000 Seiten ausgewertet und gut 5 600 Seiten herausgegeben. Die Ergebnisse fanden Aufnahme in Veröffentlichungen des BMBF-Forschungsverbundprojekts, aber auch in der Ausstellung „Psychologie unter politischem Diktat und Justiz“ vom 10. bis 30. Januar 2023 in Dortmund.

3.3.10 MfS und Bezirksverwaltungen

Künstlerinnen und Künstler des Wiener DARUM-Kollektivs stellten in Kooperation mit dem Leipziger Schauspielhaus einen Antrag zur Geschichte des Gebäudes der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit in Leipzig, speziell zur Sauna im Kellergeschoss des Neubaus. Diese war im Jahr 1986 in Betrieb genommen worden. Die Rechercheergebnisse schlugen sich in dem sehr positiv aufgenommenen Theaterstück „Letzter Aufguss“ nieder, das am 28. Mai 2022 Premiere hatte und am authentischen Ort, der ehemaligen Sauna, aufgeführt wurde. Als Performance zwischen Theaterstück und multimedialer Installation befasste es sich mit der bewegten Geschichte des Matthäikirchhofs, den Geistern der Vergangenheit und Visionen für seine Neugestaltung. Zum Thema des Forschungsantrages wurden über 2 100 Seiten ausgewertet, 220 Seiten vorgelegt und acht Duplikate herausgegeben.

Heinz Krügel (1921–2008) war einer der erfolgreichsten Fußballtrainer in der DDR. Mit dem 1. FC Magdeburg wurde er dreimal Meister, zweimal Pokalsieger und 1974 Europacup-Sieger der Pokalsieger. 1976 wurde ihm dennoch vom DDR-Fußballverband die Trainerlizenz auf Lebenszeit entzogen. Ihm wurde angeboten, als Sportinstrukteur in einem Großbetrieb zu arbeiten. Beim Eu-

ropacupspiel des 1. FC Magdeburg gegen den FC Bayern München am 6. November 1974 stand er unter massiver Beobachtung. Mehrere IM, darunter auch Spieler und Funktionäre des 1. FC Magdeburg, haben dem Staatssicherheitsdienst als Zuträger gedient. Sowohl die Presse (Fußball Magazin Sachsen-Anhalt, Herausgeber MD-sport) als auch der Fußballclub 1. FC Magdeburg selbst arbeiteten die damaligen Ereignisse mit Anträgen in der Außenstelle Magdeburg auf. Im Rahmen der Bearbeitung wurden über 5 300 Seiten gelesen, 189 Seiten im Rahmen einer Akteneinsicht vorgelegt und 149 Seiten in Kopie übergeben. Auf der Grundlage der Informationen aus den Stasi-Unterlagen ist eine überarbeitete Auflage der Biografie von Heinz Krügel erschienen.

3.4 Neue Gebührenordnung

Am 1. Oktober 2021 trat die Besondere Gebührenverordnung der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (Besondere Gebührenverordnung BKM – BKMBGebV) in Kraft, die in Verbindung mit dem Bundesgebührengesetz (BGebG) für alle Gebühren und Auslagen gilt, die im Bundesarchiv für individuell zurechenbare öffentliche Leistungen erhoben werden. Gleichzeitig traten die bisherigen gebührenrechtlichen Bestimmungen im Zuständigkeitsbereich der BKM außer Kraft. Das gilt insbesondere auch für die Regelung von § 42 Absatz 1 StUG sowie die bisher gültige Stasi-Unterlagen-Kostenordnung (StUKostV).

Die Gebühren und Auslagen richten sich nach dem Gebühren- und Auslagenverzeichnis, das der Verordnung als Anlage beigelegt ist. In Abschnitt 2 des Verzeichnisses sind die Tatbestände für den Zugang nach dem StUG geregelt. Es wird weiterhin nach den Gebührentatbeständen für Auskünfte und Mitteilungen, für Einsichtnahmen sowie Herausgaben unterschieden. Innerhalb dieser Gebührentatbestände differenziert das Verzeichnis nach den jeweiligen Zugangsrechten der Antragsteller nach dem StUG. Es unterscheidet zwischen Betroffenen, Dritten, nahen Angehörigen Vermisster oder Verstorbener, Mitarbeitern oder Begünstigten des MfS sowie nichtöffentlichen und öffentlichen Stellen. Neu ist das Fehlen einer Mindestgebühr. Im Verzeichnis sind auch Tatbestände einer Gebühren- bzw. Auslagenbefreiung geregelt. Die Herausgabe von Duplikaten an Betroffene, Dritte und nahe Angehörige im Sinne des StUG ist nun gebührenfrei. Das Gleiche gilt für die Einsicht und Herausgabe für Leistungen nach § 26 StUG (Verwendung von Dienstanweisungen, Organisationsplänen und weiteren Unterlagen).

Die Höhe der Auslagen richtet sich nach der Art der zur Verfügung gestellten Informationen (A4-/A3-Kopien, CD, DVD etc.). Auslagenfreiheit besteht für die Bereitstellung von Daten über die Herausgabepattform des Stasi-Unterlagen-Archivs (Online-Herausgabe) und für einfache elektronische Kopien (§ 12 BGebG; Förderung der Inanspruchnahme einfacher elektronischer Kopien). In den Fällen einer Gebührenfreiheit werden Auslagen erst ab einer Höhe von 3 Euro berechnet (§ 2 Absatz 4 Satz 2 BKMBGebV).

4 Forschung

4.1 Konzept der quellenkundlichen Forschung

Im Gesetz zur Änderung des Bundesarchivgesetzes, des Stasi-Unterlagen-Gesetzes und zur Einrichtung einer oder eines SED-Opferbeauftragten vom 9. April 2021 ist die „quellenkundliche Forschung zur Erschließung der Bestände des Stasi-Unterlagen-Archivs“ explizit als Aufgabe des Bundesarchivs beschrieben worden: Die Forschung im Stasi-Unterlagen-Archiv soll demnach auf den drei Säulen Überlieferungsforschung/Quellenkunde, Editionen und Grundlagenforschung weiterentwickelt und neu justiert werden. Zentrales Ziel ist es, Struktur und Charakter der MfS-Überlieferung besser zu verstehen, um so eine qualifiziertere Nutzung des Archivs und der überlieferten Quellen durch Wissenschaft, Medien und Betroffene zu ermöglichen. Dazu gehört auch weiterhin eine eigenständige Forschung über die Staatssicherheit, ihre Rolle im Herrschaftssystem und der Gesellschaft der DDR sowie in der Geheimdienstarchitektur des kommunistischen Herrschaftsbereichs.

Insbesondere für die Überlieferung von Geheimpolizeien gilt, dass ein fundiertes Wissen zum Entstehungskontext der Unterlagen für ihre Erschließung und das Verständnis ihrer Inhalte unabdingbar ist. In der Erfüllung dieses zentralen Auftrages verbessert die quellenkundliche Forschung im Stasi-Unterlagen-Archiv die Lesbarkeit der Aktenüberlieferung und wird damit ihrer gesetzlichen Aufgabe gerecht. Sie steht im Einklang mit der Arbeit im Bundesarchiv und könnte darüber hinaus inhaltlich und methodisch impulsgebend sein. Sie kann die Zusammenarbeit mit Universitäten und anderen Forschungseinrichtungen vertiefen – wie dies z. B. im Forschungsverbund „Landschaften der Verfolgung“, der vom Bundesministerium für Bildung und Forschung gefördert wurde, bereits geschehen ist.

Aufbauend auf die bisherige Grundlagenforschung beim Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen (u. a. das MfS-Handbuch, das MfS-Lexikon, die Edition „Die DDR im Blick der Stasi“ sowie monografische Darstellungen zur Arbeits- und Wirkungsweise des MfS) wird es in der quellenkundlichen Forschung darum gehen, eine noch breitere und solidere Basis für weitergehende Forschungsvorhaben mit Stasi-Unterlagen zu schaffen bzw. diese durchzuführen. Das Archiv und seine Überlieferungen sollen in ihrer ganzen Komplexität erfasst und bewertet werden.

Das langfristige Ziel eines solchen Forschungsprozesses ist eine systematische Beschreibung und Analyse der MfS-Überlieferung unter den für die Nutzung wichtigen Aspekten nach einer umfassenden Systematik. Um dieses Ziel zu erreichen, sind in der Topografie des Archivs zunächst vor allem folgende Zugänge und Ansatzpunkte sinnvoll:

1. Ablagen, Informationssysteme und Vorgangskategorien,
2. Die Dienstseinheiten des MfS als geheimpolizeiliche Akteure und als Aktenbildner.

Mit der Beschreibung und Analyse von Ablagen, Vorgangsarten, Informationssystemen, Quellentypen und Dienstseinheiten werden wesentliche Beiträge zur Erforschung der Überlieferung und der Institution der Staatssicherheit geleistet, die einen eigenständigen Erkenntniswert haben und gleichzeitig den Aktenzugang sowie einen qualifizierten Umgang mit den Unterlagen erleichtern. An die quellenkundlichen Bestandsaufnahmen und Analysen sollen sich auch exemplarische qualitative Untersuchungen anschließen, die das Potential der Quellenüberlieferung veranschaulichen. Auf dieser Basis sind weitere, neue Aufschlüsse über die Tätigkeit des MfS sowie seiner Dokumentations- und Archivierungspraxis im Laufe seines 40-jährigen Bestehens zu erwarten, die sowohl einen Mehrwert für den Archivnutzer als auch einen Erkenntnisfortschritt für die Forschung erbringen. Bei diesen Vorhaben soll – wenn möglich – ein integratives Konzept verfolgt werden, das heißt, es sollen bei allen Einzelprojekten die drei oben genannten Säulen (Überlieferungsforschung/Quellenkunde, Editionen sowie Grundlagenforschung) berücksichtigt werden. Neben diesem systematischen Forschungskonzept sollen bereits bestehende Projekte fortgeführt werden. Vorgesehen ist folgende Vorgehensweise:

Ablagen, Informationssysteme und Vorgangskategorien

Bei diesem Ansatz liegt das Hauptaugenmerk auf dem Kernbereich des MfS-Ablagesystems, der Operativen Hauptablage, der Allgemeinen Sachablage und der Geheimen Ablage, in dem die wichtigsten Vorgänge und Akten aus dem gesamten Zeitraum des Bestehens der Staatssicherheit liegen. Um auch das „Massengeschäft“ der Staatssicherheit in den späten Jahren in den Blick zu nehmen, sollte darüber hinaus auch die Ebene der (eigentlich dezentralen) Zentralen Materialablagen (ZMA) der unterschiedlichen Dienstseinheiten einbezogen werden. Dabei soll ein integrativer Ansatz verfolgt werden. Es gilt, die Überlieferungssituation der Ablagen, die „normale“ Kassationspraxis des MfS sowie die außerordentlichen Aktenvernichtungen des Spätherbstes 1989 auf Grundlage der vorliegenden Erkenntnisse zu rekonstruieren und zu analysieren.

Zentrale Gegenstände einer quellenkundlichen Erforschung der MfS-Überlieferung sind das Registratur- und Ablagensystem, das Auswertungs- und Informationssystem sowie die Vorgangsarten des MfS. Dabei geht es um Fragen der Informationserhebung, -speicherung und -verarbeitung. Während das System der zentralen Ablagen und Karteien eine verhältnismäßig hohe Kontinuität aufweist, hat sich das System der Auswertung und Information sehr dynamisch entwickelt, von den Kerblockkarteien der 1960er-Jahre bis zur Zentralen Personendatenbank (ZPDB).

Der Kern der geheimpolizeilichen und geheimdienstlichen Tätigkeit des MfS spiegelt sich in den formgebundenen Vorgängen und Akten des MfS, vor allem den Vorgängen inoffizieller Mitarbeiter (IM), den Operativen Personenkontrollen (OPK), den Operativen Vorgängen (OV) und den Untersuchungsvorgängen (UV).

Während die IM-Vorgänge im Hinblick auf die normativen Aspekte und die immanenten Entwicklungen bereits einigermaßen erschöpfend dokumentiert und analysiert wurden, stehen vergleichbare Arbeiten für den Bereich der Betroffenenakten aus. Zu unterscheiden sind hier die genuinen geheimdienstlichen Vorgangs- und Aktenkategorien OPK und OV, die ausschließlich „inoffizielles“ Handeln widerspiegeln und die Untersuchungsvorgänge, die überwiegend „offizielles“ strafverfahrensrechtliches Handeln dokumentieren. Insbesondere Untersuchungen zu den Vorgangsarten OPK und OV und ihren Vorläufern (Einzelvorgänge, Gruppenvorgänge, Überprüfungsvorgänge, Vorläufe Operativ), die nicht nur die Entwicklung der Aktenführung, sondern auch die der operativen Praxis beleuchten, sind eigentlich überfällig. Eine quellenkundliche Analyse müsste sich dabei auch auf die Ebene der verschiedenen MfS-spezifischen Dokumententypen erstrecken. Vorgangsarten und Dokumententypen wären im Hinblick auf ihren Quellenwert zu analysieren, einschließlich der Entwicklung spezifischer Kriterien für die Quellenkritik.

Darüber hinaus sollen durch die Edition von Beispiellakten und MfS-spezifischen Quellengattungen nicht nur wichtige Hilfsmittel für Forschung, Lehre, Medien sowie die allgemeine Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt, sondern auch die Charakteristika der MfS-Überlieferung veranschaulicht werden. In einem letzten Schritt sollten in diesem Zusammenhang Fragen nach der Entwicklung der Überwachungs- und Repressionspraxis, des internen hierarchischen Gefüges der Staatssicherheit und der Zusammenarbeit mit anderen staatlichen Institutionen erforscht werden. Dadurch können zentrale Lücken im Grundlagenwissen zu Struktur, Methoden und Wirkungsweise des Staatssicherheitsdienstes geschlossen werden.

Die Dienstseinheiten des MfS als geheimpolizeiliche Akteure und als Aktenbildner

Aufbauend auf dem Handbuch zur Staatssicherheit soll eine systematische Forschung zu den einzelnen Dienstseinheiten des MfS und ihrer archivalischen Überlieferung erfolgen. Dabei geht es nicht um eine Neubearbeitung des Handbuches, sondern um eine wesentliche Erweiterung im Rahmen des oben beschriebenen Dreisäulenmodells:

3. Auf Grundlage der vorliegenden Erkenntnisse zur Struktur- und Personalentwicklung der einzelnen Dienstseinheiten sollen deren Arbeitsweise, ihre spezifischen Dokumenten- und Vorgangskategorien sowie deren Quellenwert untersucht werden. Analog zu den zentralen MfS-Ablagen sollen die entsprechenden Teilbestände auf ihre Überlieferungssituation, die „normale“ Kassationspraxis des MfS sowie die außerordentlichen Aktenvernichtungen des Herbstes/Winters 1989/90 erforscht werden.
4. Darüber hinaus bietet es sich auch hier an, wichtige Beispiellakten sowie verschiedene Quellengattungen, die von den jeweiligen Dienstseinheiten angelegt wurden, exemplarisch zu edieren.

5. In einem weiteren Schritt sollten die MfS-internen Verflechtungen und die externen Beziehungen der verschiedenen Dienstseinheiten sowie die Rekrutierung, Steuerung und Nutzung inoffizieller Mitarbeiter untersucht werden, um die jeweilige Infiltration in das gesellschaftliche und institutionelle Gefüge bestimmen zu können. Darüber hinaus sollte das „politisch-operative Zusammenwirken“ mit anderen Institutionen des SED-Staates und gegebenenfalls die Zusammenarbeit mit den anderen osteuropäischen „Bruderorganen“ erforscht werden. Auf diese Weise soll das Basiswissen über die Arbeitsweise der Staatssicherheit und deren Rolle im Herrschaftsgefüge des SED-Staates erweitert werden.

Die Betrachtung sollte sich nicht auf die zentralen Dienstseinheiten beschränken, sondern die gesamte Linie, das heißt die entsprechenden Struktureinheiten der Bezirksverwaltungen und Kreisdienststellen, einbeziehen.

4.2 Abgeschlossene und publizierte Forschungsprojekte

Im Berichtszeitraum erschienen im Stasi-Unterlagen-Archiv zahlreiche Publikationen für unterschiedliche Zielgruppen. Es handelt sich um vier Editionen, zwei Sammelbände, sieben Monografien, zwei Ausstellungskataloge sowie zehn Neuauflagen. Drei Editionsبände setzen die Reihe „Die DDR im Blick der Stasi“ fort und enthalten die Berichte der Zentralen Auswertungs- und Informationsgruppe (ZAIG) des MfS an die Partei- und Staatsführung aus den Jahren 1959, 1971 und 1983. Der vierte Band ediert Dokumente zum Volksaufstand am 17. Juni 1953 anlässlich des 70. Jahrestags der Ereignisse. Ein Sammelband schließt die Reihe „Stasi in der Region“ für die neuen Bundesländer ab und informiert ein breiteres Lesepublikum über das Wirken der Staatssicherheit in Berlin, der zweite erschien in der Reihe „Analysen und Dokumente“ und thematisiert das Verhältnis von MfS und KGB unter vielfältigen Aspekten. Zu den Monografien zählen ein neuer Band in der gleichen Reihe über die politische Denunziation und eine Neuerscheinung in der archiveigenen Reihe „BF informiert“ zur Auslandsspionage des MfS. Eine Publikation beschreibt Bauten und Funktionen der Zentrale der Staatssicherheit in Berlin-Lichtenberg sowie die Tätigkeit der dort angesiedelten Dienstseinheiten. Außerdem wurde mit dem Band zur Bezirksverwaltung Neubrandenburg eines der Grundlagenwerke der Abteilung Vermittlung und Forschung, das MfS-Handbuch, abgeschlossen. Im Rahmen der Vermittlungsarbeit am Campus für Demokratie erschien der Katalogband, der die Ausstellung des Stasi-Museums in Haus 1 präsentiert – parallel auch in englischer und spanischer Übersetzung. Das bereits in einer englischen Ausgabe vorliegende Lesebuch zur DDR-Geheimpolizei wurde auch ins Spanische und Französische übertragen, die Monografie zu „Staatssicherheit und Auschwitz“ wiederum nun auch neu in englischer Sprache veröffentlicht. So erschließen sich auch einem internationalen Interessentenkreis Schwerpunkte der Stasi-Tätigkeit.

Die Publikationen erscheinen entweder als Verlags- oder als Eigenveröffentlichung bzw. in elektronischer Form. Eigenpublikationen werden als barrierefreie PDF-Dateien kostenlos online zur Verfügung gestellt. Betreut werden ferner Nachschlagewerke wie das Abkürzungsverzeichnis der häufig verwendeten Abkürzungen und Begriffe des MfS und das kartografische Verzeichnis der Sperrgebiete in der DDR, die Neuherausgabe des Stasi-Unterlagen-Gesetzes (StUG) nach der Novellierung 2021 – auch in englischer Übersetzung, sowie zahlreiche Nach- und Neuauflagen von Publikationen des Stasi-Unterlagen-Archivs. Im Zuge der Retrodigitalisierung wurden weiter frühere Veröffentlichungen als Download verfügbar gemacht. Im Folgenden werden die im Berichtszeitraum erschienenen Publikationen vorgestellt (siehe auch Anhang 5).

4.2.1 Die DDR im Blick der Stasi. Die geheimen Berichte an die SED-Führung 1959, 1971 und 1983

Die Reihe wurde 2021 mit dem Jahrgang 1983 fortgesetzt. Es war ein Jahr mit besonderen Herausforderungen: Global eskalierte die nukleare Konfrontation, national drohte ein Staatsbankrott und in der Bevölkerung machte sich immer stärker ein Gefühl von Stagnation breit. Die Stasi-Berichte aus diesem Jahr berichten von überlasteten Braunkohlekombinaten, hitzigen Debatten um die Stationierung von Mittelstreckenwaffen SS-20 und Pershing II in Europa und dem überraschenden Empfang der Grünen-Politiker Petra Kelly und Gert Bastian durch Erich Honecker. Besonders im Fokus stand allerdings die kleine, aber sehr aktive DDR-Friedensbewegung: Auf dem evangelischen Kirchentag in Wittenberg schmiedete Stefan Nau ein Schwert zur Pflugschar um, in der Ostberliner Erlöserkirche feierten über 5 000 Jugendliche eine Messe mit Punk- und Bluesmusik und zum Pfingsttreffen der FDJ in Jena tauchten Mitglieder der „Friedensgemeinschaft“ unangemeldet mit eigenen Plakaten auf. Die Berichte der Stasi spiegeln die ambivalente Atmosphäre aus Zukunftsangst, Aufbruchstimmung und Ungeduld wider.

Im Jahr 2022 konnten erstmals zwei Bände der Edition veröffentlicht werden, zuerst der Band zum Jahr 1959. Dieses stand außenpolitisch im Zeichen der zweiten Berlin-Krise, ausgelöst durch ein Ultimatum des damaligen sowjetischen Staatschefs Chruschtschow, in dem dieser aus Sicht des Westens unannehmbare Forderungen stellte, sodass sich der Kalte Krieg weiter zuspitzte. Innenpolitisch war das zehnte Gründungsjubiläum der DDR am 7. Oktober 1959 ein herausragendes Ereignis. Ansonsten stand das Jahr ganz im Zeichen des weiteren Aufbaus und der Festigung des Sozialismus – dies gilt für alle gesellschaftlichen, ökonomischen und kulturellen Bereiche. Ein wesentlicher Fokus der Berichterstattung liegt demzufolge dann auch auf den Problemen beim sozialistischen Umbau von Wirtschaft und Landwirtschaft. Beunruhigt war die Staatssicherheit auch von den Fluchtzahlen, den vermeintlichen oder wirklichen Spionageaktivitäten westlicher Geheimdienste sowie den Aktivitäten der Kirchen in der DDR.

Im Oktober erschien der Jahrgang 1971 des ZAIG-Editi-onsprojektes. Die Berichte der Staatssicherheit spiegeln die Lage in der DDR, wo sich der einzige Machtwechsel an der Spitze der SED vor der Friedlichen Revolution vollzog. Die erzwungene Abdankung Walter Ulbrichts und der Antritt Erich Honeckers als Erster Sekretär des Zentralkomitees der SED fanden in den MfS-Berichten auf den ersten Blick wenig Resonanz. Nur eine einzige streng geheime Einschätzung erreichte den neuen Parteichef. Ein genauerer Blick zeigt aber, dass das MfS den politischen Kurswechsel gezielt durch seine Berichterstattung zu flankieren suchte und im Machtkampf mit Ulbricht frühzeitig Partei für Honecker ergriff. Dieser wiederum ebnete Staatssicherheitsminister Erich Mielke den Weg in das Machtzentrum der Parteizentrale, das Politbüro. Die sich daraus ergebenden Einflussmöglichkeiten des Ministeriums wurden intern von einer Evaluation und Neuausrichtung des ZAIG-Berichtssystems begleitet. Insofern war 1971 nicht nur in der Geschichte der DDR, sondern auch des MfS ein Schlüsseljahr.

Die Reihe wird fortgesetzt mit den Jahrgangsbänden 1970 und 1982. Darüber hinaus wurde die Datenbank der ZAIG-Edition „ddr-im-blick.de“ kontinuierlich aktualisiert. Im Berichtszeitraum wurden dort die Jahrgänge 1963, 1983 und 1989 online gestellt.

4.2.2 Der 17. Juni 1953. Berichte über den Volksaufstand aus Ostberlin und Bonn

Aus Anlass des 70. Jahrestages des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953 wurde eine dreibändige Edition mit zum Teil bislang unbekanntem Dokumenten aus den Beständen des gesamten Bundesarchivs vorgelegt. Sie spiegeln die Wahrnehmung der Erhebung in den Machtzentren von Ostberlin und Bonn. So zeigen sich in den Berichten des SED-Parteiparates, der Volkspolizei und des MfS durchaus unterschiedliche Perspektiven auf die inneren Veränderungen nach dem politischen Kurswechsel sowie das Aufstandsgeschehen selbst. Ihnen gegenüber stehen geheimdienstliche Lageunterrichtungen, die in den Junitagen 1953 das Bonner Kanzleramt erreichten und die dortige Wahrnehmung der Ereignisse in der DDR mitprägten. Zudem erschließt die Edition neue und bislang in Forschung und Vermittlung wenig genutzte Quellen wie Flüchtlingsberichte und Informationen von V-Leuten des „Untersuchungsausschusses Freiheitlicher Juristen“, die intensiv über die politische, gesellschaftliche und ökonomische Lage in der DDR berichteten. Die von Ronny Heidenreich erarbeitete Edition erschien als Band 46 in der Reihe „BF informiert“.

4.2.3 Der „große Bruder“. Studien zum Verhältnis von KGB und MfS 1958 bis 1989

Der als Band 58 in der wissenschaftlichen Reihe „Analysen und Dokumente“ erschienene Sammelband zum Verhältnis von KGB und MfS wurde von Douglas Selvage und Georg Herbstritt herausgegeben. Er veranschaulicht anhand neu ausgewerteter Dokumente mit vielen konkreten Beispi-

len die unterschiedlichen Facetten der KGB-Präsenz in der DDR. Das MfS blieb auch nach seiner formellen Gleichberechtigung mit dem sowjetischen Geheimdienst 1958 ein „Diener zweier Herren“. Es agierte weiterhin zugleich als „Schild und Schwert“ der herrschenden Staatspartei SED und als Dienstleister für die sowjetischen „Freunde“. Tatsächlich prägte nicht Gleichberechtigung, sondern informelle Unterwerfung des MfS die Kooperation mit dem KGB. Einzelne Aufsätze beschäftigen sich u. a. mit der Überlieferung von MfS-Dokumenten im Mitrochin-Archiv (Sammlung handschriftlicher Aufzeichnungen des ehemaligen KGB-Offiziers und KGB-Archivars Wassili Mitrochin, die 1992 nach Großbritannien gelangte), mit der Spionage des KGB in DDR-Forschungseinrichtungen und der Kooperation von KGB und MfS mit anderen osteuropäischen Geheimdiensten.

4.2.4 Dimensionen des Verrats. Politische Denunziation in der DDR

Als Nachfolgebänd in der wissenschaftlichen Reihe erschien 2023 eine Studie zur politischen Denunziation in der DDR (Analysen und Dokumente Band 59). Anita Krätzner-Ebert analysiert die dazu vorliegenden Stasi-Akten multiperspektivisch: Sie unterscheidet kommunikative Spezifika der Denunziation im Brief, per Telefon und beim persönlichen Erscheinen auf der Dienststelle sowie im institutionellen Kontext organisierter Spitzeltätigkeit. Sie entwickelt eine Typologie inoffizieller Mitarbeiter der Staatssicherheit auf der Grundlage des Denunziationsgehalts der übermittelten Informationen. Ein weiterer Aspekt sind die Verratshandlungen in unterschiedlichen sozialen Kontexten – in der Familie, im Freundeskreis, am Arbeitsplatz oder unter Fremden –, die sich hinsichtlich der dabei wirkenden Loyalitäten erheblich unterscheiden. Die Frage nach den Motiven der Denunzianten ist gesellschaftlich von enormem Interesse, lässt sich anhand der Quellen aber nur sehr selten präzise beantworten. Deshalb konzentriert sich die Untersuchung auf die Identifikation von Argumentationstopoi der Denunzianten, die diese zur Selbstrechtfertigung nutzen.

4.2.5 Geschichte der HV A und ihrer Militärs- spionage. Analysen und Fallstudien

Helmut Müller-Enbergs unternimmt es, in Band 44 der Reihe „BF informiert“, eine Forschungslücke zu schließen – eine Geschichte der Hauptverwaltung A, des MfS-Auslandsnachrichtendienstes, gibt es bislang nicht. Mit diesem Band liegt nun erstmals ein konzentrierter Überblick vor, der die Entwicklung dieser mythenumwobenen Organisation nüchtern beschreibt und zugleich an Fallstudien exemplarisch die Militärs-
spionage genauer unter die Lupe nimmt. Es zeigt sich auch hier: Die HV A war eher effizienter und erfolgreicher Dienstleister der Sowjets als Berater der SED. Das gilt vor allem bei militärischen Fragen. Aufgrund ihrer zeitweilig ungewöhnlich guten Zugänge zu amtlich geheim gehaltenen Verschluss-sachen war die HV A über NATO, Bundesverteidigungsministerium und Bundeswehr teils gut informiert.

4.2.6 Bezirksverwaltung und Kreisdienststellen des MfS Neubrandenburg 1989

Mit der Publikation zur MfS-Bezirksverwaltung Neubrandenburg von Roland Wiedmann und Martin Erdmann gelangte die Handbuch-Reihe des Stasi-Unterlagen-Archivs, die sich seit ihrer Konzeptionierung vor dreißig Jahren als grundlegendes Nachschlagewerk zur Geschichte des MfS etabliert hat, zum Abschluss. Der letzte Band ergänzt die beiden bisher vorliegenden Strukturdarstellungen zur MfS-Zentrale um eine Darstellung der Organisationsstruktur auf Bezirks- und Kreisebene. Durch den gleichen formalen Aufbau und eine einheitliche Auszeichnung der Hierarchiestrukturen entsteht ein Gesamtbild der institutionellen Zusammenhänge von der ministeriellen bis hinab zur Ebene der Kreisdienststellen. Dabei nimmt die Darstellung auch die Bezüge in die staatlichen Verwaltungsebenen von Bezirk und Kreis in den Blick. Das beigegegebene Personenverzeichnis und der Diensteinheitenschlüssel machen sie zu einem Nachschlagewerk, das exemplarisch für die ehemals 15 Bezirksverwaltungen und 209 Kreisdienststellen des MfS steht.

4.2.7 Stasi in Berlin. Die DDR-Geheimpolizei in der geteilten Stadt

2022 erschien mit der Länderstudie zu Berlin eine weitere Ausgabe der Reihe „Stasi in der Region“. Sie zeichnet anhand von Fallbeispielen die Entwicklung und Wirkung der politischen Repression durch die Staatssicherheit in den ehemaligen DDR-Bezirken nach, stellt sie in den zeitgeschichtlichen Kontext und führt vor Augen, was die Methoden und Maßnahmepläne der Stasi für die Betroffenen bedeuteten. Ein umfangreicher Anhang informiert über Struktur und Leitungspersonal der Staatssicherheit vor Ort.

„Stasi in Berlin“ zeigt auf, welche besondere Bedeutung und Herausforderung die geteilte Stadt an der Nahtstelle zwischen Ost und West für die Staatssicherheit darstellte. Die Publikation wurde von Konstanze Soch in Zusammenarbeit mit Gabriele Camphausen erarbeitet und durch Beiträge weiterer erfahrener Autorinnen und Autoren unterstützt. Zu den Schwerpunktthemen des Bandes zählen die Stasi-Zentrale in Berlin-Lichtenberg, Fluchtversuche von Ost nach West durch Fluchttunnel, der Bahnhof Friedrichstraße, die Entführungspraxis der Stasi sowie „Zielobjekte“ in West-Berlin wie das KaDeWe, die Freie Universität oder das Notaufnahmelager Marienfelde. Ebenfalls beleuchtet werden die Westmedien in Ost-Berlin und die Jubiläumsfeierlichkeiten 1987 in der geteilten Stadt. Die Publikation bietet zudem konzentrierte Angaben zu den Leitern der MfS-Bezirksverwaltung und den 1. Sekretären der SED-Bezirksleitung Berlin sowie systematische Übersichten der Dienststellen des MfS.

Im Berichtszeitraum wurden die Grundlagen gelegt, die Länderstudien, die nun für alle ostdeutschen Bundesländer existieren, auf die westlichen Bundesländer auszudehnen. Geplant sind vier Ausgaben, die, nach Themen gegliedert, die Tätigkeit des MfS in der alten Bundesrepublik aufzeigen.

4.2.8 Tatort Stasi-Zentrale. Wer hat wo was entschieden?

Vier Jahrzehnte – von 1950 bis 1990 – befand sich die Zentrale der DDR-Staatssicherheit in Berlin-Lichtenberg. Von hier aus koordinierte die Ministeriumsspitze die Arbeit in den Bezirksverwaltungen, Objekt- und Kreisdienststellen der gesamten DDR und betrieb Auslandsspionage gegen den Westen. Die in Lichtenberg erlassenen Befehle, Anordnungen und Richtlinien schufen den Rahmen für das Vorgehen gegen Regimekritiker und Andersdenkende.

Der 2023 erschienene Band erläutert an zahlreichen Originaldokumenten, Fotos und Plänen die Funktion der einzelnen Bauten auf dem Gelände der MfS-Zentrale, die nicht nur die Büros der Hauptamtlichen beherbergten, sondern zu denen auch die zentralen Karteien und Archivablagen, die Einrichtungen für die Funk- und Kommunikationsnetze sowie die Post- und Telefonüberwachung, Gesundheits-, Dienstleistungs- und Sporteinrichtungen für die Mitarbeiter und nicht zuletzt eine Untersuchungshaftanstalt des MfS gehörten. In gesondert markierten Abschnitten wird zudem das leitende Personal an der Spitze der Stasi vorgestellt. So entsteht ein anschauliches Bild der Geschichte des Geländes, des Auf- und Ausbaus der Zentrale und der umfassenden Kontrolle, die der zentrale Apparat der Staatssicherheit jahrzehntelang ausübte. Die Darstellung lässt sich damit sowohl als Führer über das Gelände in Lichtenberg lesen, der die einzelnen Gebäude kapitelweise erläutert, wie auch als eine illustrierte Einführung in die Geschichte des Ministeriums für Staatssicherheit überhaupt.

4.3 Laufende Forschungsprojekte

4.3.1 Editionen

Die DDR im Blick der Stasi – Fertigstellung bis 2028

Die Edition der geheimen Berichte, die die ZAIG zur Information der DDR-Partei- und Staatsführung seit dem Juni-aufstand 1953 bis zum Dezember 1989 verfasst hat, unter dem Titel „Die DDR im Blick der Stasi – Die geheimen Berichte an die SED-Führung“ wurde im Berichtszeitraum fortgesetzt (siehe Abschnitt 4.2.1). In den Bänden werden alle Inlandsberichte ediert und in einer ausführlichen Einleitung erste Auswertungsergebnisse sowie Forschungen zum Informations- und Berichtswesen des Staatssicherheitsdienstes präsentiert. Die Berichte zeichnen ein Bild, das in der Langzeitperspektive deutlich macht, wie MfS und Staats- und Parteiführung die allgemeine Lage in der DDR einschätzten, welche Schwierigkeiten und „Bedrohungen“ sie für den Aufbau und die Festigung ihrer Herrschaft sahen und welche Konsequenzen daraus gezogen wurden. Die Berichte sagen darüber hinaus auch etwas über das Verhältnis von MfS und Staatsführung sowie den Einfluss des MfS auf die Meinungsbildung der höchsten politischen Führungsschicht in der DDR aus. Die Bände werden in Form einer Auswahl-edition (Buch) und einer Komplettedition in einer gesonderten Datenbank publiziert, ein Jahr nach der Buchpublikation stehen die Daten dann kostenlos unter www.ddr-im-blick.de online zur

Verfügung. In dieser Datenbank, die komfortable Auswertungsmöglichkeiten bietet, ist eine Recherche auch über die Jahrgänge hinweg möglich.

Die Gesamtedition soll bis Ende des Jahres 2028 abgeschlossen werden. Im Berichtszeitraum wurde die Bearbeitung folgender Jahrgänge begonnen bzw. fortgeführt: 1954, 1966, 1970, 1972, 1973, 1982, 1984 und 1985.

4.3.2 Ablagen, Vorgangskategorien, Informationssysteme

Computer und elektronische Datenverarbeitung im Überwachungssystem der Stasi

Das Projekt geht einem in seiner Dimension und Bedeutung bisher in der Forschung nur unzureichend gewürdigten Thema nach. Auf Basis der umfangreich vorliegenden Quellen wird herausgearbeitet, wie Computer und elektronische Datenverarbeitung für die DDR-Geheimpolizei bereits sehr konkret und frühzeitig zum unverzichtbaren Bestandteil ihres ausgedehnten Überwachungssystems wurden. Beleuchtet werden dabei u. a. Entwicklung, Aufgaben und Inhalte der wichtigsten Datenbanksysteme des MfS, Strukturen und Personen, EDV-gestützte Informationsflüsse, Datenaustausch (national und international), Know-how-Transfer, technische Ausstattung und das Ende für die Stasi-EDV 1989/90. Die hierzu durchgeführten umfassenden Recherchen sind weitgehend abgeschlossen, außerdem wurden eine ausführliche Faktensammlung erstellt sowie Zeitzeugeninterviews geführt.

Die „dezentralen Informationsspeicher“ der operativen Dienstseinheiten – Zentrale Materialablagen, Vorverdichtungs-, Such- und Hinweiskarteien sowie Dokumentenkarteien

In diesem Projekt wird eine spezifische Aktengruppe des MfS untersucht, die mit der Abkürzung ZMA bezeichnet wird. Gemeint sind die Zentralen Materialablagen, die seit Mitte der 1960er-Jahre nach einem Befehl des Ministers in vielen Dienstseinheiten des MfS angelegt wurden. In den 1970er-Jahren wurde mit den Vorverdichtungs-, Such- und Hinweiskarteien (VSH) ein komplexes Karteisystem eingerichtet, um den Zugriff auf die wachsenden Datenmengen der Ablagen sicherzustellen. Lückenlos sollten damit auf allen Ebenen des MfS Informationen zu Personen erfasst und gespeichert werden. Zu Beginn der 1980er-Jahre wurde das Auswertungs- und Informationssystem des MfS an die Bedürfnisse des EDV-Zeitalters angepasst. Diese dezentralen Informationsspeicher des MfS sind bisher als eigene Quellengattung in der Forschung kaum beachtet und beschrieben worden. Dies ist umso bemerkenswerter, als Ende der 1980er-Jahre mindestens 40 bis 50 Prozent der DDR-Bevölkerung in den Speichern erfasst waren. Obschon es durch die Aktenvernichtungen des Spätherbstes 1989 zu großen Lücken in der Überlieferung kam, umfassen die Unterlagen der ZMA immer noch insgesamt etwa 14 000 laufende Meter, die sich in regional sehr unterschiedlich große Bestände gliedern. Hinzu kommt eine millionenfache Karteiüberlieferung. Für die Untersuchung ausgewählt wurde der ZMA-Bestand der Kreisdienststelle (KD) Brandenburg an der Havel, weil Untersuchungen

zur Praxis der Aktenvernichtung beim MfS zeigten, dass es sich hier um einen gut überlieferten ZMA-Bestand einer größeren, besonders durch das dortige Stahl- und Walzwerk industriell geprägten Kreisdienststelle handelt. Stadt- und Landkreis, die beide in die Zuständigkeit der KD fielen, hatten in den 1980er-Jahren zusammen etwa 130 000 Einwohner.

Ein Vergleich verschiedener ZMA zeigt, dass die Ablagen je nach Aufgabenbereich und Stellung der jeweiligen Dienstseinheit im hierarchischen Gefüge des MfS sehr unterschiedlich geartet waren. Mit der Einbeziehung weiterer Dienstseinheiten in die Untersuchung sollen die Ergebnisse für eine quellenkundliche Einordnung des ZMA-VSH-Komplexes in die Gesamtüberlieferung des MfS auf eine zuverlässige Grundlage gestellt werden.

4.3.3 Dienstseinheiten des MfS

Geheimdienstliche Arbeit des MfS nach Westen: Eine quellenkundliche und quellenkritische Analyse der Leipziger Statistikbögen der HV A

Im 2020 begonnenen Projekt werden verschiedene Überlieferungen aus dem Kontext der „Westarbeit“ des MfS untersucht. Dabei geht es um einen Abgleich der schriftlichen Überlieferung der Spionageabteilung des MfS, die in Leipzig vergleichsweise umfangreich ausfällt, mit den elektronischen Daten aus dem System der Informationsrecherche der HV A (SIRA) und den über Umwege zum Stasi-Unterlagen-Archiv zurückgekehrten Materialien, die unter dem Begriff „Rosenholz“ bekannt sind. Hierzu wurde bisher vor allem nach Vorgängen zu den Personen recherchiert, zu denen in „Rosenholz“ ein sogenannter Statistikbogen angelegt wurde. Das Ergebnis waren sehr differierende und zum Teil sehr umfangreiche Vorgänge, deren Auswertung und direkter Abgleich mit den SIRA-Informationen noch aussteht.

Das System der Informationsrecherche der HV A (SIRA) bestand aus vier Teildatenbanken, in denen die HV A vor allem das Informationsaufkommen aus der eigenen Westarbeit/Spionage im sogenannten Operationsgebiet nachwies. Gerade dieser Teil ist für das Projekt besonders relevant. Ebenfalls in SIRA gespeichert wurden Nachweise über zusammengefasste Informationen, die täglich an die Partei- und Staatsführung weitergeleitet wurden (Ausgangsinformationen), Aufträge zur Informations- oder Musterbeschaffung aus der Industrie- und Wirtschaftsspionage (Beauftragungsinformationen) und Personenangaben zu Mitarbeitern westlicher Geheimdienste (Personeninformationen). Insgesamt waren in SIRA zum Ende der HV A ca. 650 000 Datensätze gespeichert.

Überlieferungslücken im Stasi-Unterlagen-Archiv schließen – Recherche und Dokumentation von durch das MfS vernichteten Akten der MfS-Auslandsspionage in den Archiven mittel- und osteuropäischer Länder

Der Großteil der Akten der DDR-Auslandsspionage HV A wurde 1989/90 vernichtet. In den Archiven der sozialistischen Geheimdienste Osteuropas sind diese Dokumente dennoch zum Teil überliefert, weil sie im Zuge der Ko-

operation zwischen den „Bruderorganen“ in deren Bestände gelangten. Spätestens seit der Gründung der für die Geheimpolizeiakten zuständigen Behörden u. a. in Polen, in der Tschechischen Republik, in Ungarn und in Bulgarien zwischen 1998 und 2007 sind diese deutschsprachigen Dokumente zugänglich. Das seit dem 1. Januar 2022 laufende Forschungsprojekt (Pilot) widmet sich im Sinne der Überlieferungsforschung erstmals der systematischen Recherche und umfangreichen Erfassung der HV-A-Informationen in osteuropäischen Archiven.

Im Zuge von Recherchen im Warschauer IPN-Archiv und im COMDOS-Archiv in Sofia wurden bereits ca. 750 HV-A-Ausgangsinformationen ermittelt, die Überlieferungslücken im Aktenbestand des Stasi-Unterlagen-Archivs schließen. Es handelt sich im Wesentlichen um Einzelinformationen, Teile von außenpolitischen, aktuellen, militär- und wirtschaftspolitischen Informationsübersichten sowie um Operativhinweise, Personendossiers und Problem-, Länder- und Objekteinschätzungen. Die Nutzbarmachung der recherchierten Informationen im Bundesarchiv wird angestrebt.

Offiziere im besonderen Einsatz des Ministeriums für Staatssicherheit – eine archivische, normative, quantitative und qualitative Bestandsaufnahme

Das Projekt widmet sich den Offizieren im besonderen Einsatz (OibE) des MfS, hauptamtlichen Stasi-Mitarbeitern, die in der DDR getarnt in Schlüsselfunktionen von Wirtschaft und Staatsapparat sowie in als besonders sicherheitsempfindlich angesehenen technischen Bereichen tätig waren. Die Zahl der OibE war Anfang der 1980er-Jahre auf fast 3 500 angewachsen, was einem Anteil von nahezu 5 Prozent des MfS-Personalbestandes entsprach. Sie wurden sowohl von der HV A als auch von den Abwehrdienst-einheiten eingesetzt. OibE-Schwerpunkte waren das Ministerium des Innern und dessen nachgeordnete Bereiche, die Zollverwaltung, Sicherheitsbeauftragte, Inspektoren und Kaderleiter, aber auch das technische Personal bei der Post, im Chiffrier- und Nachrichtenwesen sowie im Wach- und Kurierdienst. Zunächst sollen die normative Grundlage für die Arbeit mit OibE und die Überlieferungslage sowie die Recherchezugänge beschrieben und die quantitative Entwicklung und Verteilung der OibE im MfS-Gesamtparat dokumentiert werden. Die grundlegenden Daten und entsprechenden Archivsignaturen werden in eine Datenbank aufgenommen, die dann als differenziertes Findhilfsmittel für die weitere Forschung dienen kann. Anschließend sind einige exemplarische Fallstudien zu OibE in Schlüsselpositionen geplant.

4.3.4 Audio-visuelle Quellen

Töne der Repression – Audio-visuelle Quellen im Stasi-Unterlagen-Archiv. Spionageprozesse in den 1950er- bis 1980er-Jahren. Edition und Analyse

Das im November 2021 begonnene Editionsprojekt dient als Pilotprojekt für die Entwicklung einer Online-Edition für Audioquellen des Bundesarchivs. Dabei liegt der Fokus zunächst auf Spionageprozessen im Zeit-

raum von 1952 bis 1989, die das MfS dokumentiert hat. Diese spiegeln in besonderer Weise die Systemauseinandersetzung zwischen Ost und West im Verlauf des Kalten Krieges wider. Die Staatssicherheit war dabei nicht nur für die Ermittlungen verantwortlich, sondern nahm im Auftrag der SED-Führung auch Einfluss auf die Planung und den Verlauf der Prozesse. Diese sollten die vermeintliche Feindtätigkeit westlicher Geheimdienste entlarven und dabei zugleich die Staatssicherheit als unverzichtbare Schutzmacht des Arbeiter- und Bauernstaates legitimieren. Die Tondokumente ermöglichen es, den Prozess als Klanglandschaft zu erfassen. Dabei vermitteln die Töne tatsächliche und vermeintliche Authentizität, die Atmosphäre des Geschehens sowie spezifische Stimmungen und Emotionen der Beteiligten. Besser als in den Schriftquellen werden dabei die Formen der Selbstinszenierung von Richtern und Staatsanwälten, die emotionale Verfassung der Angeklagten sowie der Charakter des Prozesses als propagandistische Gesamtinszenierung deutlich.

Ziel ist es, eine Online-Edition zu entwickeln und in dieser zunächst vier bis fünf Spionageprozesse zu veröffentlichen. Die Fälle werden so ausgewählt, dass alle Jahrzehnte der DDR abgedeckt und die Prozesse repräsentativ für den jeweiligen Zeitraum sind. Denn am Wandel der Prozessinszenierung (etwa als Schau- oder Geheimprozess) sowie der jeweiligen Begleitvorwürfe (etwa Fluchthilfe) lässt sich zeigen, wie sich die Ziele und Strategien der Spionageprozesse gemäß der politischen Großwetterlage und der politischen Grundlinie der SED änderten.

In der Online-Edition werden die ausgewählten Fälle ausführlich eingeleitet und dabei erste Auswertungsergebnisse der Aktenrecherche und Tonanalyse präsentiert. Das Projekt ediert die Prozessmitschnitte nach wissenschaftlichen Kriterien und verweist auf weiterführendes Quellenmaterial und Literatur. Die Ausstattung der Online-Edition mit verschiedenen Such- und Navigationsmöglichkeiten erschließt die vergleichsweise langen Tonaufnahmen für die selbstständige Nutzung durch Öffentlichkeit und Forschung.

4.4 Forschungskolloquium

Der Forschungsbereich des Stasi-Unterlagen-Archivs veranstaltet ein semesterbegleitendes Forschungskolloquium. Im Rahmen dieser Fachgespräche werden laufende und abgeschlossene Forschungsprojekte von internen und externen Forschenden vorgestellt und diskutiert. Das öffentliche Kolloquium dient dem wissenschaftlichen Austausch und der Vernetzung in der Forschungsgemeinschaft. Eine Übersicht über die im Berichtszeitraum stattgefundenen Veranstaltungen bietet Anhang 6.

4.5 Wissenschaftliche Tagung

Am 15. und 16. Juni 2023 veranstaltete der Forschungsbereich eine wissenschaftliche Tagung mit dem Titel „Kommunikation und Wissen. Geheimdienste, Politik und Krisen im Kalten Krieg“. An den beiden Tagen referierten und diskutierten Expertinnen und Experten aus dem In- und Ausland zu den Themen Geheimdienstüberlieferungen

im Bundesarchiv, Wissensproduktion in Geheimdiensten, Politikberatung und Geheimdienste sowie Geheimdienste im Krisenmodus. Die Beiträge werden im Jahr 2024 in einem Tagungsband veröffentlicht. Abgeschlossen wurde die Tagung mit einer öffentlichen Podiumsdiskussion: Prof. Jost Dülffer (Unabhängige Historikerkommission zur Erforschung der Geschichte des BND 1945–1968), Prof. Daniela Münkler (Bundesarchiv), Gerhard Schindler (ehemaliger Präsident des BND) und Moderator Sven Felix Kellerhoff (Die Welt) diskutierten über die Rolle und Funktion von Geheimdiensten in Geschichte und Gegenwart.

4.6 Unterstützung von Forschungsverbänden und weitere Kooperationen

Um die bisherigen Forschungsleistungen stärker mit der universitären Forschung und Lehre zu verzahnen, wurden drei wissenschaftliche Mitarbeiter des Stasi-Unterlagen-Archivs an die Humboldt-Universität zu Berlin abgeordnet und führten dort seit April 2019 an den Lehrstühlen für die Geschichte Osteuropas (Jörg Baberowski), Neueste und Zeitgeschichte (ehemals Martin Sabrow) sowie Geschichte Westeuropas und der transatlantischen Beziehungen (Gabriele Metzler) ihre Forschungen fort und beteiligten sich zudem an der Lehre. Im Rahmen der Abordnungen wurde das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderte Verbundprojekt „Landschaften der Verfolgung“ durch Bereitstellung einschlägiger Unterlagen sowie eines wissenschaftlichen Mitarbeiters unterstützt. Die Abordnungen endeten mit dem 31. März 2023.

Es ist vorgesehen, die Kompetenz der Forschung des Bundesarchivs auch künftig in Kooperationen mit Universitäten, Forschungsinstitutionen und anderen wissenschaftlichen Einrichtungen einzubringen. Sondierungsgespräche gibt es hierzu mit der Humboldt-Universität zu Berlin und der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien.

4.7 Spezialbibliothek

Die wissenschaftliche Spezialbibliothek des Stasi-Unterlagen-Archivs sammelt neben Veröffentlichungen zum Ministerium für Staatsicherheit und anderen Geheimdiensten auch Publikationen zu modernen Diktaturen, zu Kommunismus und Totalitarismus, zur Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) und zur DDR, zur Deutschlandpolitik und den innerdeutschen Beziehungen, zu Entwicklungen in Ost- und Mitteleuropa sowie Biografien und biografische Nachschlagewerke.

Nach der Eingliederung des Stasi-Unterlagen-Archivs in das Bundesarchiv stehen die Bestände nunmehr allen Beschäftigten zur Verfügung, wie es auch umgekehrt für die anderen Dienstbibliotheken der Fall ist. Die Zusammenarbeit zwischen den Dienstbibliotheken wird kontinuierlich ausgebaut, die organisatorische Zusammenlegung ist für den Herbst 2023 in Vorbereitung. Das Sammlungsprofil der Bibliothek wird weiterhin eigenständig ausgebaut.

Die Bereitstellung des Bibliothekskatalogs und der Bibliografie zum Staatssicherheitsdienst im Internet hat die

Nutzung durch die interessierte Öffentlichkeit spürbar verbessert. Der Zeitschriftenbestand ist zudem über die Zeitschriftendatenbank und der Bibliotheksbestand über den Kooperativen Bibliotheksverbund Berlin-Brandenburg auch international recherchierbar.

Die Mitgliedschaft in mehreren bibliothekarischen Verbänden ermöglicht einen konstanten fachlichen Austausch mit anderen wissenschaftlichen Bibliotheken.

Im Berichtszeitraum konnte der Bestand durch Kauf, Tausch und Geschenke um 1 044 Medien erweitert werden. Die Bibliothek bezieht laufend 117 Zeitschriften sowie 12 Tages- und Wochenzeitungen sowie Nachrichtenmagazine.

5 Unterrichtung und Vermittlung

Zu den gesetzlich verankerten Aufgaben des Stasi-Unterlagen-Archivs gehört es seit 1992, die Öffentlichkeit über die Strukturen, Methoden und Wirkungsweise des Staatssicherheitsdienstes zu unterrichten. Neben der Forschung hat sich das Stasi-Unterlagen-Archiv seither mit Bildungsangeboten, Ausstellungen und Veranstaltungen sowie zunehmend auch im Internet dieser Aufgabe gewidmet. Mit der Novellierung des Stasi-Unterlagen-Gesetzes (StUG), die am 17. Juni 2021 in Kraft trat, wurde die Vermittlung des besonderen Charakters und Symbolwerts des Stasi-Unterlagen-Archivs an historischen Orten, in den Medien und im Internet zu einer weiteren Aufgabenstellung. Sie ist für alle Standorte eine wesentliche Arbeitsaufgabe und macht jetzt auch das Stasi-Unterlagen-Archiv und die Bedeutung der Akten selbst zum Lerngegenstand. Damit können Geschichte und Erinnerungskultur miteinander verbunden werden.

Insbesondere die Arbeitsbereiche der Unterrichtung und Vermittlung mit direkten Kontakten zu Interessierten waren in den noch unter Pandemiebeschränkungen stehenden Jahren 2021 und 2022 relativ stark beeinträchtigt. Wo immer möglich, wurden digitale und hybride Angebotsformate neu etabliert, so im Bereich der Bildung und der Veranstaltungen am Campus für Demokratie in Berlin-Lichtenberg. Auch die Veranstaltungen, Ausstellungen und Beratungsangebote an den dreizehn Standorten der Außenstellen litten unter den Beschränkungen der Pandemie. Die langjährige Arbeit in der digitalen Kommunikation hat sich in dieser Zeit besonders bewährt und auch die regionale Unterrichtung und Vermittlung unterstützen können.

5.1 Archivpädagogische und politisch-historische Bildungsarbeit

Der Bildungsbereich des Stasi-Unterlagen-Archivs, insbesondere an den historischen Orten, ist ein mittlerweile etablierter Partner von Bildungs- und Aufarbeitungseinrichtungen. Die methodisch-didaktische sowie fachliche Expertise ist gefragt bei neuen Herausforderungen, die sich aus den tiefgreifenden Veränderungen in Schule und Gesellschaft ergeben (Stichworte Digitalität, Quellenkritik, Inklusion, heterogene Lerngruppen, antidemokratische Tendenzen etc.).

5.1.1 Bildungsangebote auf dem Campus für Demokratie

Das Bildungsteam des Stasi-Unterlagen-Archivs ist verantwortlich für die Organisation und Durchführung von Projekttagen für Schülerinnen und Schüler, Fortbildungen für Lehrkräfte und Seminaren für Erwachsenengruppen auf dem Gelände der „Stasi-Zentrale. Campus für Demokratie“. Dreh- und Angelpunkt aller Angebote sind das Stasi-Unterlagen-Archiv als historischer Lernort und die Stasi-Unterlagen als Lerngegenstand. Die Nachfrage nach Projekttagen hat seit Herbst 2022, mit dem Ende der Pandemiebeschränkungen, wieder deutlich zugenommen. Viele Schulen holen lange geplante Exkursionen nach, teils mit ganzen Jahrgangsstufen. Für die selbstständige, spielerische Entdeckung des Geländes sind u. a. digitale Angebote entwickelt worden, die die Serious-Game Plattform „Actionbound“ nutzen. Mit der für sie kostenfreien App können die Teilnehmenden das ehemalige Stasi-Gelände und das Stasi-Unterlagen-Archiv mit dem Handy entdecken. Mit „EiG4Kids“ ist auch ein Actionbound für jüngere Kinder zur Entdeckung der Ausstellung zum Stasi-Unterlagen-Archiv „Einblick ins Geheime“ vorhanden. Jährlich wurden über den JugendKulturService in Berlin Veranstaltungen im Rahmen der Ferienpassaktion und des Familienpasses durchgeführt. Während der Pandemie wurden für diese Gruppen spezielle „Draußenangebote“ wie Actionbound-Rundgänge erarbeitet.

Ende Oktober 2021 haben in Kooperation mit dem Landesverband Berlin Kinder- und Jugendfilm e. V. Schülerinnen und Schüler des Oberstufenzentrums Kommunikations-, Informations- und Medientechnik an einem mehrtägigen Workshop teilgenommen. Nach Einblicken in Wirken und Wesen der Stasi setzten sie ihre Eindrücke dazu in einem selbst entwickelten kurzen Spielfilm medial um: <https://kijufi.de/projekte-ansicht/stasi-herbstakademie/>. Die Präsentation des Films konnte wegen der erneuten Corona-Auswirkungen erst im April 2022 stattfinden.

Fortbildungen für Lehrkräfte wurden durchgängig angeboten, teils als Online-Format, seit 2022 wieder verstärkt als Vor-Ort-Angebot. Erfreulich ist das große Interesse von Lehramtsstudierenden und Referendarinnen und Referendaren, für die die Fortbildungen mit starken methodischen und didaktischen Anteilen konzipiert wurden. Jährlich organisiert das Bildungsteam eine sogenannte Kennenlernwoche für die Berliner Studienseminare mit durchschnittlich 70 bis 100 angehenden Lehrkräften.

Tabelle 4 gibt einen Überblick über die Zahl der Teilnehmenden an den Veranstaltungen des Bildungsteams.

Im Berichtszeitraum fanden zahlreiche Online-Workshops für Lehrkräfte statt, zum Beispiel die Kooperation „Geschichte verorten“ mit dem Lernort Keibelstraße und der Gedenkstätte Berliner Mauer (im Zeitraum insgesamt sechsmal durchgeführt), jeweils ein Workshop auf einer Tagung der Bildungspartner NRW sowie auf der Karlsruher Tagung für Archivpädagogik 2022. Der Trend zu Online-Fortbildungen kann vom Stasi-Unterlagen-Archiv gut aufgegriffen und weiterentwickelt werden, weil alle Materialien auch als Downloads zur Verfügung stehen und in ihnen konkrete Vorschläge und methodische Empfehlungen für die Arbeit mit Stasi-Dokumenten im Unterricht enthalten sind.

Das Bundesarchiv ist mit dem Bildungsteam des Stasi-Unterlagen-Archivs im Konsortium des Projekts „#gedenkstättenkompetenz. Lernen an und mit außerschulischen Lernorten“ vertreten (<https://gedenkstaettenkompetenz.de/>). Das Projekt des „Bund für Bildung“ wird im Rahmen des Förderprogramms „Jugend erinnert“ der BKM gefördert. Das Projektziel ist es, schon Lehramtsstudierenden ein Handwerkszeug an die Hand zu geben, um außerschulische Lernorte reflektiert und professionell in die Geschichtsvermittlung einbinden zu können. Im Berichtszeitraum fanden vier mehrtägige Pilotprojekte mit Lehramtsstudierenden statt, zwei digital und zwei vor Ort

Tabelle 4: Bildungsveranstaltungen auf dem Campus für Demokratie und Teilnehmendenzahlen

	2021	2022	1. Hj. 2023	Gesamt
Projekttag für Schülerinnen und Schüler	26	139	93	258
Teilnehmende an Projekttagen	653	2 774	2 290	5 717
Lehrkräftefortbildungen	19	28	11	58
Teilnehmende an Lehrkräftefortbildungen	246	515	258	1 019
Seminare / Erwachsenenbildung	0	31	28	59
Teilnehmende Seminare / Erwachsenenbildung	0	709	543	1 252
Veranstaltungen insgesamt	45	198	132	375
Teilnehmende insgesamt	899	3 998	3 091	7 988

in Berlin. Auch Studienseminare arbeiteten im Rahmen des Projekts zu unterschiedlichen Aspekten der Arbeit mit Lernenden am historischen Ort der ehemaligen Stasi-Zentrale und im Stasi-Unterlagen-Archiv.

Die Kompetenz des Bildungsteams fließt auch in zwei weitere von „Jugend erinnert“ geförderte Projekte ein: Die „DDR-Box – Von Jugendlichen von damals für Jugendliche von heute“ von DDR-Box e. V. will über die Auseinandersetzung mit der Geschichte der DDR auf eine spielerische, interaktive Weise die Kluft zwischen schulischer und außerschulischer Bildung schließen. Mit dem Projekt „#DDRinnern. Switchen zwischen damals und heute“ vom Hector-Institut für Empirische Bildungsforschung an der Eberhard Karls Universität Tübingen wird eine niedrigschwellige, adaptive Lernplattform entwickelt.

Das Stasi-Unterlagen-Archiv richtete zusammen mit dem Arbeitskreis „Archivpädagogik und Historische Bildungsarbeit“ im Verband deutscher Archivarinnen und Archivare vom 10. bis 11. Juni 2022 in Berlin die 34. Archivpädagogikkonferenz aus. Die Archivpädagogik, deren Angebote lange Zeit stark von dem Potenzial und der Authentizität von Quellen in den Archiven geprägt waren, hat nicht nur auf die Herausforderungen reagiert, die sich aus der Pandemie ergaben. Auch die Digitalisierung von Archivbeständen begünstigt bereits länger die Entwicklung digitaler Angebote von Archiven auch für die historisch-politische Bildungsarbeit. Unter dem Titel „Archivpädagogik und historisch-politische Bildungsarbeit in der digitalen Vermittlung“ diskutierten daher über 70 Teilnehmende, welche Chancen diese Entwicklung für die Erschließung neuer Lerngruppen bietet, wie digitale Bildungsangebote gelingen können und wie sich der „Weg ins Digitale“ auf das Selbstverständnis der Archivpädagoginnen und Archivpädagogen auswirkt.

5.1.2 Digitale und analoge Bildungsangebote

Die Pandemie gab einen Impuls, digitale Angebote im schulischen Kontext weiterzuentwickeln, zum Beispiel ein Homeschooling-Format, eine Online-Quellenkunde mit Stasi-Unterlagen sowie die Entwicklung des Online-Angebots „Bildungsseite 17. Juni“ mit spielerischem, interaktivem Einstiegsmodul, adressaten- und lehrplangerechten Arbeitsaufträgen.

Neue Printmaterialien wie die Themenmappe „Verweigerung und Abbruch. Gescheiterte Anwerbeversuche der Stasi“ wurden erarbeitet. „OV Zwillinge“, eine weitere Broschüre in der Reihe „Quellen für die Schule“, bezieht sich auf einen Fall von Verfolgung wegen eines Ausreisewunsches. Zu diesem Fall wurde auch eine Beispielakte erstellt, also eine faksimilierte Rekonstruktion eines kompletten Vorgangs des MfS. Sie ist Teil der Beispielakten-sammlung in der Dauerausstellung zum Stasi-Unterlagen-Archiv „Einblick ins Geheime“. Schülerinnen und Schüler können so einen Eindruck davon erhalten, wie ein vom MfS geführter Vorgang aussieht und dann inhaltlich und quellenkritisch mit den Aktenauszügen arbeiten. Darüber hinaus wurden alle pädagogischen Materialien grundlegend überarbeitet und die Anregungen für die Einzel- oder Gruppenarbeit neu formuliert. Die Materialien werden sowohl als Printangebot als auch als Downloads stark nachgefragt (siehe Tabelle 5).

Mit der 2019 eröffneten Beispielaktenbibliothek haben die Besuchenden die Möglichkeit, einen authentischen Einblick in die schriftliche Hinterlassenschaft eines Geheimdienstes zu nehmen. Ausgewählte Vorgänge des MfS stehen hier als fast originalgetreue Reproduktionen zur Einsicht zur Verfügung. Im Berichtszeitraum wurden Bildungsangebote entwickelt, die die Beispielakten als Grundlage nutzen. Durch den angeleiteten Umgang mit Aktenauszügen lernen Schülerinnen und Schüler in Workshops quellenkritisches Arbeiten und erfahren gleichzeitig Basisdaten zur Geschichte, Arbeit und den Wirkungsweisen der Staatssicherheit.

Grundlegend überarbeitet wurde die Broschüre „Volksaufstand – Ein Bildungswegweiser zum 17. Juni 1953. Angebote für die schulische und außerschulische Bildung“ in Kooperation mit der Bundesstiftung Aufarbeitung. Der Bildungswegweiser bietet Lehrkräften einen inhaltlichen Einstieg und einen Überblick über die Lehrplanrelevanz des Themas, informiert über weiterführende Bildungsangebote und Internetportale und stellt Zeitzeuginnen und Zeitzeugen sowie Erinnerungsorte vor.

In den archivpädagogischen Diskurs konnte sich das Stasi-Unterlagen-Archiv mit einem Beitrag im Themenheft „Archive als historische Lernorte“ von „Geschichte in Wissenschaft und Unterricht (GWU)“ einbringen.

Tabelle 5: Nutzung von Bildungsmaterialien

	Analog 2021	Digital 2021	Analog 2022	Digital 2022	Analog 1. Hj. 2023	Digital 1. Hj. 2023
Quellen für die Schule	1 936	4 612	1 256	6 269	818	3 107
Andere Materialien (inkl. Homeschooling, Begleithefte, Arbeitsbögen)	–	12 111	297	11 057	214	9 687
Gesamt	1 936	16 723	1 553	17 326	1 032	12 794

5.1.3 Vernetzung und Qualifizierung

Auf der Bildungsmesse didacta in Stuttgart im März 2023 wurden die Bildungsangebote des Bundesarchivs erstmals unter einem Dach präsentiert: Das Stasi-Unterlagen-Archiv mit den Print- und Online-Angeboten sowie den Exkursionsmöglichkeiten nach Berlin und in die Außenstellen, die Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte in Rastatt und der außerschulische Lernort Außenstelle Ludwigsburg des Bundesarchivs. Auch die Online-Angebote des Bundesarchivs für Schulen wurden vorgestellt.

Unter dem Titel „Das Archiv als Lernort. Chancen und Grenzen zur Entwicklung der Quellenkompetenz bei Schülerinnen und Schülern“ fand auf Initiative der Landesverbände Berlin und Brandenburg des Verbands der Geschichtslehrerinnen und Geschichtslehrer Deutschlands eine ganztägige Fortbildung auf dem Campus für Demokratie statt. Auch hier wurden die Angebote des gesamten Bundesarchivs in die Diskussion des Lernpotenzials historischer Quellen zur deutschen Geschichte einbezogen, im aktuellen Projekt für das Zielpublikum im Kontext der Standorte Berlin, Frankfurt (Oder) und Cottbus.

Für die Vermittlungsarbeit der Außenstellen des Stasi-Unterlagen-Archivs ist die Vernetzung in den Regionen von großer Bedeutung. Die Außenstelle Gera hat im Mai 2023 mit dem Staatlichen Schulamt Thüringen eine Kooperationsvereinbarung zur Zusammenarbeit bei Projekttagen und in der Lehrkräfteaus- und -weiterbildung geschlossen.

Über die neue Außenstelle Cottbus war das Stasi-Unterlagen-Archiv wesentlich an einem neuen Veranstaltungsformat mit regionalen und lokalen Akteuren der historisch-politischen Bildungsarbeit beteiligt, die in der AG „Politische Bildung“ der Stadt Cottbus zusammengeschlossen sind. Vom 18. bis 25. Oktober 2022 fand unter dem Titel „Unter der Oberfläche – Perspektiven der Aufarbeitung in Cottbus“ eine gemeinsame Themenwoche zur Aufarbeitung von DDR-Unrecht statt. Das Stasi-Unterlagen-Archiv wurde insbesondere über eine Fortbildung für Lehrkräfte, einen Vortrags- und Gesprächsabend zum Thema „Stasi und Umweltprobleme in der DDR“, die thematische Einführung und Begleitung zur Filmvorführung „Das schweigende Klassenzimmer“ für Schülerinnen und Schüler sowie mit einem Beratungsangebot zur Einsicht in Stasi-Unterlagen sichtbar. Die nächste Cottbuser Themenwoche findet unter Beteiligung des Stasi-Unterlagen-Archivs im Oktober 2023 statt.

In Frankfurt (Oder) fand im Dezember 2022 ein erster Austausch mit der Stadt, dem Staatlichen Schulamt und Multiplikatoren wie der Regionalen Arbeitsstelle für Bildung, Integration und Demokratie Brandenburg statt mit dem Ziel, in einen nachhaltigen Abstimmungs- und Vernetzungsprozess einzutreten. Die koordinierende Rolle hat das städtische Dezernat für Kultur, Bildung, Sport, Bürgerbeteiligung und Europa inne. Einer der ersten konkreten Schritte war im Juni 2023 eine Lehrkräftefortbildung in der Außenstelle.

5.1.4 Projekttag und Fortbildungen in den Außenstellen

Die Außenstelle Dresden konnte pandemiebedingt 2021 nur zwei Klassen mit 40 Jugendlichen begrüßen, die Zahl stieg 2022 auf acht Klassen mit 112 Teilnehmenden. Dieser Trend setzt sich fort. Im ersten Halbjahr 2023 nutzten 14 Klassen mit insgesamt 303 Schülerinnen und Schülern die Bildungsangebote der Außenstelle. Zur Verfügung steht unter anderem das neu entwickelte Angebot „Überwachte Schule“. Es beschäftigt sich am Beispiel einer Dresdner Schule mit dem Einfluss der Stasi auf den Schulalltag in der DDR.

Die Außenstelle Erfurt setzt regelmäßig Quellen-Zeitzeugen-Projekte in Kooperation mit dem Landesbeauftragten des Freistaates Thüringen zur Aufarbeitung der SED-Diktatur um. Im Berichtszeitraum fanden acht Veranstaltungen statt. Die Schulämter Thüringens nutzen die Angebote der Außenstelle für Veranstaltungen mit Lehramtsstudierenden und Lehrpersonal. Das Staatliche Berufsschulzentrum Kyffhäuserkreis aus Sondershausen ist mit allen Ausbildungsjahrgängen regelmäßig zu Gast. Zweimal jährlich empfängt die Außenstelle Erfurt Stipendiaten der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. und der Jakob-Kaiser-Stiftung e. V. aus Deutschland und Europa, die Kurzseminare in Thüringen absolvieren.

Die Außenstelle Gera führte im Berichtszeitraum neun Projekttag mit insgesamt 216 Schülerinnen und Schülern durch. Die Außenstelle Halle setzte erfolgreich eine gemeinsame Veranstaltung mit dem Thalia-Theater Halle um.

Die Außenstelle Leipzig unterstützt regelmäßig den Geschichtswettbewerb des Bundespräsidenten, der von der Körber-Stiftung ausgerichtet wird und Jugendliche zur historischen Spurensuche anregen soll. Der 28. Geschichtswettbewerb stand unter dem Motto „Mehr als ein Dach über dem Kopf. Wohnen hat Geschichte“. Die Auftaktveranstaltung für das Bundesland Sachsen fand am 1. September 2022 im Zeitgeschichtlichen Forum Leipzig statt, Mitarbeiterinnen der Außenstelle gestalteten einen Workshop für Schülerinnen und Schüler sowie Lehrkräfte. Das 11. Sächsische Geschichtscamp fand vom 19. bis 23. September 2022 in Torgau statt. In dieser Zeit setzten sich Schülerinnen und Schüler aus Sachsen und Baden-Württemberg mit dem Thema „Jugendkultur in der DDR zwischen Rebellion und Anpassung“ auseinander. Die Außenstelle Leipzig stellte Material für die acht Workshops zur Verfügung.

85 Schülerinnen und Schüler des Domgymnasiums Magdeburg führten im Juli 2022 an zwei Tagen großangelegte Schülerprojekttag in der Außenstelle Magdeburg durch.

Die Außenstellen Halle und Magdeburg beteiligten sich an der Entwicklung und Umsetzung eines Ausbildungsmoduls für Rechtsreferendarinnen und -referendare zum Thema Unrecht in der Sowjetischen Besatzungszone und der DDR. Hintergrund ist eine zum 1. Januar 2022 in Kraft getretene Neuregelung in § 5a des Deutschen Richtergesetzes, wonach die Auseinandersetzung u. a. mit dem Unrecht der SED-Diktatur künftig obligatori-

scher Bestandteil der Ausbildung angehender Juristinnen und Juristen ist. Sachsen-Anhalt hat als eines der ersten Bundesländer die neuen Vorgaben umgesetzt. In einer Kooperation des Ministeriums für Justiz und Verbraucherschutz mit der Beauftragten des Landes Sachsen-Anhalt zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt, der Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt und dem Bundesarchiv/Stasi-Unterlagen-Archiv wurde das mehrtägige Ausbildungsmodul „SED-(Justiz-)Unrecht vermitteln im Rechtsreferendariat“ entwickelt. Die beiden ersten dreitägigen Seminare mit insgesamt knapp 50 Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendaren fanden im April 2023 statt. Die Außenstellen Halle und Magdeburg des Stasi-Unterlagen-Archivs waren dabei als Archivorte eingebunden und haben das Aktenstudium durch die Vorbereitung von Fallakten unterstützt. Auch die Außenstelle Erfurt hat, gemeinsam mit dem Thüringer Ministerium für Migration, Justiz und Verbraucherschutz, ein auf die gesetzlichen Anforderungen zugeschnittenes Seminar für Referendarinnen und Referendare abgestimmt, das im Herbst 2023 stattfinden wird.

Die Außenstelle Rostock konnte vor Ort oder virtuell 18 Projektstage und Seminare mit knapp 350 Teilnehmenden sowie 16 Weiterbildungen mit 210 Teilnehmenden durchführen. Bis Ende 2022 erhielt die Außenstelle dabei gemäß einer Kooperationsvereinbarung mit dem Staatlichen Schulamt an zwei Tagen pro Woche Unterstützung durch eine Lehrerin des Innerstädtischen Gymnasiums Rostock.

Regelmäßig beteiligt sich die Außenstelle an der jährlich stattfindenden internationalen „Summer Academy Reunification“ der Universität Rostock. Diese fand im Juli 2021 online statt. Die Außenstelle Rostock führte ein ganztägiges Seminar zu „The East German Secret Police in the Peaceful Revolution“ mit einer digitalen Archivführung durch. 2022 konnte die Summer Academy wieder in Präsenz stattfinden. 34 Studierende aus Südkorea, Argentinien und den USA kamen in die Außenstelle Rostock, um den Umgang mit den Hinterlassenschaften des MfS kennenzulernen.

Die Außenstelle Schwerin wurde 2022 von 17 künftigen Rechtspflegerinnen und Rechtspflegern der Fachhochschule Güstrow besucht, die sich zu den Themen Strafvollstreckung in der DDR, Rechtsverfolgung von Bürgerinnen und Bürgern sowie Ermittlungstechniken der Stasi informierten. Über die Akademie Schwerin e. V. kamen im Rahmen von Seminarwochen ab Juli 2022 sieben Gruppen der Luftwaffenschule Appen sowie im Mai 2023 eine Gruppe mit Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr aus Rothenburg/Wümme zu Archivführungen, Zeitzeugengesprächen und einem Austausch über den Umgang mit Stasi-Unterlagen.

5.2 Ausstellungen

Über die Präsentation ausgewählter Archivobjekte und ihrer Geschichte erhält das Ausstellungspublikum einen anschaulichen und informativen Zugang zu den überlieferten Archivbeständen und lernt die in ihnen gespiegelten historischen Prozesse und biografischen Erfahrungen kennen.

Darüber hinaus werden ihm die spezifischen Aufgaben der Archivarbeit nähergebracht. Zusätzliche Vermittlungsräume eröffnet die Einbindung digitaler Ebenen in das Format Ausstellungen. Mit der Eingliederung des Stasi-Unterlagen-Archivs in das Bundesarchiv einher ging auch eine Erweiterung der Zuständigkeit des Referats: Es zeichnet nun für die Ausstellungen im Bundesarchiv insgesamt – mit Ausnahme der Erinnerungsstätte Rastatt – verantwortlich.

5.2.1 Ausstellungen im Bundesarchiv

Dass infolge der Eingliederung des Stasi-Unterlagen-Archivs eine weitere bedeutende ostdeutsche Überlieferung zum Sammlungsbereich des Bundesarchivs gehört, bietet neue Chancen, eine gesamtdeutsche Sicht zu erschließen. Einen wichtigen Schritt vollzog das Bundesarchiv, als es noch vor der Eingliederung die damalige Behörde des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen in das Projekt der Wanderausstellung „Geschichte und Erinnerung“ einbezog. Das Bundesarchiv präsentierte auf diesem Wege multimedial und interaktiv sein neues Spektrum an Inhalten und Aufgaben.

Anhand von historischen Text-, Ton- und Bilddokumenten sowie aktuellen Filmclips und Interviews bekommen die Ausstellungsgäste Einsicht in die komplexen Überlieferungen, sie erkennen die Notwendigkeit quellenkritischer Einordnung, sehen den Arbeitsalltag in den Magazinen, Werkstätten und Arbeitsräumen und können sich in ausgewählte Archivdokumente, ihren historischen Kontext und ihre Bedeutung für die Nachwelt vertiefen. Auch die Transformation der Stasi-Unterlagen in das Bundesarchiv und die damit verknüpften Herausforderungen werden aufgegriffen.

Die am 17. Juni 2021 eröffnete Wanderausstellung wird auf ihrer Tournee durch die Bundesrepublik bis Ende 2023 an 25 Stationen präsentiert, neben Standorten des Bundesarchivs, einschließlich der Außenstellen des Stasi-Unterlagen-Archivs, auch im Thüringer Landtag in Erfurt, im Zentrum für Kunst und Medien in Karlsruhe, in der Nationalbibliothek in Frankfurt am Main und in der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen.

Ende 2021 folgte eine weitere Ausstellung, die den neuen Rahmen des Bundesarchivs einschließlich des Stasi-Unterlagen-Archivs auffächert. Unter dem Titel „Geschichte in Geschichten“ wird sie im Benutzungszentrum des Bundesarchivs Berlin-Lichterfelde gezeigt. Anhand exemplarischer Archivgeschichten werden die Geschichte des Bundesarchivs und seines Archivguts nachgezeichnet, die Prinzipien der Archivarbeit im demokratischen Rechtsstaat aufgezeigt und die Fachaufgaben des Archivs erläutert. Auch in diese Ausstellung wurden Arbeit und Inhalt des Stasi-Unterlagen-Archivs bereits mit einbezogen.

5.2.2 Ausstellungen des Stasi-Unterlagen-Archivs

Zu den Dauerausstellungen, die das Stasi-Unterlagen-Archiv für die Öffentlichkeit erarbeitet hat, zählen in Berlin die auf dem Gelände der ehemaligen Stasi-Zentrale, dem heutigen Campus für Demokratie, angesiedelten Ausstel-

lungen „Einblick ins Geheime“ (siehe auch Abschnitt 5.4.2) sowie „Staatssicherheit in der SED-Diktatur“. Letztere wurde auf Beschluss des Deutschen Bundestages gemeinsam mit der Aufarbeitungsinitiative ASTAK e. V. erarbeitet. Archivdokumente und Originalobjekte laden die Öffentlichkeit zu einem Gang durch die Geschichte der Staatssicherheit ein und informieren über die Auswirkungen der MfS-Tätigkeit auf den Alltag der Bevölkerung. Ein Begleitkatalog in Deutsch, Englisch und Spanisch sowie Audioführungen in Englisch, Französisch, Italienisch, Polnisch, Schwedisch und Spanisch runden das Informationsangebot ab.

Dauerausstellungen mit regionalspezifischen Schwerpunkten halten die Außenstellen des Stasi-Unterlagen-Archivs bereit, so beispielsweise „Sicherungsbereich DDR“ in Erfurt oder „Schattenarmee einer Diktatur“ in Gera.

Darüber hinaus zeigt das Stasi-Unterlagen-Archiv Wanderausstellungen zur Stasi-Thematik. Sie sind zur unkomplizierten Handhabung meist in Roll Up-Form produziert und stehen auch externen Leihnehmern zur Verfügung.

Ein Schwerpunktangebot stellt die modulare Ausstellung „Die Stasi“ dar. Sie geht den Fragen nach, wie die Stasi in den Regionen arbeitete, welche Ziele sie dort verfolgte und wen sie als „feindlich-negatives Element“ ins Visier nahm. Aus einem Pool von rund 140 thematischen, biografischen und ereignisgeschichtlichen Einzelmodulen lässt sich je nach Anlass und räumlichen Bedingungen eine passgenaue Ausstellung zusammenstellen. Eine Übersicht über die einzelnen Module ist im Internet unter <https://www.stasi-unterlagen-archiv.de/informationen-zur-stasi/ausstellungen/leihausstellungen/baukasten-ausstellung-die-stasi/> abrufbar.

Die Wanderausstellung „Lernt Polnisch“ dokumentiert die Furcht des SED-Regimes vor einem Überspringen des „polnischen Funkens“ in die DDR und die rigide Verfolgung propolnischer Äußerungen durch die Staatssicherheit. Die Ausstellung steht in deutscher, polnischer und englischer Sprache zur Verfügung, darüber hinaus liegt ein Begleitheft vor.

Die mobile Ausstellung „Überwachen. Verfolgen. Verängstigen.“ vermittelt anhand ausgewählter Betroffenenbiografien und Lebensbereiche, wie die Staatssicherheit auf das Leben der Menschen in der DDR einwirkte und mit welchen Mitteln und Methoden sie intervenierte und manipulierte. Als Dauerleihgabe ist diese Ausstellung auch in der deutschen Botschaft in Buenos Aires sowie im albanischen Partnerinstitut, Behörde zur Information über die Dokumente der früheren Staatssicherheit, in Tirana zu besichtigen.

In Kooperation mit der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., Auslandsbüro Chile, eröffnete das Stasi-Unterlagen-Archiv im November 2021 im Museo del Memoria in Santiago de Chile die spanische Fassung der Wanderausstellung „Feind ist, wer anders denkt“. Für diese Präsentation wurden ergänzende Module produziert, die das Thema „Stasi und chilenische Exilanten in der DDR“ beleuchten. Weitere Stationen in Chile und anderen spanischsprachigen Ländern Südamerikas sollen folgen.

Im Berichtszeitraum gezeigt wurden außerdem die Ausstellungen „Die Botschaftsflüchtlinge auf ihrer Fahrt von Prag nach Hof“, „Bilder einer Stadt. Dresden gesehen durch die Linse der Stasi“, „Stasi Ohn(e)Macht“ über das Ende der Staatssicherheit in den verschiedenen Bezirken der DDR, die regionale Erfurter Schau „Spurensuche am Petersberg“ sowie „Im Fokus der Staatssicherheit. Willy Brandt in Erfurt“, die die generalstabsmäßige Überwachungsaktion des Bundeskanzlerbesuchs durch die Stasi dokumentiert.

Für die Außenstelle Chemnitz, die Ende 2022 in eine neue Liegenschaft umgezogen ist, wird ein sogenanntes Schaumagazin erarbeitet – ein Pilotprojekt für die Weiterentwicklung der Ausstellungsangebote in den anderen Außenstellen. Es wird am Beispiel regionalbezogener Archivobjekte (von Dokumenten über Fotos bis zu dreidimensionalen Gegenständen) die Vorgehensweise der Staatssicherheit und die Auswirkungen für die Betroffenen veranschaulichen. Die Erzählung führt wie ein roter Faden vom Eingangsfoyer bis zum Archivmagazin und gibt zugleich Einblick in das überlieferte Archivgut vor Ort, letzteres auch ganz konkret in Gestalt zweier Rundfenster zum Archivraum.

Im Jahr 2022 begannen auch die Arbeiten an der neuen, nun hybriden Wanderausstellung des Stasi-Unterlagen-Archivs, die der Öffentlichkeit ab Ende 2023 zur Verfügung stehen soll. „Alles wissen wollen. Die Stasi und ihre Dokumente“, so der Titel der Ausstellung, verdeutlicht die Vielfalt des Archivbestandes und die Spannweite seiner Aussagekraft für Gegenwart und Zukunft. Angelpunkt der Ausstellung sind 21 Archivobjekte (Schrift- und Bild-dokumente sowie Gegenstände), die als hochwertig faksimilierte Exponate in beleuchteten Vitrinen präsentiert werden. Inhalt und Hintergrund des jeweiligen Objekts werden in knapper Form auf der Außenwand der Vitrinen dargestellt. Weitere Informationen und Archivquellen eröffnen sich den Nutzerinnen und Nutzern in vier digitalen Vertiefungsebenen, zugänglich über einen QR-Code an den Vitrinen. Die Ausstellung gibt keine Laufrichtung vor, das Publikum setzt seine Schwerpunkte und Vertiefungsakzente eigenständig. Begleitend dazu gibt es eine Fallaktenbibliothek. Hier finden die Besucherinnen und Besucher faksimilierte Akten, die ihnen weitere Informationen zu den ausgestellten Fallbeispielen vermitteln. Die Wanderausstellung ist primär für die alten Bundesländer gedacht: Dort gibt es keine historischen Orte, kaum Dokumentationsstätten zur DDR-Geschichte, aber großen Informationsbedarf und Themenneugier. Eine eigens entwickelte Website wird das hybride Konzept der Ausstellung unterstützen.

5.2.3 Kooperationen im Ausstellungsbereich

Auf Einladung der Gedenk- und Bildungsstätte Andreasstraße in Erfurt beteiligte sich das Stasi-Unterlagen-Archiv an der Sonderausstellung „HÄNDEDRUCK und ROTE FAHNE: Die Gründung der SED und das Ende der Arbeiterbewegung“. Die Ausstellung, die vom 25. November 2022 bis zum 2. April 2023 gezeigt wurde, befasst

sich mit der Zwangsvereinigung der KPD und SPD zur SED und den daraus resultierenden Konsequenzen. Neben inhaltlicher Beratung und Bereitstellung von Archivmaterialien gestaltete das Stasi-Unterlagen-Archiv einen eigenen Themenraum zur MfS-Geschichte. In seinem Mittelpunkt steht der für die Ausstellung erarbeitete Bilderfilm „Die Stasi in Erfurt“: Anhand animierter Dokumente und Bilder führt eine akustisch eingblendete Erzählung die Besucherinnen und Besucher durch die regionale Stasi-Geschichte. Sie zeigt auf, über welchen Apparat die Stasi im Bezirk Erfurt verfügte, bei welchen Anlässen sie tätig wurde und gegen wen sie geheimpolizeilich vorging.

Eine andere regionale Gedenkstättenkooperation erfolgt mit dem Lern- und Gedenkort Kaßberg-Gefängnis e.V. in Chemnitz. Nach der Sanierung des denkmalgeschützten ehemaligen Haftgebäudes wird im Oktober 2023 eine neue Dauerausstellung zur wechsellvollen Geschichte des Ortes eröffnet. Das Stasi-Unterlagen-Archiv leistet ausstellungsdidaktische wie inhaltliche Unterstützung und arbeitet an der Ausgestaltung der Stasi-spezifischen Ausstellungsräume mit. Dazu zählt auch eine Medienstation zur Entstehungsgeschichte des Stasi-Unterlagen-Archivs.

Im Zuge der Zusammenarbeit mit anderen Archiv- und Bildungseinrichtungen zeigt das Stasi-Unterlagen-Archiv in seinen Räumen auch externe themennahe Ausstellungen. Hier sei insbesondere verwiesen auf die Plakatausstellungen der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur „Leseland DDR“ und „Von der Friedlichen Revolution zur deutschen Einheit“, die Sonderausstellung der Gedenkstätte Moritzplatz in Magdeburg „Der Herbst 89 – Die Friedliche Revolution in Magdeburg“ oder die Ausstellung „MENSCHEN RECHT FREIHEIT PROTEST. Der 17. Juni in Sachsen-Anhalt“ der Beauftragten des Landes Sachsen-Anhalt zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. Ergänzend stehen meist themenspezifische Beispielakten aus dem Stasi-Unterlagen-Archiv zur eigenständigen Vertiefung bereit.

5.3 Das Stasi-Unterlagen-Archiv in den Medien und im Internet

Die beiden Hauptwebsites www.stasi-unterlagen-archiv.de und www.stasi-mediathek.de sowie die vier Social-Media-Auftritte des Stasi-Unterlagen-Archivs (Facebook, Twitter, Instagram und YouTube) haben im Berichtszeitraum weiter zur Verbreitung von Themen zu den Stasi-Unterlagen und zum SED-Unrecht beigetragen. Auch nach der Eingliederung in das Bundesarchiv ist das Interesse sowohl an Stasi-spezifischen Themen als auch an dem vielfältigen digitalen Angebot, was Klick- und Followerzahlen sowie Reichweite angeht, weiter gestiegen.

5.3.1 Medienarbeit

Die Medienarbeit war im Berichtszeitraum vor allem an aktuellen und thematischen Anlässen orientiert. Sie ist stark mit den digitalen Kanälen des Archivs verschränkt. Die vier Social-Media-Auftritte des Stasi-Unterlagen-Archivs verbreiteten neben ihren eigenen Inhalten Infor-

mationen von den Websites, aber auch Mitteilungen der Pressestelle, und ermöglichten so eine direkte Nachrichtenübermittlung an Multiplikatorinnen und Multiplikatoren in den Medien.

Weitere Aufgaben waren die klassische Medienbetreuung durch direkten Austausch mit Medienvertreterinnen und -vertretern, Journalisten-Seminare, Drehbetreuung und die Organisation von Presseterminen der Hausleitung. Der Eingliederungsprozess wurde von der Pressestelle intensiv begleitet, Themen des Stasi-Unterlagen-Archivs anschließend weiterhin intensiv an Medien und Öffentlichkeit vermittelt. Zur auch nach der Eingliederung weiterhin beachtlichen medialen Wahrnehmbarkeit haben dabei auch die Aktivitäten der Außenstellen des Stasi-Unterlagen-Archivs beigetragen.

5.3.2 Digitale Kommunikation und Internet

Die Seiten www.stasi-unterlagen-archiv.de und www.stasi-mediathek.de sind zu festen Größen geworden und weisen in den Suchergebnissen der Internetsuchen ein sehr gutes Ranking für Stasi-spezifische Themen auf.

Die Website des Stasi-Unterlagen-Archivs hat sich etabliert und wird nutzerorientiert weiterentwickelt. Ebenfalls bewährt hat sich die semantische Suchfunktion, die eine übergreifende Recherche zu den verschiedenen digitalen Angeboten des Stasi-Unterlagen-Archivs ermöglicht. Diese Entwicklung spiegelt sich auch in den Statistiken wider. So steigerte sich die Anzahl der Seitenaufrufe von 1,1 Millionen im Jahr 2020 auf über 1,5 Millionen im Jahr 2022, im ersten Halbjahr 2023 gab es bereits 877 000 Seitenansichten.

Die Themenschwerpunkte über den Bürgerrechtler Matthias Domaschk und den Schriftsteller Jürgen Fuchs stießen im Berichtszeitraum auf besonderes Interesse der Nutzerinnen und Nutzer. Aber auch die Überwachung der Dreharbeiten zu dem James-Bond-Film „Octopussy“ durch die Stasi im Jahr 1982, die Dokumentation der Beobachtung der unangepassten Gamer-Szene der Computerspiele-Fans in der DDR sowie der Aufbau des Tierparks in Ost-Berlin in Konkurrenz zum West-Berliner Zoo wurden anschaulich für die Öffentlichkeitsarbeit aufbereitet.

Für das Besucherleitsystem und die digitalen Stelen vor Ort wurden zum Gelände der ehemaligen Stasi-Zentrale zusätzliche Webangebote entwickelt, die Besucherinnen und Besucher an den Stelen sowie per QR-Code ansteuern können und die über die Geschichte, die Gebäude und Veranstaltungen vor Ort informieren (zur Geländeentwicklung siehe auch Abschnitt 5.4).

Die Stasi-Mediathek ist im Berichtszeitraum weitergewachsen und mit neuen Inhalten angereichert worden. Ein zentrales Bedienelement ist die semantische Suche. Sie ermöglicht qualifizierte Suchergebnisse. Da alle veröffentlichten Unterlagen der Mediathek vollständig transkribiert wurden, kann die Volltextsuche auch die Inhalte von Akten, Audiomitschnitten und Filmen der Stasi erfassen und recherchierbar machen.

Die ausgewählten Unterlagen beziehen sich über die gesamte Dauer des Bestehens des MfS auf bestimmte zeithistorische Ereignisse oder stellen Methoden und Arbeitsweise der Staatssicherheit in den Mittelpunkt. Sie behandeln in der Regel konkrete Fallbeispiele, an denen sich größere Zusammenhänge aufzeigen lassen. Die Redaktion der Mediathek bietet außerdem „Themensammlungen“ und „Geschichten“ an. Das Element des Storytellings soll persönliche Schicksale und historische Ereignisse veranschaulichen und einen niedrigschwelligen Einstieg ins Thema ermöglichen.

Neben vielen beispielhaften Einzeldokumenten und audiovisuellen Unterlagen wurden weitere Themenschwerpunkte online gestellt, darunter ein Bericht über einen Neonazi-Überfall auf die Zionskirche in Berlin und die Beatrevolte. Die Staatssicherheit setzte sich unter dem Motto „Wir dulden keine Gammler“ mit unangepassten Jugendlichen auseinander. Weitere neue Themen sind u. a. die Beobachtungsfotos chilenischer Exilanten, ein Audiomitschnitt des Spions Günter Guillaume und Videoaufnahmen einer geheimdienstlichen Nahkampfausbildung.

Um die vielfältigen Inhalte der Mediathek weiter bekanntzumachen, wurde im Berichtszeitraum die Verlinkung zu den Dokumenten, Bildern, Filmen und Audios der Mediathek als Referenzen bei Wikipedia fortgesetzt.

Ebenso hat der im April 2020 gestartete Podcast „111 Kilometer Akten“ zum Stasi-Unterlagen-Archiv eine wachsende und neue Zielgruppe erschlossen. Die bis Ende 2022 erschienenen 76 Folgen geben einen umfangreichen Einblick in das Wirken der Staatssicherheit. Die Veröffentlichung der Gespräche und Diskussionen auf einschlägigen Plattformen wie z. B. Spotify hat zur großen Reichweite des Podcasts beigetragen. Bis zum 30. Juni 2023 sind so über 300 000 Aufrufe der Folgen über die Homepage des Stasi-Unterlagen-Archivs und die weiteren Plattformen gezählt worden.

Im Zuge des Transformationsprozesses mit dem Bundesarchiv ist die Internet-Redaktion nun für den gesamten Online-Auftritt des Bundesarchivs zuständig und konzipiert einen gemeinsamen Webauftritt, der das gesamte digitale Angebot übersichtlich darstellen wird. In diesem Rahmen bleibt die eigenständige Sichtbarkeit des Stasi-Unterlagen-Archivs weiterhin gewährleistet. Der Launch ist für das Jahr 2024 geplant.

Social-Media-Aktivitäten

Die sozialen Medien haben sich ebenfalls als Kommunikationsplattformen zu Stasi-Themen etabliert und stellen die direkte Verbindung zu insbesondere jüngeren Zielgruppen her. Das Stasi-Unterlagen-Archiv ist seit 2012 auf Facebook aktiv, seit 2014 auf Twitter, seit 2016 auf Instagram und seit 2017 auf YouTube. So ist ein unmittelbarer Austausch mit Bürgerinnen und Bürgern möglich. Im Berichtszeitraum sind die Nutzerzahlen auf allen vier Kanälen gerade seit dem vergangenen Jahr stark angestiegen.

Im Berichtszeitraum gab es unter anderem erfolgreiche Kampagnen und Serienformate wie z. B. „70 Jahre Bun-

desarchiv/30 Jahre Stasi-Unterlagen-Archiv“, „Gestern und Heute (Gebäude der Staatssicherheit)“ oder das „Campus-Kino“. Ein Schwerpunkt des aktuellen Claims „Demokratie bewahren“ und der Social-Media-Arbeit ist der 70. Jahrestag des Volksaufstandes in der DDR am 17. Juni 1953. Insbesondere zu diesem Datum wurde die digitale Kommunikation mit intensiver Pressearbeit verknüpft. Besonders beliebt waren Kampagnen mit interaktiven Elementen wie die „Spurensuche“. In dieser Reihe stellt das Stasi-Unterlagen-Archiv Fotos und Filmsequenzen online, die sich bislang nicht zuordnen lassen. Die Social-Media-Community half schon in vielen Fällen, Orte oder Zusammenhänge zu identifizieren.

Durch die Bildung einer gemeinsamen Redaktion für Internet und Social Media ist das Zusammenspiel dieser Kommunikationskanäle vereinfacht worden. Zu einer Steigerung der Aufmerksamkeit haben auch gezielte Verknüpfungen mit den Social-Media-Kanälen des Bundesarchivs beigetragen. So ist es beispielsweise gelungen, zu den Olympischen Spielen in München 1972 und dem „Deutschen Herbst“ 1977 kommunikativ Bestände aus anderen Teilen des Bundesarchivs mit den entsprechenden Stasi-Unterlagen zu verknüpfen. Auch zum 17. Juni 1953 wurden neben den Stasi-Akten weitere Bestände des Bundesarchivs kommunikativ genutzt und so zusätzliches Interesse erzeugt.

Auch werden auf den Kanälen zunehmend Verbindungen zu aktuellen Ereignissen oder Jahrestagen hergestellt. Dazu gehörten das Erscheinen von Udo Lindbergs „Sonderzug nach Pankow“ (Februar 1983), die Wolf Biermann-Ausstellung, diverse Sportereignisse (z. B. Rodel-WM in Oberhof 1973 und 2023) sowie das Aufgreifen einer wissenschaftlichen Studie der TU Dresden zu den Gründen, nicht in die eigenen Stasi-Akten sehen zu wollen.

5.4 Campus-Entwicklung und Veranstaltungen in Berlin und den Außenstellen

Die „Stasi-Zentrale. Campus für Demokratie“ in Berlin-Lichtenberg ist der Ort, an dem die Vermittlung des Symbolwerts des Stasi-Unterlagen-Archivs und die Unterrichtung über die Stasi am historischen Ort mit besonderer politischer Unterstützung stattfinden. Bund und Land Berlin sowie der Bezirk Lichtenberg unterstützen die Entwicklung des Ortes in ihren Koalitionsverträgen, durch Denkmalschutzbestimmungen und konkrete Finanzzuweisungen. Seit 2018 finanziert das Land Berlin beispielsweise ein Standortmanagement, das u. a. im Frühjahr 2023 in Haus 22, dem ehemaligen Offizierskasino, ein Expertenforum zu den Perspektiven des Campus abhielt.

Im Mai 2022 wurde das von Bund, Land und Bezirk gemeinsam finanzierte Informations- und Wegeleitsystem eröffnet. In Anwesenheit der Vorsitzenden des Kulturausschusses des Deutschen Bundestages, des Berliner Senators für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen, des Berliner Beauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur sowie des Bezirksbürgermeisters Lichtenberg wurden die 14 Stelen der Öffentlichkeit übergeben. Im Innenbereich

des Campus und in direkter Umgebung rund um die ehemalige Stasi-Zentrale können Interessierte nun Informationen zur Geschichte und zum Wirken des MfS an diesem historischen Ort nachlesen. Drei zusätzliche beleuchtete Digitalssäulen vor Haus 1, Haus 7 und Haus 22 ergänzen das Informationspaket zur Orientierung am Campus, das von Haus 22, dem Info-Punkt aus, mit täglicher Öffnung koordiniert wird. Zur Anzahl der Besuchenden des Info-Punkts siehe Tabelle 6.

5.4.1 Veranstaltungen am Campus

2021 erschwerten die Pandemiebedingungen weiterhin die reguläre Veranstaltungsplanung am Ort. Daher wurde im Frühjahr 2021 das Online- und Hybrid-Format „Campus-Forum“ eingeführt und 2022 fortgesetzt. In Kooperation mit der Robert-Havemann-Gesellschaft e.V. und wechselnden Partnern für die drei Themenreihen „Jugend in der Diktatur“, „Archive“ und „Menschenrechte“ wurden pro Woche jeweils drei Veranstaltungen durchgeführt. Insgesamt erreichten die 15 Veranstaltungen in der fünfwöchigen Veranstaltungsreihe 2021 rd. 11 000 Aufrufe auf Facebook und YouTube sowie ca. 110 Besuchende vor Ort. Für 2022 wurde das Format auf drei Wochen konzipiert. Die Bilanz ergab gut 100 Besuchende vor Ort und rund 2 400 Aufrufe auf YouTube in den ersten vier Wochen nach der Veranstaltung. Alle Aufzeichnungen sind, wie die meisten Veranstaltungen des Stasi-Unterlagen-Archivs, dauerhafter Bestandteil des YouTube-Angebots.

Im November 2021 erinnerte der ehemalige Bundespräsident und erste Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen, Joachim Gauck, im Gespräch mit dem Präsidenten des Bundesarchivs, Prof. Dr. Michael Hollmann, sowie der Zeitzeugin Susanne Schädlich und dem Juristen Prof. Dr. Johannes Weberling an die Verabschiedung des Stasi-Unterlagen-Gesetzes im November 1991. Die Veranstaltung lief einen Tag später im Deutschlandfunk als Gesprächs-sendung.

Am Campus für Demokratie als historischem Ort wird jährlich an den Tag der Erstürmung der Stasi-Zentrale am 15. Januar 1990 erinnert. 2022 wurde das Datum genutzt, um an die erste Akteneinsicht im Januar 1992 zu erinnern. Die Zeitzeugin und spätere Beauftragte des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur, Ulrike Poppe, diskutierte mit der Bundesbeauftragten für die Opfer der SED-Diktatur, Evelyn Zupke, sowie dem langjährigen Leiter von „Gegenwind“ – Beratungsstelle für politisch Traumatisierte der SED-Diktatur, Dr. Stephan Trobisch-Lütge, über die langanhaltenden Folgen der Repression für die Opfer der Stasi. Das für eine Online-Stellung aufbereitete Gespräch mit weiteren Interviews zur Arbeit des Stasi-Unterlagen-Archivs erreichte in den ersten vier Wochen 1 500 User. 2023 konnten am 15. Januar vor Ort über 300 Gäste bei einem Tag der offenen Tür in Kooperation mit dem Stasi-Museum, der Robert-Havemann-Gesellschaft e.V. und dem Bürgerkomitee 15. Januar e.V. begrüßt werden.

Das 2020 begonnene Format „Campus-Kino“ konnte sich 2021 und 2022 weiter etablieren. Innerhalb von vier Wo-

chen im August wurden an jeweils drei Abenden pro Woche insgesamt 12 Filme gezeigt, zu denen 2021 über 3 000 und 2022 um die 4 500 Gäste kamen. Die drei festen Kooperationspartner Bundesarchiv/Stasi-Unterlagen-Archiv, Robert-Havemann-Gesellschaft e.V. und Berliner Beauftragter zur Aufarbeitung der SED-Diktatur kuratieren eine Mischung aus Dokumentar- und Spielfilmen, die die Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur auf Basis der Öffnung der Stasi-Unterlagen thematisieren. Der Erfolg des Formats beruht insbesondere darauf, dass es auch viele Menschen zum Campus führt, die sonst keine Berührung mit dessen Geschichte haben. Zahlreiche Führungen durch die Dauerausstellung „Einblick ins Geheime“ und die auf dem Innenhof gezeigte Ausstellung „Revolution und Mauerfall“ der Robert-Havemann-Gesellschaft e.V. ergänzen die Abende, bei denen zudem die drei Kooperationspartner ihre Arbeit präsentieren sowie weitere auf dem Gelände ansässige Vereine und Initiativen wie die Union der Opferverbände der Kommunistischen Gewaltherrschaft e.V. oder der Verein Doping-Opfer-Hilfe e.V. ihre Angebote vorstellen und Filmschaffende ihre Werke diskutieren.

Zu den jährlich wiederkehrenden Terminen, z. B. die Lange Nacht der Museen, der Tag des offenen Denkmals oder der Tag der Museen, war das Stasi-Unterlagen-Archiv jeweils mit den Campus-Partnern mit einem Programm rund um die Ausstellungen und mit Vorträgen präsent.

Ein besonderes Highlight im Berichtszeitraum war die Präsenz der 12. Berlin Biennale für zeitgenössische Kunst vom 11. Juni bis 18. September 2022 auf dem Campus. Erstmals als Ausstellungsort gewählt, waren in dem Zeitraum fünf verschiedene Installationen und Ausstellungen zu sehen, was nicht nur zu einem deutlichen Anstieg der Besucherzahlen beitrug, sondern ein internationales Publikum oft erstmals an den historischen Ort geführt hat.

Eine weitere Besonderheit im Jahr 2022 waren die beiden externen Theaterveranstaltungen „Brofaromin“ über die Testung von Medikamenten aus westlicher Pharmawicklung in der DDR und „Seid doch laut“ über die unabhängige Frauen-Friedensbewegung der DDR. Beide Stücke basieren auf Recherchen im Stasi-Unterlagen-Archiv und waren an ihren Aufführungsabenden nahezu komplett ausverkauft. Ihre Aufführung auf dem Gelände brachte viele Besucher zum Campus, die sich bisher augenscheinlich wenig mit dem Thema MfS befasst hatten.

Im ersten Halbjahr 2023 war die „Stasi-Zentrale. Campus für Demokratie“ Anlaufstelle für die Berliner Bezirksinitiative „Ab ins B!“ sowie erneuter Gastgeber für den „Tag der Pressefreiheit“ am 3. Mai. Als Kooperationspartner des Veranstalters Medienverband Freie Presse sowie etlichen weiteren Partnern wie Reporter ohne Grenzen, Robert-Havemann-Gesellschaft e.V. oder Stiftung Lesen bot auch das Stasi-Unterlagen-Archiv einen Workshop für Schülerinnen und Schüler an. Fast 200 Jugendliche setzten sich vor Ort mit den Themen Pressefreiheit und Desinformation und mit historischen Quellen auseinander. Am 15. und 16. Juni führte die wissenschaftliche Tagung des Forschungsbereichs rd. 50 Experten auf den Campus (siehe Abschnitt 4.5). Die Abschlussdiskussion mit ungefähr 100

Gästen lief unter dem Titel „Geheimdienste, Politik und Krisen“ als „Campus-Forum“-Event.

5.4.2 Ausstellung „Einblick ins Geheime“

Als tägliches Regelangebot eröffnet die Ausstellung „Einblick ins Geheime“ am Campus für Demokratie die größte Begegnungsfläche mit dem Stasi-Unterlagen-Archiv. Während 2021 der Zugang zur Ausstellung in den ersten fünf Monaten wegen der Pandemiebeschränkungen unmöglich war bzw. nur mit hohen Auflagen stattfand, konnte ein Regelbetrieb für die zweite Hälfte des Jahres sowie den weiteren Berichtszeitraum langsam wieder aufgebaut werden.

Die Arbeit des Besucherdienstes der Ausstellung „Einblick ins Geheime“ war 2022 gekennzeichnet durch die schrittweise Normalisierung des Betriebes. Neben den öffentlichen, wechselnden Themenführungen und dem Samstags-Format „Treffpunkt Stasi-Zentrale“ bildete der Tag der offenen Tür des Bundesarchivs einen Schwerpunkt im ersten Halbjahr 2022. Dieser ermöglichte Einblicke in die Arbeit verschiedener Bereiche des Stasi-Unterlagen-Archivs, beispielsweise die Karteien oder die Digitalisierung von Tonträgern. Während der Berliner Langen Nacht der Museen konnte 2022 das Format der Taschenlampenführung, die Erkundung des Geländes bei Dunkelheit, wieder angeboten werden. Im Frühjahr 2023 wurde die Zusammenarbeit mit dem Besucherdienst des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung wieder aufgenommen. Bis zum 30. Juni 2023 konnten 22 Gruppen mit 1 044 Teilnehmenden in der Ausstellung begrüßt werden. Zu den Gesamtbesucherzahlen der Ausstellung siehe Tabelle 6.

5.4.3 Veranstaltungen der Außenstellen

Im Kontext der regionalen Erinnerung an die SED-Diktatur und ihrer Überwindung liefern die 13 Außenstellen des Stasi-Unterlagen-Archivs mit ihren zahlreichen Veranstaltungen einen kontinuierlichen und für die Regionen sehr wichtigen Beitrag, sich auch über die Quellen des Archivs mit dieser Geschichte auseinanderzusetzen. Im Kern der Vermittlung steht hierbei das Anliegen, dass die Archive der Außenstellen die regionalen Ereignisse abbilden. An den zwölf langjährigen Standorten Leipzig, Chemnitz und Dresden, Gera, Suhl und Erfurt, Magdeburg und Halle, Schwerin, Rostock und Neubrandenburg sowie Frankfurt

(Oder) und neu auch in Cottbus wird über verschiedene Formate der Dialog mit Interessierten gesucht (siehe Anhang 7). Insbesondere die Möglichkeit, die Akten im Archiv zu sehen sowie die Erkenntnisse aus der Beschäftigung mit ihnen konkret an Akten-Beispielen zu erleben, zeichnet die Arbeit in den Regionen aus.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Außenstellen haben über die langen Jahre ihrer Veranstaltungsarbeit hinweg ein solides Netzwerk regionaler Partnerschaften geknüpft. In gemeinsamen Veranstaltungen mit den Partnern vor Ort können so komplementär verschiedene Aspekte der historischen Erinnerung verknüpft werden. So lässt sich beispielsweise die Zeitzeugenarbeit der Gedenkstätten mit der Quellenarbeit des Archivs verbinden oder auch die autobiografische Beschäftigung mit dem Interesse von nachfolgenden Generationen, Geschichte lebendig zu erfahren. Gerade der Aspekt, nachfolgenden Generationen die Geschichte in „ihrem“ Format zu präsentieren, ist eine wachsende Herausforderung, die beispielsweise in Dresden durch die App „Geheim! Stasi an der TU Dresden“ in Kooperation mit der TU Dresden angegangen wurde (siehe auch Abschnitt 3.3.9). Immer wieder werden auch Antragstellerinnen und Antragsteller eingeladen, die Ergebnisse ihrer regionalen Forschung in Lesungen oder Diskussionsveranstaltungen vorzustellen, um so die Möglichkeiten des Archivs und die regionalen Geschichten ganz konkret in die Erinnerungslandschaft zu setzen.

Die Veranstaltungsarbeit der Außenstellen besteht aus einem Baukasten regulärer Angebote wie Bürgerberatungen und Archivführungen sowie spezifischer Veranstaltungen zu Gedenktagen, aber auch der Teilnahme an Großveranstaltungen (Tag der Deutschen Einheit, Landestage), an regionalen Tagen der offenen Tür (wie des Landtags in Schwerin oder in der ehemaligen Untersuchungshaftanstalt des MfS in Neubrandenburg) sowie an Langen Nächten der Museen oder sonstigen regionalen Kooperationsveranstaltungen wie dem „Lichtfest“ in Leipzig. Diese Veranstaltungen sind wiederkehrende Formate der regionalen Erinnerungskultur bzw. Präsentationsflächen für die Arbeit des Stasi-Unterlagen-Archivs und seiner Dienstleistungen.

Etlche der Außenstellen haben eigene Archivführungs- und Veranstaltungsreihen entwickelt wie etwa „Samstag im Archiv“ (Schwerin) oder „Unterwegs im Archiv“

Tabelle 6: Besuchende Ausstellung „Einblick ins Geheime“ und Infopunkt Haus 22

	2021	2022	1. Hj. 2023
Einzelbesuchende „Einblick ins Geheime“, Haus 7	3 282	12 245	3 436
Gruppenbesuche (Gruppen / Teilnehmende)	162 / 1 511	253 / 4 577	177 / 3 105
Besuchende Info-Punkt, Haus 22	1 756	8 128	1 680
Gesamt Besuchende	6 549	24 950	8 221

(Suhl), die eine Archivführung mit einem anschließenden Vortrag koppeln und monatlich stattfinden. Daneben bestehen regional spezielle Angebote für Seniorinnen und Senioren. Regelmäßig werden auch die Forscherinnen und Forscher des Stasi-Unterlagen-Archivs eingeladen, ihre gewonnenen Erkenntnisse einem interessierten Publikum in den Außenstellen zu präsentieren.

Verteilt auf die Regionen wurden im Berichtszeitraum knapp 250 Archivführungen durchgeführt (teilweise in Kombination mit anderen Veranstaltungsformaten). Darüber hinaus fanden mehr als 100 weitere Veranstaltungen, wie Vorträge, Lesungen, Podiumsdiskussionen, Zeitzeugengespräche oder Filmvorführungen, statt. Die Außenstellen haben sich zudem in insgesamt 44 Fällen an Veranstaltungen wie Lange Nacht der Museen, Tage der Archive oder Ländertage beteiligt. Auch die eigenen Tage der offenen Tür sind hier miterfasst.

Kooperationen mit regionalen Aufarbeitungsvereinen, Universitäten, Volkshochschulen oder anderen Bildungsträgern verstärken bei vielen Formaten die Reichweite und erleichtern die Öffentlichkeitsarbeit. Insbesondere die regelmäßigen Bürgerberatungen werden in Zusammenarbeit mit den jeweiligen Landesbeauftragten für die Aufarbeitung der SED-Diktatur an verschiedenen Standorten in der Region durchgeführt und oft durch Vorträge oder Mini-Ausstellungen ergänzt. Im Berichtszeitraum fanden – neben dem dauerhaft bestehenden Angebot in allen Liegenschaften des Stasi-Unterlagen-Archivs – insgesamt 190 Bürgerberatungstage außerhalb der Dienststellen statt, davon 59 gemeinsam mit den jeweiligen Landesbeauftragten.

Während es auch hier im Jahr 2021 durch Pandemieauflagen vielerorts Beschränkungen gab, konnte sich die Außenstelle Halle immerhin an den offiziellen Feierlichkeiten zum Tag der Deutschen Einheit in Sachsen-Anhalt beteiligen. In Form einer „EinheitsEXPO“ waren Programmpunkte an Außenstandorten über die Stadt verteilt. Am 1. Oktober öffnete die Außenstelle ihre Türen und bot dem interessierten Publikum Führungen über das Gelände der ehemaligen MfS-Bezirksverwaltung sowie Einblicke ins Archiv. Die interaktive Wanderausstellung des Bundesarchivs „Geschichte und Erinnerung“ (siehe Abschnitt 5.2.1) gab Besuchenden zudem erste Einblicke in den Eingliederungsprozess des Stasi-Unterlagen-Archivs in das Bundesarchiv sowie in dessen Struktur und Arbeit. Unter dem Titel „Aufarbeitung zwischen Kontinuität und Wandel“ sprach in einer Podiumsdiskussion die für das Stasi-Unterlagen-Archiv verantwortliche Vizepräsidentin des Bundesarchivs, Alexandra Titze, mit der Bundesbeauftragten für die Opfer der SED-Diktatur, Evelyn Zupke, und der Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Birgit Neumann-Becker, über Akten, Aufarbeitung und Deutsche Einheit.

Im folgenden Jahr konnte sich die Außenstelle Erfurt beim Tag der Deutschen Einheit 2022 in Thüringen präsentieren. Beim Bürgerfest öffnete sie die Türen für Führungen, Vorträge und Zeitzeugengespräche. Am 1. Oktober besuchte Thüringens Ministerpräsident Bodo Ramelow das

Archiv, am 2. Oktober kam die SED-Opferbeauftragte Evelyn Zupke ins Haus. Am 3. Oktober diskutierten die Vizepräsidentinnen des Bundesarchivs Dr. Andrea Hänger und Alexandra Titze mit dem Zeitzeugen Matthias Sengevald zu „70 Jahre Bundesarchiv – 30 Jahre Einblick in Stasi-Unterlagen“.

Zum 70. Jahrestag der Ereignisse des 17. Juni 1953 gab es in etlichen Außenstellen Veranstaltungen. Die mehrfache Präsentation der Edition des Forschungsbereichs zum Volksaufstand (siehe Abschnitt 4.2.2) wurde vielfach mit regionalen Beispielen ergänzt.

6 Internationales

Das Stasi-Unterlagen-Archiv ist seit vielen Jahren ein international gefragter Ansprechpartner, wenn es um den Umgang mit vergangenen Diktaturen und die Aufarbeitung ihrer Folgen geht. Insbesondere stellt es seine langjährige Expertise im Umgang mit den vom Staatssicherheitsdienst hinterlassenen Unterlagen zur Verfügung, die zu großen Teilen unter rechtsstaatswidrigen Bedingungen entstanden sind.

Während der Einschränkungen durch die Corona-Pandemie waren die Kontakte insbesondere im Jahr 2021 stark reduziert, einige Veranstaltungen fanden online statt. Im gesamten Berichtszeitraum lagen die Schwerpunkte der internationalen Zusammenarbeit in den folgenden Bereichen:

Das 2008 ins Leben gerufene „Europäische Netzwerk der für die Geheimpolizeiakten zuständigen Behörden“, in dem staatliche Einrichtungen zur Aufarbeitung kommunistischer Diktaturen zusammengeschlossen sind, ist für die internationalen Aktivitäten des Stasi-Unterlagen-Archivs nach wie vor von besonderer Bedeutung. Dem Netzwerk gehören acht Vollmitglieder (Albanien, Bulgarien, Deutschland, Polen, Rumänien, Slowakei, Tschechische Republik, Ungarn) und mittlerweile Einrichtungen aus fünf Ländern im Beobachterstatus an (Estland, Lettland, Litauen, Slowenien, Ukraine).

Unter tschechischem Vorsitz fand am 28. Januar 2021 die jährliche Netzwerkkonferenz als Online-Veranstaltung statt, bei der auch der Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen zugegen war. Die Teilnehmer berichteten über aktuelle Arbeitsschwerpunkte ihrer Behörden. Der Vorsitz des Netzwerks ging auf die Vertreter Ungarns über.

Im Juni 2022 haben der Präsident des Bundesarchivs und die für das Stasi-Unterlagen-Archiv zuständige Vizepräsidentin an der Jahrestagung des Netzwerks in Budapest teilgenommen. Gegenstand der Tagung war u.a. der Vorschlag einer gemeinsamen Internetpräsenz sowie die Verabredung einer Wanderausstellung zum Thema „Die alternative Musikszene der 1980er-Jahre und die Staatssicherheit“ mit Beiträgen aller Mitglieder. Außerdem wurde eine Erklärung verabschiedet, in der die Mitglieder des Netzwerks ihre Solidarität mit der Ukraine, insbesondere den durch die Kriegshandlungen bedrohten Archiven des Landes, ausdrücken und dem ukrainischen Nationalen Gedenkcommittee ihre Hilfe und Kompetenz anbieten, um die

Archivarbeit wieder aufzunehmen. Der Vorsitz ging an das Bundesarchiv über, das die jährliche Tagung im Oktober 2023 ausrichten wird.

Vom 21. bis 28. August 2022 nahm die für die Stasi-Unterlagen zuständige Vizepräsidentin an der Studienfahrt der Bundesstiftung Aufarbeitung nach Litauen teil, die dem internationalen Austausch in Fragen der Aufarbeitung von Diktaturen und der Transitional Justice diente. Die dort geknüpften Kontakte führten bereits im Herbst desselben Jahres zu einem Besuch des Direktors des „Genocide and Research Center of Lithuania“ im Stasi-Unterlagen-Archiv, bei dem Kooperationsmöglichkeiten ausgelotet wurden.

Jenseits des bestehenden Austauschs mit den Partnerorganisationen besuchten im Berichtszeitraum weitere internationale Gäste, u. a. aus Irland, Kambodscha, Bosnien-Herzegowina und Georgien, sowie Vertreter der „Plattform des Europäischen Gedenkens und Gewissens“ (Platform of European Memory and Conscience), Mitglieder des Äthiopischen Menschenrechtsrats und Vertreter der European Law Society das Stasi-Unterlagen-Archiv. Ihr Wunsch ist es regelmäßig, sich vergleichend über Strategien der Aufarbeitung von Diktaturen auszutauschen bzw. über die im Stasi-Unterlagen-Gesetz festgeschriebenen Zugangsmöglichkeiten zu den vom Staatssicherheitsdienst hinterlassenen Unterlagen und die Erfahrungen im Umgang damit zu informieren. Auch die Ausstellung „Einblick ins Geheime“ auf dem Campus für Demokratie in Berlin-Lichtenberg wird hierbei präsentiert.

Ein darüber hinausgehendes Anliegen hatten die Direktorin des kasachischen Nationalarchivs, Sagila Nurlanova, und ihre Stellvertreterin, Saule Mushkenova, die im April 2022 das Bundesarchiv besuchten. Sie traten an verschiedene europäische und auch mehrere deutsche Archive mit der Bitte heran, bei der Suche nach historischen Dokumenten über Kasachstan behilflich zu sein und Kopien davon zu erhalten, um Lücken in den Beständen des kasachischen Nationalarchivs zu schließen. Nachdem sich das Land Ende 1991 von der damaligen Sowjetunion unabhängig gemacht hatte, sind viele Kasachstan betreffende Archivalien in russischen Archiven verblieben und somit schwer oder gar nicht zugänglich.

Seit dem Jahr 2018 besteht mit Vertretern Taiwans ein regelmäßiger Austausch. Im Dezember 2019 wurde in Berlin eine gemeinsame Absichtserklärung zur Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Vergangenheitsbewältigung unterzeichnet. Als Partner für die deutsche Seite ist darin das Stasi-Unterlagen-Archiv benannt. Im Dezember 2022 begrüßten die Bundesbeauftragte für die Opfer der SED-Diktatur und die für das Stasi-Unterlagen-Archiv zuständige Vizepräsidentin die Vorsitzende der taiwanesischen Menschenrechtskommission, Chen Chu, zu einem Gespräch auf dem Campus für Demokratie. Im Mittelpunkt standen Fragen zur heutigen Situation der Opfer der DDR-Diktatur, zu Wiedergutmachung und Rehabilitierung sowie zur Bedeutung der Stasi-Unterlagen für die Aufarbeitung. Im Juni 2023 besuchte eine Delegation unter Leitung des Ministers und Regierungssprechers, Lo

Ping-cheng, das Archiv und informierte sich über die Aufgaben und die Arbeitsweise des Stasi-Unterlagen-Archivs.

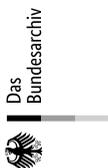
Seit vielen Jahren spielen die Erfahrungen Deutschlands bei der Wiedervereinigung und beim Umgang mit vergangenen Diktaturen für Besuchsgruppen aus Südkorea eine große Rolle. Das Interesse an der Aufarbeitung der kommunistischen Diktatur auf der Grundlage des Stasi-Unterlagen-Gesetzes und wie diese gelingen konnte, ist dementsprechend groß. Anlässlich der deutsch-südkoreanischen Regierungskonsultationen im Mai 2023, bei denen auch das Bundesarchiv vertreten war, besuchte daher der Vorsitzende der Nationalen Menschenrechtskommission Koreas, Song Doo-hwan, das Stasi-Unterlagen-Archiv zu einem Austausch. Im Juni 2023 begrüßte der Präsident des Bundesarchivs den Botschafter Südkoreas in Deutschland, Hong Kyun Kim, und den Wiedervereinigungsattaché der Botschaft, Wonjae Park, zu einem Rundgang durch das Archiv. In einem anschließenden Gespräch informierten die Gäste über die derzeitigen Bemühungen seitens der Republik Korea zur Verbesserung der Menschenrechte in Nordkorea, in deren Kontext die deutsche Wiedervereinigung ein wichtiges Modell darstellt.

Auf dem Campus für Demokratie fanden schließlich für verschiedene Gruppen aus den USA, Frankreich, den Niederlanden, Italien und für einen Diplomatenlehrgang des Auswärtigen Amtes mit Teilnehmenden vom Balkan Führungen statt. Ebenso gab es Führungen für an der Universität Bremen Studierende des amerikanischen Dickinson College sowie für Sprachschüler des Goethe-Instituts Berlin.

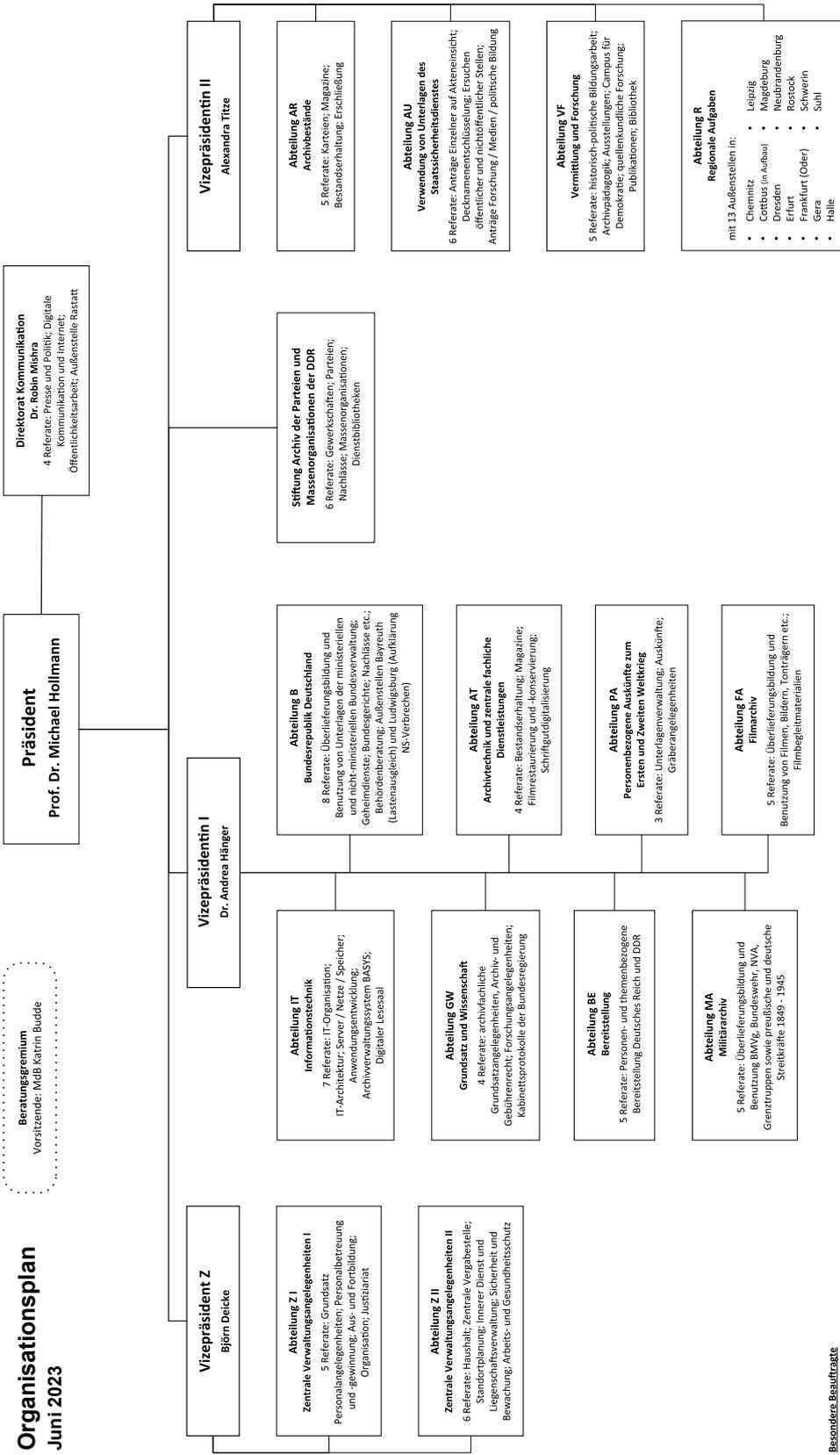
Anhang

	Seite
Anhang 1 Organisationsplan	56
Anhang 2 Mitglieder des Beratungsgremiums des Bundesarchivs nach § 39 StUG	57
Anhang 3 Eingang von Anträgen und Ersuchen nach Verwendungszwecken	58
Anhang 4 Erledigungen von Anträgen und Ersuchen nach Verwendungszwecken	59
Anhang 5 Neuerscheinungen des Stasi-Unterlagen-Archivs im Berichtszeitraum	60
Anhang 6 Veranstaltungen des wissenschaftlichen Kolloquiums	62
Anhang 7.1 Veranstaltungen im Bundesland Brandenburg – Außenstellen Cottbus (im Aufbau) und Frankfurt (Oder)	63
Anhang 7.2 Veranstaltungen im Bundesland Mecklenburg-Vorpommern – Außenstellen Neubrandenburg, Rostock, Schwerin	65
Anhang 7.3 Veranstaltungen im Bundesland Sachsen – Außenstellen Chemnitz, Dresden, Leipzig	69
Anhang 7.4 Veranstaltungen im Bundesland Sachsen-Anhalt – Außenstellen Halle und Magdeburg	72
Anhang 7.5 Veranstaltungen im Bundesland Thüringen – Außenstellen Erfurt, Gera, Suhl	73
Anhang 8 Lernort „Stasi-Zentrale. Campus für Demokratie“, Informations- und Dokumentationszentren des Stasi-Unterlagen-Archivs, Stasi-Unterlagen-Archiv Online	76
Anhang 9 Anschriftenverzeichnis	78
Anhang 10 Abkürzungsverzeichnis	81

Anhang 1



Organisationsplan
Juni 2023



Verkürzte Darstellung.
 Ausführlicher Organisationsplan unter
www.stasi-unterlagen-archiv.de/organisationsplan



Besondere Beauftragte
 Geheimtutbeauftragter
 Datenschutzbeauftragter
 Informationssicherheitsbeauftragter
 Gleichstellungsbeauftragte

Interessenvertretungen
 Gesamtpersonalrat
 Jugend- und Auszubildendenvertretung
 Gewerkschaftliche Jugend- und Auszubildendenvertretung
 Vertrauensperson der schwerbehinderten Menschen

Anhang 2

Mitglieder des Beratungsgremiums des Bundesarchivs nach § 39 StUG

Drei durch den Deutschen Bundestag benannte Mitglieder:

- **MdB Katrin Budde**, Vorsitzende des Ausschusses für Kultur und Medien des Deutschen Bundestages – **Vorsitzende des Beratungsgremiums**
- **Arnold Vaatz**, ehemaliger Bundestagsabgeordneter (bis 2021)
- **Petra Morawe**, ehemalige wissenschaftliche Mitarbeiterin der Beauftragten des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur (bis 2019)

Sechs durch die Landesregierungen Berlins und der ostdeutschen Länder benannte Mitglieder:

- **Frank Ebert**, Berliner Beauftragter zur Aufarbeitung der SED-Diktatur
- **Dr. Maria Nooke**, Beauftragte des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur
- **Anne Drescher**, Landesbeauftragte für Mecklenburg-Vorpommern für die Aufarbeitung der SED-Diktatur
- **Regina Schild**, ehemalige Leiterin der Außenstelle des Stasi-Unterlagen-Archivs in Leipzig (bis Februar 2020)
- **Birgit Neumann-Becker**, Beauftragte des Landes Sachsen-Anhalt zur Aufarbeitung der SED-Diktatur
- **Dr. Peter Wurschi**, Landesbeauftragter des Freistaats Thüringen zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Drei durch die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien benannte Mitglieder:

- **Dieter Dombrowski**, Bundesvorsitzender der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e. V. (UOKG) – **Stellvertretender Vorsitzender des Beratungsgremiums**
- **Dr. Anna Kaminsky**, Direktorin der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur
- **Prof. Ines Geipel**, ehemalige Vorsitzende des Doping-Opfer-Hilfevereins e. V., Schriftstellerin, Professorin an der Hochschule für Schauspielkunst „Ernst Busch“ Berlin

Veränderungen im Berichtszeitraum:

Herr Tom Sello schied zum 31. Mai 2023 aus dem Beratungsgremium aus. Als neues Gremiumsmitglied wurde sein Nachfolger im Amt des Berliner Beauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Herr Frank Ebert, zum 1. Juni 2023 bestellt.

Anhang 3

Eingang von Anträgen und Ersuchen nach Verwendungszwecken

Stand: 30. Juni 2023

Verwendungszweck	1991–2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	gesamt
Bürgeranträge gesamt	3 112 878	48 634	48 855	45 309	56 526	37 407	30 603	29 064	16 385	3 425 661
Ersuchen zur Überprüfung wichtiger Funktionsträger und weitere Ersuchen ¹	230 986	1 657	930	1 018	1 224	1 599	890	831	265	239 400
Ersuchen zur Überprüfung öffentlicher Dienst	1 755 666	227	167	167	193	172	158	101	55	1 756 906
Ersuchen Sicherheitsüberprüfungen/ Zuverlässigkeitsüberprüfungen	246 881	6 849	6 543	6 037	5 761	5 645	5 219	4 074	1 987	288 996
Ersuchen Rentenangelegenheiten	1 163 869	2 355	2 283	2 765	3 012	2 421	4 023	2 568	1 295	1 184 591
Ersuchen Überprüfung gesamt	3 397 402	11 088	9 923	9 987	10 190	9 837	10 290	7 574	3 602	3 469 893
Ersuchen Rehabilitation	101 363	773	658	598	528	752	569	394	222	105 857
Ersuchen Wiedergutmachung	178 142	2 194	1 934	1 763	1 687	3 941	2 047	1 617	922	194 247
Ersuchen Strafverfolgung	222 156	183	154	274	172	147	417	231	114	223 848
Ersuchen Reha/ WGM/StrV gesamt	501 661	3 150	2 746	2 635	2 387	4 840	3 033	2 242	1 258	523 952
Anträge Forschung und politische Bildung	17 493	867	951	945	1 011	899	756	745	453	24 120
Anträge Presse, Rundfunk und Film	14 314	432	372	397	418	331	326	311	154	17 055
Anträge Forschung und Medien gesamt	31 807	1 299	1 323	1 342	1 429	1 230	1 082	1 056	607	41 175
Summe	7 043 748	64 171	62 847	59 273	70 532	53 314	45 008	39 936	21 852	7 460 681

¹ Wichtige Funktionsträger (parlamentarische Mandatsträger, kommunale Wahlbeamte, leitende Funktionsträger im Sport, Berufsrichter, ehrenamtliche Richter u. a.) sowie weitere Ersuchen (Mitarbeiter von Aufarbeitungseinrichtungen, Ordensangelegenheiten u. a.)

Anhang 4

Erledigungen von Anträgen und Ersuchen nach Verwendungszwecken

Stand: 30. Juni 2023

Verwendungszweck	1991–2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	gesamt
Bürgeranträge gesamt	3 045 198	61 899	61 203	55 901	51 140	44 362	30 492	34 360	21 623	3 406 178
Ersuchen zur Überprüfung wichtiger Funktionsträger und weitere Ersuchen ²	230 411	1 969	1 032	1 002	925	1 576	1 173	942	307	239 337
Ersuchen zur Überprüfung öffentlicher Dienst	1 755 641	231	183	160	184	184	161	105	55	1 756 904
Ersuchen Sicherheitsüberprüfungen/ Zuverlässigkeitsüberprüfungen	245 770	6 841	6 465	6 162	5 114	5 544	6 133	4 499	1 920	288 448
Ersuchen Rentenangelegenheiten	1 162 559	2 417	2 313	1 775	2 997	2 205	2 243	4 449	1 728	1 182 686
Ersuchen Überprüfung gesamt	3 394 381	11 458	9 993	9 099	9 220	9 509	9 710	9 995	4 010	3 467 375
Ersuchen Rehabilitation	101 080	836	666	630	490	753	599	475	219	105 748
Ersuchen Wiedergutmachung	177 483	2 208	2 012	1 722	1 490	3 718	2 493	1 756	948	193 830
Ersuchen Strafverfolgung	221 848	396	173	256	199	103	431	322	102	223 830
Ersuchen Reha/ WGM/StrV gesamt	500 411	3 440	2 851	2 608	2 179	4 574	3 523	2 553	1 269	523 408
Anträge Forschung und politische Bildung	16 493	856	950	956	996	870	780	814	479	23 194
Anträge Presse, Rundfunk und Film	14 075	408	373	405	436	381	310	338	157	16 883
Anträge Forschung und Medien gesamt	30 568	1 264	1 323	1 361	1 432	1 251	1 090	1 152	636	40 077
Summe	6 970 558	78 061	75 370	68 969	63 971	59 696	44 815	48 060	27 538	7 437 038

2 Wichtige Funktionsträger (parlamentarische Mandatsträger, kommunale Wahlbeamte, leitende Funktionsträger im Sport, Berufsrichter, ehrenamtliche Richter u. a.) sowie weitere Ersuchen (Mitarbeiter von Aufarbeitungseinrichtungen, Ordensangelegenheiten u. a.)

Anhang 5

Neuerscheinungen des Stasi-Unterlagen-Archivs im Berichtszeitraum

Alle Publikationen mit Angabe einer Schutzgebühr sind im Buchhandel oder direkt unter www.stasi-unterlagen-archiv.de bzw. telefonisch unter 030 18 655-7777 erhältlich.

Publikationen ohne Preisangabe sind nur über den Buchhandel lieferbar.

Die DDR im Blick der Stasi. Die geheimen Berichte an die SED-Führung. Herausgegeben von Daniela Münkkel

Erschienen sind die Auswahleditionen im Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen (nur über den Buchhandel zu beziehen). Die Edition der vollständigen Jahrgänge findet sich unter www.ddr-im-blick.de.

Mark Schiefer/Martin Stief (Bearb.): Die DDR im Blick der Stasi 1983. Die geheimen Berichte an die SED-Führung, 320 S., mit Online-Zugriff auf die Jahrgangsdatenbank, Göttingen 2021, ISBN 978-3-525-31734-1

Ann-Kathrin Reichardt/Martin Stief (Bearb.): Die DDR im Blick der Stasi 1959. Die geheimen Berichte an die SED-Führung, 320 S., mit Online-Zugriff auf die Jahrgangsdatenbank, Göttingen 2022, ISBN 978-3-525-31124-0

Ronny Heidenreich (Bearb.): Die DDR im Blick der Stasi 1971. Die geheimen Berichte an die SED-Führung, 320 S., mit Online-Zugriff auf die Jahrgangsdatenbank, Göttingen 2022, ISBN 978-3-525-35226-7

Daniela Münkkel (Bearb.): Herbst '89 im Blick der Stasi. Die geheimen Berichte an die SED-Führung, 191 S., 5. Aufl., Berlin 2022, ISBN 978-3-946572-60-2 (kostenlos beim Stasi-Unterlagen-Archiv erhältlich)

Analysen und Dokumente – Wissenschaftliche Reihe des Stasi-Unterlagen-Archivs im Bundesarchiv

(Nur über den Buchhandel zu beziehen.)

Erschienen im Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen (alle Titel sind auch als E-Book verfügbar unter www.vandenhoeck-ruprecht-verlage.com)

Band 57 | Tytus Jaskułowski: Von einer Freundschaft, die es nicht gab. Das Ministerium für Staatssicherheit der DDR und das polnische Innenministerium 1974–1990, 464 S., Göttingen 2020, ISBN 978-3-525-36761-2

Band 58 | Douglas Selvage/Georg Herbstritt (Hg.): Der „große Bruder“. Studien zum Verhältnis von KGB und MfS 1958 bis 1989, 364 S., Göttingen 2022, ISBN 978-3-525-31733-4

Band 59 | Anita Krätzner-Ebert: Dimensionen des Verrats. Politische Denunziation in der DDR, 287 S., Göttingen 2023, ISBN 978-3-525-30214-9

MfS-Handbuch: Anatomie der Staatssicherheit – Geschichte, Struktur, Methoden

(Über den Buchhandel bzw. das Stasi-Unterlagen-Archiv zu beziehen; alle Titel des Handbuchs sind auf www.stasi-unterlagen-archiv.de kostenlos als PDF abrufbar.)

Roland Wiedmann/Martin Erdmann: Bezirksverwaltung und Kreisdienststellen des MfS Neubrandenburg 1989, 287 S., Berlin 2022, Schutzgebühr 5,00 €, ISBN 978-3-946572-53-4

BF informiert

(Über den Buchhandel bzw. das Stasi-Unterlagen-Archiv zu beziehen.)

Band 30 | Martin Stief: Desertionen im geteilten Berlin. Bekämpfung von Fahnenfluchten aus den Reihen der Bereitschaftspolizei im Jahr des Mauerbaus, 98 S., 2. durchges. Aufl., Berlin 2022, Schutzgebühr 2,50 €, ISBN 978-3-946572-21-3

Band 34 | Christian Adam u. a.: Sperrgebiete in der DDR. Ein Atlas von Standorten des MfS, des MdI, des MfNV und der GSSD, 160 S., 4. Aufl., Berlin 2022, Schutzgebühr 10,00 €, ISBN 978-3-946572-32-9

Band 40 | Henry Leide: Auschwitz und Staatssicherheit. Strafverfolgung, Propaganda und Geheimhaltung in der DDR, 325 S., 3., erw. und überarb. Aufl., Berlin 2021, Schutzgebühr 5,00 €, ISBN 978-3-946572-29-9 (auch in englischer Sprache erhältlich)

Band 44 | Helmut Müller-Enbergs: Geschichte der HV A und ihrer Militärspionage. Analysen und Fallstudien, 143 S., Berlin 2021, Schutzgebühr 5,00 €, ISBN 978-3-946572-30-5

Band 45 | Henry Leide: Auschwitz and the State Security – siehe unter „Fremdsprachige Veröffentlichungen“

Band 46 | Ronny Heidenreich (Hg.): Der 17. Juni 1953. Berichte über den Volksaufstand aus Ostberlin und Bonn. 3 Bde., Berlin 2023, Schutzgebühr 15,00 €, ISBN 978-3-946572-62-6

Dokumente (Reihe A) – (aufgegangen in der Reihe BF informiert)

(Über den Buchhandel bzw. das Stasi-Unterlagen-Archiv zu beziehen.)

Silke Schumann: Vernichten oder Offenlegen? Zur Entstehung des Stasi-Unterlagen-Gesetzes. Dokumentation der öffentlichen Debatte 1990/1991, 351 S., (Reihe A - Nr. 1/95), 3. Aufl., Berlin 2023, Schutzgebühr 5,00 €, ISBN 978-3-942130-39-4

noch Anhang 5

Stasi in der Region

(Über den Buchhandel oder das Stasi-Unterlagen-Archiv zu beziehen.)

Konstanze Soch zusammen mit Gabriele Camphausen (Hg.): Stasi in Berlin. Die DDR-Geheimpolizei in der geteilten Stadt, 196 S., Berlin 2021, Schutzgebühr 5,00 €, ISBN 978-3-946572-06-0

Peter Boeger (Hg.)/Elise Catrain (Hg.): Stasi in Thüringen. Die DDR-Geheimpolizei in den Bezirken Erfurt, Gera und Suhl, 168 S., 2., geringfügig korr. Aufl., Berlin 2022, Schutzgebühr 5,00 €, ISBN 978-3-946572-59-6

Einzelveröffentlichungen

(Über den Buchhandel und zum Teil über das Stasi-Unterlagen-Archiv zu beziehen.)

Roger Engelmann u. a.: Das MfS-Lexikon. Begriffe, Personen und Strukturen der Staatssicherheit der DDR, 440 S., 4. Aufl., Berlin 2021, ISBN 978-3-96289-139-8

Christian Halbrock: Tatort Stasi-Zentrale. Wer hat wo was entschieden?, 228 S., Berlin 2023, ISBN 978-3-946572-61-9

Kooperationsprojekte

(Über den Buchhandel und über das Stasi-Unterlagen-Archiv zu beziehen.)

Deutsches Zentrum Kulturgutverluste, Magdeburg/BStU (Hg.); Ralf Blum, Helge Heidemeyer, Arno Polzin: Auf der Suche nach Kulturgutverlusten. Ein Spezialinventar zu den Stasi-Unterlagen, 116 S., 2. erw. Aufl., Berlin 2021, Schutzgebühr 2,00 €, ISBN 978-3-946572-45-9

Ausstellungskataloge

BStU/ASTAK e. V. (ed.): Staatssicherheit in der SED-Diktatur. Katalog zur Dauerausstellung. Berlin 2021, Schutzgebühr 15,00 €, ISBN 978-3-946572-48-0 *(auch in englischer und spanischer Sprache erhältlich)*

Fremdsprachige Veröffentlichungen

Daniela Münkler (Éditeur): La Sécurité de l'État. Un livre sur la police secrète de la RDA, 206 p., Berlin 2021, Frais de protection 5,00 €, ISBN 978-3-946572-55-8

Daniela Münkler (Ed.): Seguridad del Estado. Un libro de lecturas sobre la policía secreta de la RDA, 204 p., Berlin 2021, Tarifa simbólica 5,00 €, ISBN 978-3-946572-54-1

Access to Secrecy. Exhibition on the Stasi Records Archive, 192 S., Berlin 2021, nominal fee 7,00 €, ISBN 978-3-946572-52-7

BStU/ASTAK e. V. (ed.): State Security in the SED Dictatorship. Catalogue to the permanent exhibition. Berlin 2021, nominal fee 15,00 €, ISBN 978-3-946572-49-7

BStU/ASTAK e. V. (ed.): La Seguridad del Estado durante la dictadura del SED. Catálogo de la exposición permanente. Berlin 2021, Tarifa simbólica 15,00 €, ISBN 978-3-946572-56-5

Henry Leide: Auschwitz and the State Security. Prosecution, Propaganda and Secrecy in the GDR (= BF informiert 45/2022), Berlin 2022, nominal fee 5,00 €, ISBN 978-3-946572-31-2

Act regarding the Records of the State Security Service of the former German Democratic Republic (Stasi Records Act), Berlin 2022, free of charge

Kostenlose Behördenpublikationen

(Über das Stasi-Unterlagen-Archiv zu beziehen.)

Gesetz über die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (Stasi-Unterlagen-Gesetz – StUG) vom 20. Dezember 1991, Berlin 2021 *(auch in englischer Sprache erhältlich)*

Abkürzungsverzeichnis: Häufig verwendete Abkürzungen und Begriffe des Ministeriums für Staatssicherheit, 129 S., 13., geringfügig korr. Aufl., Berlin 2022, ISBN 978-3-946572-58-9

Eine Gesamtübersicht aller lieferbaren Publikationen des Stasi-Unterlagen-Archivs mit Nachweis der Bestellmöglichkeiten ist auf der Homepage des Stasi-Unterlagen-Archivs unter <https://www.stasi-unterlagen-archiv.de/informationen-zur-stasi/publikationen/abrufbar>.

Die Online-Publikationen des Bundesarchivs sind zu finden unter <https://www.bundesarchiv.de/DE/Navigation/Finden/Publikationen-Bundesarchiv/publikationen-bundesarchiv.html>

Anhang 6

Veranstaltungen des wissenschaftlichen Kolloquiums

Datum	Referent/Referentin	Thema
20.10.2021	Dr. Ronny Heidenreich	Spionage, Kalter Krieg und deutsche Teilung
01.12.2021 (online)	Dr. Sebastian Stude	Kriminalität und Kriminalisierung – „Rowdytum“ und „Rowdys“ im Bezirk Potsdam 1968–1989
12.01.2022 (online)	Dr. Tobias Wunschik	Flucht aus der DDR. Die Bestrafung „ungesetzlicher Grenzübertritte“
27.04.2022	Sebastian Richter	Recht als Mittel, Fassade und Problem: Steuerungsmöglichkeiten des MfS in politischen Strafverfahren der DDR
18.05.2022	László Strausz	Vom Affekt zum Instrument: die Propagandafilme des ungarischen Innenministeriums zwischen 1955–1989
22.06.2022	Prof. Dr. Sophia Hoffmann	Die Beziehungen zwischen deutschen und arabischen Nachrichtendiensten während des Kalten Krieges: der Bundesnachrichtendienst und das Ministerium für Staatssicherheit im Vergleich
12.10.2022	Dr. Thomas Wolf	Die Gründung des BND in der Ära Adenauer
23.11.2022	Dr. Acelya Bakir	Inszenieren und Mobilisieren: Die Kampagnen zu den Moskauer Schauprozessen, 1936–1938
11.01.2023	Dr. Ronny Heidenreich	Der Volksaufstand vom 17. Juni 1953 im Spiegel des Bundesarchivs. Einblicke in eine Sonderedition des Stasi-Unterlagen-Archivs
10.05.2023	Dr. Kerstin Hohner	Der Hinstorff Verlag Rostock im Spiegel der Stasi-Akten
07.06.2023	Dr. Ronny Heidenreich	17. Juni 1953. Berichte über den Volksaufstand aus Ostberlin und Bonn

Anhang 7.1**Veranstaltungen im Bundesland Brandenburg – Außenstellen Cottbus (im Aufbau) und Frankfurt (Oder)**

Bürgerberatungstage in der Region: 22, davon 7 mit Beteiligung der Beauftragten des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur (LAKD). Daneben werden Bürgerberatungen regelmäßig bei den Veranstaltungen der Außenstellen angeboten (siehe unten).

Archivführungen: 18**Aktionstage (mit Vorträgen, Podiumsgesprächen, Filmvorführungen, Führungen, Bürgerberatung usw.):**

– Tag der offenen Tür am 25.06.2022 in der Außenstelle Frankfurt (Oder)

Weitere Veranstaltungen:

Datum	Titel	Format / Inhalt	VA ¹
26.04.2022	Paketmarder	Vortrag von Dr. Konstanze Soch (Bundesarchiv) zur Kontrolle des innerdeutschen Päckchen- und Paketverkehrs durch die Stasi.	Cb
12.05.2022	Stasi in Brandenburg	Vortrag von Dr. Konstanze Soch (Bundesarchiv) in der Reihe „Abends im Archiv“; Vorstellung der Länderbroschüre des Bundesarchivs/Stasi-Unterlagen-Archivs.	F
17.05.2022 14.06.2022	Kindheit im Heim	Vorstellung des Buchs „Die Weggesperrten“ mit den Autoren Grit und Niklas Poppe zu Spezialheimen der Jugendhilfe in der DDR und dem Blick der Stasi auf diese Einrichtungen.	F
31.05.2022	Vernichtung von Stasi-Akten	Vortrag von Dr. Roger Engelmann (Bundesarchiv) zu Aktenvernichtungen des MfS während des politischen Umbruchs 1989/90.	Cb
12.06.2022	Ständige Ausreise	Vorstellung des Buchs „Ständige Ausreise – Schwierige Wege aus der DDR“ und Gespräch mit den Herausgebern Jana Göbel (Redakteurin rbb) und Matthias Meissner (freier Journalist).	F ²
16.08.2022 11.10.2022	Abhörtechniken des MfS	Vortrag von Detlev Vreisleben (Ingenieur der Nachrichtentechnik im Ruhestand).	F
18.08.2022	Auf der Suche nach Kulturgutverlusten	Nicht nur in der NS-Zeit wurden wertvolle Kunstobjekte ihren Besitzern entzogen, sondern auch in der SBZ und der DDR. Die Autoren der gleichnamigen Studie, Ralf Blum und Arno Polzin (Bundesarchiv), berichteten in der Reihe „Abends im Archiv“ über ihre Suche nach Belegen für solche Kulturgutentziehungen und -transfers in den Stasi-Unterlagen.	F
11.09.2022	Der Fall Erwin Hagedorn und die Stasi	Vorstellung des Buchs „Blutausch – Der Fall Erwin Hagedorn“ mit Marko Kregel (Regisseur und Autor) zu einem der berühmtesten Kriminalfälle der DDR-Geschichte.	F ²
30.08.2022 20.10.2022	Vom Scheitern der kybernetischen Utopie – Die Entwicklung von Überwachung und Informationsverarbeitung im MfS	Vortrag von Dr. Christian Booß (Historiker, Journalist) in der Reihe „Abends im Archiv“.	Cb F
06.09.2022 13.11.2022	Stellt die Bürger ruhig	Vortrag von Dr. Martin Stief (Bundesarchiv), der am Beispiel der Umweltzerstörung im Chemierevier Halle-Bitterfeld zeigte, wie das MfS Umweltprobleme zu vertuschen half.	F F ²

1 VA: Veranstaltende Außenstelle (F=Frankfurt (Oder); Cb=Cottbus)

2 Besuchertag in der Gedenk- und Dokumentationsstätte „Opfer politischer Gewaltherrschaft“ (Veranstaltungsreihe in Kooperation)

noch Anhang 7.1

Datum	Titel	Format / Inhalt	VA ¹
27.09.2022 16.02.2023 30.05.2023	Die Rolle des MfS in der politischen Strafverfolgung	Vortrag von Sebastian Richter (Bundesarchiv) in der Reihe „Abends im Archiv“.	Cb F Cb
29.11.2022	Geheimpolizeiliche Stimmungsberichte in der DDR	Vortrag von Dr. Henrik Bispinck (Bundesarchiv) zu den geheimen Stimmungsberichten der Stasi an die SED-Führung.	Cb
25.04.2023	Lindenberg, Springsteen und die DDR-Fans, Westliche Musiker im Visier der Stasi	Vortrag von Thomas Purschke (Journalist) zur Überwachung von Konzerten westlicher Musiker in der DDR durch die Stasi.	Cb
11.05.2023	Willy Brandt und die Stasi	Vortrag von Prof. Dr. Daniela Münkel (Bundesarchiv) in der Reihe „Abends im Archiv“ zur Überwachung Willy Brandts durch die Stasi und zu deren Rolle beim Misstrauensvotum im Deutschen Bundestag 1972.	F
11.06.2023 27.06.2023	Der 17. Juni 1953 in der Region Frankfurt (Oder)	Vortrag von Dr. Ronny Heidenreich (Bundesarchiv), Vorstellung der Edition „Der 17. Juni 1953. Berichte über den Volksaufstand aus Ostberlin und Bonn“.	F
27.06.2023	Das Kernkraftwerk Rheinsberg und die Stasi	Vortrag und Vorstellung des Buchs „Roter Strom. Die Geschichte des Kernkraftwerks Rheinsberg 1956–2000“ mit Autor Dr. Sebastian Stude (Historiker).	Cb

Anhang 7.2**Veranstaltungen im Bundesland Mecklenburg-Vorpommern – Außenstellen Neubrandenburg, Rostock, Schwerin**

Bürgerberatungstage in der Region: 27, davon **3** mit Beteiligung der Landesbeauftragten für Mecklenburg-Vorpommern für die Aufarbeitung der SED-Diktatur (LAMV). Daneben werden Bürgerberatungen regelmäßig bei den Veranstaltungen der Außenstellen angeboten (siehe unten).

Archivführungen: 88

Beteiligung an bundes- oder landesweiten sowie städtischen Veranstaltungen mit vielfältigen themenbezogenen Programmen (Vorträge, Ausstellungen, Filmvorführungen, Gesprächsrunden, Archivführungen, Bürgerberatung, Informationsangebote u. v. m.)

- Tag der Archive am 05./06.03.2022 unter dem Motto „Fakten, Geschichten, Kurioses“; aufgrund der Corona-Pandemie als Online-Angebot: Außenstelle Neubrandenburg „Die Stasi und die Wahlfälschung 1989“, Außenstelle Rostock „Rassismus im DDR-Alltag“, Außenstelle Schwerin „Kriegshetze‘ in der Streichholzschachtel“ – siehe auch <https://www.stasi-unterlagen-archiv.de/archiv/tag-der-archive/>
- Tag der offenen Tür des Landtages Mecklenburg-Vorpommern am 19.06.2022 (Ausstellungs-, Beratungs- und Informationsangebot der Außenstelle Schwerin)

Aktionstage (mit Vorträgen, Zeitzeugengesprächen, Ausstellungen, Führungen usw.):

- Tag der offenen Tür am 17.07.2021 und 25.06.2022 (Außenstelle Schwerin) sowie am 13.11.2022 (Außenstelle Rostock)
- Aktionstag Lindenberg am 28.06.2022 (Außenstelle Neubrandenburg)

Weitere Veranstaltungen:

Datum	Titel	Format / Inhalt	VA ¹
01.07.2021 01.10.2021 18.10.2022 21.03.2023	Ostseeflüchtlinge im Stasi-Visier	Vortrag von Dr. Volker Höffer (Bundesarchiv) zum Grenzregime an der DDR-Ostseeküste, zur Fluchtbewegung und den vielfältigen Fluchtmethoden und -mitteln.	R
14.07.2021 09.11.2022	Warnemünde geheim. Stasi-Stadt-Geschichte(n)	Vortrag von Dr. Michael Heinz (Bundesarchiv) zur Überwachung des Gästehauses „Stolteraa“ der SED-Bezirksleitung Rostock, der Volksmarine in Hohe Düne und der Ingenieurhochschule für Seefahrt Warnemünde-Wustrow (2021); zu Opposition und Widerstand unter dem Dach der Warnemünder Kirchen, der Versorgungslage, der Ausreisewelle der 1980er-Jahre sowie zur Friedlichen Revolution (2022). Kooperation mit dem Heimatmuseum Warnemünde.	R
21.07.2021	DDR-Nobelherberge im Visier. Das Hotel „Neptun“ im Spiegel der Stasi-Akten	Filmvorführung „Hotel der Spione“; Vortrag und Gespräch mit der Autorin Friederike Pohlmann und Dr. Volker Höffer (Bundesarchiv) anlässlich des 50. Jahrestages der Eröffnung des Warnemünder Hotels „Neptun“.	R
28.08.2021	Umgang mit „Umsiedlern“	Vortrag von Dr. Konstanze Soch (Bundesarchiv) in der Reihe „Samstag im Archiv“. Obwohl die SED 1953 die vollständige Integration von Flüchtlingen und Vertriebenen verkündete, blieben sie im Visier des MfS. Sie galten als sicherheitspolitisches Problem und Störfaktor für die Beziehungen zu den östlichen Nachbarn.	S

¹ VA: Veranstaltende Außenstelle (N=Neubrandenburg; R=Rostock, S=Schwerin)

noch Anhang 7.2

Datum	Titel	Format / Inhalt	VA ¹
19.09.2021	Der Blick der Stasi. Fotografien aus dem Archiv des MfS	Vortrag von Dr. Philipp Springer (Bundesarchiv) in der Reihe „Samstag im Archiv“ zur fotografischen Hinterlassenschaft des MfS mit Analysen zur Entstehung und Funktion der Fotografien im Repressionssystem des MfS und Einblicken in die Bilderwelt der Stasi.	S
23.10.2021	Die Macht der verbotenen Bilder	Zeitzeugengespräch mit Siegbert Schefke (Journalist, Bürgerrechtler) und Martin Klähn (Politische Memoriale M-V e. V.; Mitbegründer Neues Forum) in der Reihe „Samstag im Archiv“. Schefke filmte am 9. Oktober 1989 heimlich die Montagsdemo in Leipzig, bei der mehr als 70 000 Menschen durch die Stadt zogen. Der Film wurde westlichen Medien zugespielt und einen Tag später in der ARD gezeigt. Damit sahen erstmals auch Millionen DDR-Bürger, was in ihrem Land vor sich ging.	S
02.11.2021 03.11.2021	Unterdrückt – Zerbrochen – Widerstanden – Schicksale in Ostdeutschland 1945–1989	Die Geschichte des DDR-Bluesmusikers Harro Hübner. Zeitzeugengespräch mit Präsentation von Auszügen aus Stasi-Akten und anschließendem Live-Konzert.	R
29.03.2022	Für klare Luft und sauberes Wasser	Vortrag von Dr. Michael Kreuzberg (Biologe, DDR-Umwelt-Aktivist und erster Rostocker Umweltsenator) zu den Ergebnissen seiner mehrjährigen Archivstudien zur Umweltbewegung und deren Überwachung durch die Stasi im Bezirk Rostock.	R
27.04.2022	Die Kalten Ringe. Mit einer gesamtdeutschen Mannschaft zu den Olympischen Spielen 1964 in Tokio	Filmvorführung und Gespräch mit Dr. Juliane Lanz (Uni Rostock), Thomas Grimm (Filmemacher), Dr. Rene Wiese (Zentrum für deutsche Sportgeschichte Berlin) und Dr. Volker Höffer (Bundesarchiv) zur Auswahl und Überwachung der DDR-Sportler in der letzten gesamtdeutschen Olympiamannschaft.	R
18.06.2022	Auf der Suche nach Kulturgutverlusten	Nicht nur in der NS-Zeit wurden wertvolle Kunstobjekte ihren Besitzern entzogen, sondern auch in der SBZ und der DDR. Die Autoren der gleichnamigen Studie, Ralf Blum und Arno Polzin (Bundesarchiv), berichten in der Reihe „Samstag im Archiv“ über ihre Suche nach Belegen für solche Kulturgutentziehungen und -transfers in den Stasi-Unterlagen.	S
28.06.2022	Rechtsextremismus im Bezirk Rostock im Spiegel der Stasi-Akten	Vortrag von Dr. Volker Höffer (Bundesarchiv), der anhand von umfanglichem Aktenmaterial der Stasi analysierte, inwieweit die fremdenfeindlichen Ausschreitungen in Rostock Lichtenhagen 1992 auch in den Entwicklungen in der DDR bis 1989 wurzelten. Kooperation mit der Uni Rostock.	R
30.06.2022	Der Hinstorff-Verlag im Spiegel der Stasi-Akten	Vortrag und Gespräch mit Dr. Kerstin Hohner (Germanistin) zur Überwachung des Rostocker Hinstorff-Verlages, der für die Stasi als „Sammelbecken schwankender und negativer Schriftsteller“ ab Anfang der 1970er-Jahre ein Schwerpunkt der operativen Arbeit war.	R
05.07.2022	Die Deutsche Seerederei im Spiegel der Stasi-Akten	Die im Juli 1952 gegründete Deutsche Seerederei stellte für das MfS wegen des engen Kontakts zum Westen und der möglichen Angriffsziele für Spionage und Sabotage ein Sicherheitsrisiko dar. Schiffe, Häfen und Mitarbeitende wurden umfangreich überwacht. Vortrag von Dr. Franziska Cammin (Historikerin).	R
31.08.2022	Der „große Bruder“	Vortrag und Vorstellung des Sammelbandes von Dr. Douglas Selvage (Bundesarchiv) zum Verhältnis von MfS und KGB 1958 bis 1989 und zur Präsenz des KGB in der DDR.	R

noch Anhang 7.2

Datum	Titel	Format / Inhalt	VA ¹
20.08.2022	1961 – Die DDR im Blick der Stasi	Vortrag von Prof. Dr. Daniela Münkkel (Bundesarchiv) in der Reihe „Samstag im Archiv“ zur Edition der geheimen Berichte der Stasi an die SED-Führung aus dem Jahr 1961.	S
07.09.2022	Eine Diktatur vor Gericht. Erinnerungen des Richters von Honecker und Mielke	Vortrag von Hansgeorg Bräutigam zu seinen Erinnerungen und Erfahrungen bei der strafrechtlichen Aufarbeitung, zu Möglichkeiten und Grenzen der juristischen Verfolgung von Diktaturverbrechen und -unrecht.	N
24.09.2022	Stintenburg im Schaalsee	Vortrag von Dr. Wolf Karge (freier Publizist) in der Reihe „Samstag im Archiv“ zur Zentralschule für Grenzaufklärer des MfS, die sich von 1973-1988 auf der Insel Stintenburg im Sperrgebiet nahe der innerdeutschen Grenze befand.	S
22.10.2022	Grenzenlos – Schweriner Aufbruch 1989	Filmvorführung in der Reihe „Samstag im Archiv“. Der Dokumentarfilm lässt die Geschehnisse des Wendejahres 1989 in Schwerin wiederaufleben. Schwerpunkte sind die Versammlungen in der Paulskirche und im Dom sowie die Demonstrationen gegen die SED.	S
25.01.2023	Vor 70 Jahren: Enteignungswelle an der Ostsee. Die „Aktion Rose“ 1953 in der DDR und die Stasi	Die als „Aktion Rose“ in die Geschichte eingegangene Enteignung privater Hotels und Pensionen an der DDR-Ostseeküste Anfang Februar 1953 war ein Meilenstein auf dem Weg zum Volksaufstand im Juni 1953. Vortrag von Dr. Christian Halbrock (Historiker).	R
23.03.2023	Der Militärstrafvollzug in Schwedt und die Disziplinierung von Wehrpflichtigen	Vortrag von Arno Polzin (Bundesarchiv) zum einzigen Militärgefängnis der DDR und der Rolle der Staatssicherheit im Strafvollzug.	N
15.04.2023	Ein Archiv des Alltags. Die Staatliche Filmdokumentation der DDR	Von 1970 bis 1986 hielt die Staatliche Filmdokumentation Aspekte des Lebens in der DDR fest, die in der offiziellen Darstellung kaum Erwähnung fanden. Allein zu Archivzwecken erstellt, blieben die Filme über Alltag, Wohnen und Arbeit der Menschen weitgehend frei von politischen Vorgaben. Der Vortrag von Jan Wetzel (Bundesarchiv) in der Reihe „Samstag im Archiv“ gab einen Einblick in den Filmbestand des Bundesarchivs.	S
04.05.2023	„Ich bin so gierig nach Leben“. Die Schriftstellerin Brigitte Reimann	Lesung und Vortrag von Prof. Dr. Carsten Gansel (Literaturwissenschaftler und Vorsitzender der Mecklenburgischen Literaturgesellschaft) zur Biografie der Autorin und ihrer Bespitzelung durch die Staatssicherheit.	N
13.05.2023	Willy Brandt und die Stasi	Vortrag von Prof. Dr. Daniela Münkkel (Bundesarchiv) in der Reihe „Samstag im Archiv“ zur Überwachung Willy Brandts durch die Stasi und zu deren Rolle beim Misstrauensvotum im Deutschen Bundestag 1972.	S
07.06.2023	Der 17. Juni 1953 in der DDR. Volkspolizei See im Alarmzustand	Vortrag und Gespräch mit Dr. Ingo Pfeiffer (Historiker, Fregatkapitän a. D.) zum Einsatz der Marine im Zusammenhang mit den Ereignissen des Volksaufstands am 17. Juni 1953.	R
09.06.2023	Der Volksaufstand vom 17. Juni 1953	Vortrag von Dr. Ronny Heidenreich (Bundesarchiv), Vorstellung der Edition „Der 17. Juni 1953. Berichte über den Volksaufstand aus Ostberlin und Bonn“.	N

noch Anhang 7.2

Datum	Titel	Format / Inhalt	VA¹
17.06.2023	Flucht- und Ausreisebewegung als Krisenphänomene: 1953 und 1989 im Vergleich	Der Volksaufstand vom 17. Juni 1953 und die Ereignisse vom Herbst 1989 stellten die größten Krisen für das SED-Regime dar. Beide gingen mit einem starken Anstieg der Fluchtbewegung aus der DDR einher. Der Vortrag von Dr. Henrik Bispinck (Bundesarchiv) verglich das Wechselverhältnis zwischen Protest im Innern und der Abwanderung.	S
17.06.2023	Volksaufstand an der Ostsee. Der Juni 1953 und die Stasi	Dr. Michael Heinz (Bundesarchiv) warf einen Gesamtblick auf die „Juni-Ereignisse“ 1953 im Bezirk Rostock und ordnete sie in den DDR-weiten Kontext ein. Dabei stellte er neben Akten der Stasi regional relevante Unterlagen aus dem Bundesarchiv und dem Landeshauptarchiv Mecklenburg-Vorpommern vor.	R

Anhang 7.3

Veranstaltungen im Bundesland Sachsen – Außenstellen Chemnitz, Dresden, Leipzig

Bürgerberatungstage in der Region: 29, davon **18** mit Beteiligung der Sächsischen Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur (LASD). Daneben werden Bürgerberatungen regelmäßig bei den Veranstaltungen der Außenstellen angeboten (siehe unten).

Archivführungen: 232¹

Beteiligung an bundes- oder landesweiten sowie städtischen Veranstaltungen mit vielfältigen themenbezogenen Programmen (Vorträge, Ausstellungen, Filmvorführungen, Gesprächsrunden, Archivführungen, Bürgerberatung, Informationsangebote u. v. m.)

- Tag der Archive am 05./06.03.2022 unter dem Motto „Fakten, Geschichten, Kurioses“; aufgrund der Corona-Pandemie als Online-Angebot: Außenstelle Chemnitz „Ein Kronkorken unter Sabotageverdacht“, Außenstelle Dresden „Boofen – Unsere kleine Freiheit“, Außenstelle Leipzig „Rundgang durch das Archiv“ – siehe auch <https://www.stasi-unterlagen-archiv.de/archiv/tag-der-archive/>
- Museumsnächte: 13.05.2023 (Chemnitz), 24.07.2021 und 07.07.2022 (Dresden) sowie 07.05.2022 und 06.05.2023 (Leipzig)
- „Nacht der offenen Tür“ in der Außenstelle Leipzig im Rahmen des Leipziger „Lichtfestes“ am 09.10.2021 und 09.10.2022

Weitere Veranstaltungen²:

Datum	Titel	Format / Inhalt	VA ³
17.06.2021	Stasi-Akten (neu-)entdeckt. Digitale Formate, Archivpraxis, Forschungsthemen	Workshop zu Möglichkeiten, das Wirken der Stasi anhand digitaler Formate zu erkunden; Tipps für Recherche und Antragstellung zu Forschungszwecken; Informationen über das Stasi-Unterlagen-Archiv; Stationen und Beispielakten zur Geschichte der Stasi und ausgewählten Themen.	D
19.10.2021	„Geheim!“ Stasi an der TU Dresden. Eine virtuelle Spurensuche	Vorstellung der von der TU Dresden gemeinsam mit dem Stasi-Unterlagen-Archiv Dresden entwickelten App zur Spurensuche am authentischen Ort; Einblicke in die technische Erstellung der App (Prof. Dr. Gumhold und Team, TU Dresden); geführter Rundgang zu ausgewählten Stationen (Dr. Maria Fiebrandt, Bundesarchiv).	D
04.06.2022	Our Darkness. Gruftis und Waver in der DDR	Vortrag und Buchvorstellung von Autor Sascha Lange, der für sein gleichnamiges Buch umfassend in Stasi-Unterlagen recherchiert hat.	L
15.06.2022	„Akten schreiben Geschichte“ – Aktenbestände, Recherchemöglichkeiten und Nutzung im Bundesarchiv	Archivworkshop mit Evelyn Grünspek (Bundesarchiv) anlässlich der Eingliederung des Stasi-Unterlagen-Archivs in das Bundesarchiv. Überblick über Bestände und Benutzungsbedingungen des Bundesarchivs, Beantwortung von Fragen zu Recherche, Anonymisierung, Veröffentlichungsgenehmigungen sowie Bild- und Tonrechten.	D
12.07.2022	Der „große Bruder“	Vortrag und Vorstellung des Sammelbandes von Dr. Douglas Selvage (Bundesarchiv) zum Verhältnis von MfS und KGB 1958 bis 1989 und zur Präsenz des KGB in der DDR.	L

1 Wegen des Umzugs der Außenstelle Chemnitz fanden im Berichtszeitraum Archivführungen erst ab der Eröffnung der neuen Liegenschaft am 13.05.2023 statt.

2 In der Außenstelle Chemnitz konnten im Berichtszeitraum wegen des Umzugs in eine neue Liegenschaft nur sehr begrenzt Veranstaltungen angeboten werden.

3 VA: Veranstaltende Außenstelle (C=Chemnitz; D=Dresden, L=Leipzig)

noch Anhang 7.3

Datum	Titel	Format / Inhalt	VA ³
14.07.2022	Zersetzung – Repressionsmethode der Stasi	Vortrag von Sandra Meier (Bundesarchiv) und Dr. Steffi Lehmann (wissenschaftliche Mitarbeiterin Lern- und Gedenkort Kaßberg-Gefängnis e. V.) zu den „Zersetzungsmaßnahmen“ der Staatssicherheit am Beispiel von Jugendlichen.	C
11.09.2022 05.03.2023	Die Topographie der Sicherheit	Rundgang mit Historiker Heiko Neumann durch das ehemalige Areal der Staatssicherheit am Dresdner Elbhang; Vorstellung ausgewählter Standorte der Stasi und des sowjetischen Geheimdienstes rund um die Bautzner Straße auf der Grundlage von Stasi-Akten.	D
29.09.2022	Zwischen Stasi-Überwachung und Aufbruch. Die Dresdner Neustadt 1989/90	Dokumentarfilm „Auf der Suche nach der verlorenen Stadt“ (DDR 1990) über die besondere Stimmung in der Dresdner Neustadt 1989/90 und Gespräch mit Regisseur Thomas Claus.	D
27.10.2022	„Mein Gott, Walter!“ Der Dynamotrainer Walter Fritsch als Chronist	Vortrag von Journalist Uwe Karte, der die in Tagebüchern, Skizzen und Beschreibungen festgehaltenen Erlebnisse des als „Meistertrainer“ des FC Dynamo Dresden bekannten Walter Fritsch (1920–1997) um Stasi-Unterlagen ergänzt und zu einem „Tagebuch für Walter Fritsch“ zusammengestellt hat.	D
19.11.2022	Der Blick der Staatssicherheit. Fotografien aus dem Archiv des MfS	Vortrag von Dr. Philipp Springer (Deutsches Historisches Museum) zur fotografischen Hinterlassenschaft des MfS mit Analysen zur Entstehung und Funktion der Fotografien im Repressionssystem des MfS und Einblicken in die Bilderwelt der Staatssicherheit.	L
27.04.2023	„Im Namen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken ...“	Vortrag von Dr. Bert Pampel (Projektleiter der Dokumentationsstelle Dresden) zu den Sowjetischen Militärtribunalen in Dresden und den Schicksalen der Verurteilten; Vorstellung erster Ergebnisse des Forschungsprojektes.	D
27.04.2023	Die DDR im Blick der Stasi 1971. Die geheimen Berichte an die SED-Führung und Der Volksaufstand vom 17. Juni 1953 im Spiegel des Bundesarchivs	Buchvorstellungen und Podiumsgespräche im Rahmen der Leipziger Buchmesse; Referenten: Prof. Dr. Daniela Munkel und Dr. Ronny Heidenreich (Bundesarchiv) sowie Dr. Jens Schöne (stellvertretender Berliner Beauftragter zur Aufarbeitung der SED-Diktatur).	L
13.05.2023	Offizielle Eröffnung des Stasi-Unterlagen-Archivs Chemnitz am neuen Standort	Festakt mit anschließendem Gesprächspanel „Archivierte Diktatur – Gelebte Demokratie“ mit Prof. Dr. Michael Hollmann (Bundesarchiv), Peter Wellach (beier+wellach projekte), Werner Rellecke (Sächsische Landeszentrale für politische Bildung) und Dr. Ulf Thiel (Sächsischer Geschichtslehrerverband); später vielfältiges Programm im Rahmen der Museumsnacht.	C
16.05.2023	Operativer Vorgang „Sadist“. Der NS-Täter Henry Schmidt und die Stasi	Als Leiter des Referates für Juden, Kirchen und Sekten bei der Dresdner Gestapo war Henry Schmidt ab 1942 maßgeblich für die Umsetzung der „Endlösung der Judenfrage“ in Dresden verantwortlich. 1986 wurde er nach umfangreichen Ermittlungen der Stasi verhaftet und 1987 zu lebenslanger Haft verurteilt. Der Rundgang mit Sonja Kaeten (Vorstand Zentralwerk e. V.) führte zu den in den Stasi-Unterlagen benannten historischen Orten der Verbrechen in Dresden.	D

noch Anhang 7.3

Datum	Titel	Format / Inhalt	VA³
27.05.2023	Betreten auf eigene Gefahr. Punk im Osten	Vortrag und Buchvorstellung von Anne Hahn und Frank Willmann zu ihrem Sammelband „negativ-dekadent“ zum Punk in der DDR, mit Texten von Ex-Punks und Leuten aus deren Umfeld.	L
13.06.2023	17. Juni 1953. Berichte aus Ostberlin und Bonn	Vortrag von Dr. Ronny Heidenreich (Bundesarchiv), Vorstellung der Edition „Der 17. Juni 1953. Berichte über den Volksaufstand aus Ostberlin und Bonn“; gemeinsame Veranstaltung der drei sächsischen Außenstellen des Stasi-Unterlagen-Archivs zum 70. Jahrestag des Volksaufstandes.	C
29.06.2023	Die Häftlinge der U-Haftanstalt Bautzner Straße Dresden. Eine statistische Auswertung 1950 bis 1989	Vortrag von Dr. Klaus-Dieter Müller (Historiker) zur Auswertung der im Stasi-Unterlagen-Archiv Dresden verwahrten Häftlingsbücher und -karteikarten der Untersuchungshaftanstalt der Stasi in der Bautzner Straße in Dresden.	D

Anhang 7.4

Veranstaltungen im Bundesland Sachsen-Anhalt – Außenstellen Halle und Magdeburg

Bürgerberatungstage in der Region: 21, davon 4 mit Beteiligung der Beauftragten des Landes Sachsen-Anhalt zur Aufarbeitung der SED-Diktatur (LzA). Daneben werden Bürgerberatungen regelmäßig bei den Veranstaltungen der Außenstellen angeboten (siehe unten).

Archivführungen: 83

Beteiligung an bundes- oder landesweiten sowie städtischen Veranstaltungen mit vielfältigen themenbezogenen Programmen (Vorträge, Ausstellungen, Filmvorführungen, Gesprächsrunden, Archivführungen, Bürgerberatung, Informationsangebote u. v. m.)

- Tag der Archive am 05./06.03.2022 unter dem Motto „Fakten, Geschichten, Kurioses“; aufgrund der Corona-Pandemie als Online-Angebot: Außenstelle Halle „Eingesperrt im ‚Roten Ochsen‘“, Außenstelle Magdeburg „Tödliche Flugzeugentführung“ (siehe auch <https://www.stasi-unterlagen-archiv.de/archiv/tag-der-archive/>)
- EinheitsEXPO 2021 in Halle (Saale) mit verschiedenen Veranstaltungen vom 28. bis 30.09.2021 sowie einem Tag der offenen Tür in der Außenstelle Halle am 01.10.2021 (unter Beteiligung der Außenstellen Halle und Magdeburg)
- Fest der Begegnung zum Tag der Deutschen Einheit am 03.10.2021 und 03.10.2022 in Marienborn (Außenstelle Magdeburg)
- Museumsnacht am 06.05.2023 (Außenstelle Halle)
- Gedenkveranstaltungen zum 70. Jahrestag des 17. Juni 1953 am 17.06.2023 in Halle (Saale) und Magdeburg

Aktionstage (mit Vorträgen, Zeitzeugengesprächen, Ausstellungen, Führungen usw.):

- Tage der offenen Tür in der Außenstelle Halle am 01.10.2021 (im Rahmen der Einheits-EXPO) und 25.06.2022
- Tag der offenen Tür in der Außenstelle Magdeburg am 05.12.2022

Weitere Veranstaltungen:

Datum	Titel	Format / Inhalt	VA ¹
17.06.2022	Eine Putzfrau löst den Aufstand aus	Vortrag von Dr. Hans-Peter Löhn (Bundesarchiv) zum Ursprung und der Entwicklung des Volksaufstandes am 17. Juni 1953 in Halle (Saale).	H
17.09.2022	Punk in der DDR	Multimediale Lesung mit Live-Musik. Zeitzeuge Geralf Pochop berichtete von seinen Erfahrungen als Punk in der DDR.	H
06.10.2022 28.11.2022 05.12.2022 23.01.2023	Die jüngsten Opfer der Mauer	Filmvorführung und Gespräch mit Sylvia Nagel (Regisseurin) und Anja Falgowski (freie Journalistin) zu den minderjährigen Opfern an der Mauer und der deutsch-deutschen Grenze; Kooperationsveranstaltung der LzA mit den Außenstellen Halle und Magdeburg.	H M M M
24.11.2022	„Flüchtiges Glück“	Lesung und Gespräch mit Ulla Mothes, Autorin des gleichnamigen Romans.	H
27.04.2023	Solidarische Kirche in der DDR	Lesung und Gespräch mit Lothar Tautz (Autor und Mitbegründer des „Arbeitskreises Solidarische Kirche“) und Birgit Neumann-Becker (Beauftragte des Landes Sachsen-Anhalt zur Aufarbeitung der SED-Diktatur).	H

1 VA: Veranstaltende Außenstelle (H=Halle; M=Magdeburg)

Anhang 7.5

Veranstaltungen im Bundesland Thüringen – Außenstellen Erfurt, Gera, Suhl

Bürgerberatungstage in der Region: 91, davon 27 mit Beteiligung des Landesbeauftragten des Freistaats Thüringen zur Aufarbeitung der SED-Diktatur (ThLA). Daneben werden Bürgerberatungen regelmäßig bei den Veranstaltungen der Außenstellen angeboten (siehe unten).

Archivführungen: 212 ¹

Beteiligung an bundes- oder landesweiten sowie städtischen Veranstaltungen mit vielfältigen themenbezogenen Programmen (Vorträge, Ausstellungen, Filmvorführungen, Gesprächsrunden, Archivführungen, Bürgerberatung, Informationsangebote u. v. m.)

- Tag des offenen Denkmals: 11.09.2021 (Außenstelle Erfurt)
- Tag der Archive am 05./06.03.2022 unter dem Motto „Fakten, Geschichten, Kurioses“; aufgrund der Corona-Pandemie als Online-Angebot: Außenstelle Erfurt „Gardinenkrieg mit der Stasi“, Außenstelle Gera „Waghalsige Fluchtversuche mit selbstgebaute Fluggeräten“, Außenstelle Suhl „Katz-und-Maus-Spiel im Kalten Krieg“ – siehe auch <https://www.stasi-unterlagen-archiv.de/archiv/tag-der-archive/>
- Museumsnächte: 13.05.2022 und 05.05.2023 (Erfurt), 26.08.2022 (Gera)
- Petersbergfest in Erfurt 02.07.2022
- Feierlichkeiten zum Tag der Deutschen Einheit vom 01. bis 03.10.2022 in Erfurt: Beteiligung des Bundesarchivs am Bürgerfest mit insgesamt 37 Veranstaltungspunkten
- 18. Thüringentag in Schmalkalden vom 09. bis 11.06.2023 (Außenstellen Gera und Suhl)

Aktionstage (mit Vorträgen, Zeitzeugengesprächen, Ausstellungen, Führungen usw.):

- Tag der offenen Tür in der Außenstelle Gera am 11.03.2023 unter dem Motto „Deutsche Geschichte entdecken – Das Bundesarchiv stellt sich vor“
- „30 Jahre Einblick in die Stasi-Unterlagen“: 30.04.2022 (Außenstelle Gera), 04.05.2022 (Außenstelle Suhl) und 31.05.2022 (Außenstelle Erfurt)

Weitere Veranstaltungen²:

Datum	Titel	Format / Inhalt	VA ³
19.05.2021	Wir wollten anders sein – Unangepasste Jugendliche in der DDR und die langen Schatten der Repression	Online-Veranstaltung in Kooperation mit der Thüringer Staatskanzlei: – Dokumentarfilm „DDR 1987 – Jugendliche aus Jena“ von Peter Wensierski und Gespräch mit Zeitzeugen und in der Thüringer Aufarbeitungslandschaft aktiven Menschen; – Diskussionsrunde zur Aufarbeitung der SED-Diktatur in Thüringen mit Ministerpräsident Bodo Ramelow, Roland Jahn (BStU) und Dr. Henning Pietzsch (Mitglied AG Domaschk).	E
18.08.2021 19.08.2021	Wo die Stasi Urlaub machte	Vortrag von Sascha Münzel (Bundesarchiv) in der Reihe „Geschichte lesen“ zur Organisation des Ferienwesens in der DDR und beim MfS; Vorstellung u. a. von MfS-Ferienheimen im ehemaligen Bezirk Suhl.	U

1 In der Außenstelle Suhl fanden im Berichtszeitraum keine Archivführungen statt (zunächst zur Eindämmung der Corona-Pandemie, ab 2022 wegen Bauarbeiten).

2 In der Außenstelle Suhl fanden im ersten Halbjahr 2023 u. a. wegen Bauarbeiten keine Veranstaltungen statt.

3 VA: Veranstaltende Außenstelle (E=Erfurt; G=Gera, U=Suhl)

noch Anhang 7.5

Datum	Titel	Format / Inhalt	VA ³
28.10.2021	Die Grenzinformationsstellen in der Bundesrepublik im Spiegel der Stasi-Akten	Vortrag von Sascha Münzel (Bundesarchiv) zu entlang der innerdeutschen Grenze eingerichteten westdeutschen Grenzinformationsstellen, die Bürger der Bundesrepublik über das Grenzregime der DDR informierten.	U
09.11.2021 11.11.2021	Fundstücke. Objekte aus der Überlieferung der Stasi	Vortrag von Sascha Münzel (Bundesarchiv) in der Reihe „Geschichte lesen“ zu 3D-Objekten der BV Suhl, die Einblicke in Arbeit, Organisation und Selbstverständnis der Suhler Stasi geben.	U
21.04.2022	Operative Personenkontrolle „Sonne“	Vortrag und Szenische Lesung in der Reihe „Abends im Archiv – Akten erzählen Geschichte“ in Kooperation mit der Volkshochschule Erfurt.	E
28.04.2022	Geheime Kommunikation und Kryptografie in Deutschland während des Kalten Krieges	Vortrag von Detlev Vreisleben (Ingenieur der Nachrichtentechnik im Ruhestand) zu verborgenen Nachrichtenübermittlungen der Geheimdienste in Ost und West.	E
16.06.2022	Doping im DDR-Radsport	Vortrag von Thomas Purschke (Journalist) in der Reihe „Stasi-Akte spezial“; Vorstellung der Ergebnisse seiner Recherchen im Stasi-Unterlagen-Archiv.	E
23.06.2022	Konspirative Objekte der Stasi im DDR-Bezirk Suhl	Vortrag von Sascha Münzel (Bundesarchiv) zu geheimen Trefforten, legendierten Beobachtungstützpunkten und Diensträumen der Stasi im Bezirk Suhl.	U
13.09.2022 15.09.2022	Hans Albrecht im Spiegel der Stasi-Akten	Vortrag von Sascha Münzel (Bundesarchiv) in der Reihe „Aufgeblättert“ zum Suhler SED-Bezirkschef, der u. a. als Mitglied des Nationalen Verteidigungsrates und Vorsitzender der Bezirkseinsatzleitung maßgeblich politische Mitverantwortung für das DDR-Grenzregime trug.	U
15.09.2022	Zwangsaussiedlungen im Thüringer Grenzgebiet zwischen 1952 und 1961	Vortrag von Dr. Anke Geier (wissenschaftliche Mitarbeiterin beim ThLA) in der Reihe „Stasi-Akte spezial“ zur Entstehung des Grenzregimes, zu Aussiedlungen und ausgelöschten Orten.	E
22.09.2022 27.09.2022 29.09.2022	Stasi im Westen	Vortrag von Sascha Münzel (Bundesarchiv) in der Reihe „Aufgeblättert“ zum Operationsgebiet der BV Suhl, zu Ausmaß und Zielen der Westspionage, mit Fokus auf den Funkaufklärungstützpunkt „Blitz“, der u. a. zur Abhörung der Bayerischen Grenzpolizei diente.	U
29.09.2022	Im Fokus der Stasi: Peter Maffay und die Fans	Vortrag von Thomas Purschke (Journalist) zur Absicherung der DDR-Konzerte von Peter Maffay 1986 und 1987 durch die Stasi.	E
15.11.2022	Puppen für Devisen	Vortrag von Sascha Münzel (Bundesarchiv) zu einer kuriosen Geschichte um Puppen aus dem Bereich des zwischenstaatlichen Kunsthandels.	U
17.11.2022	Heinrich-Mann-Oberschule und die IMs – Eine Erfurter Schule aus dem Blickwinkel der Stasi	Vortrag von Tom Fleischhauer (Lehrer, Jena) in der Reihe „Stasi-Akte spezial“; Vorstellung der Ergebnisse seiner Recherchen im Stasi-Unterlagen-Archiv.	E
22.11.2022 29.11.2022	Konspirative Wohnungen der Stasi in Suhl	Vortrag von Sascha Münzel (Bundesarchiv) in der Reihe „Aufgeblättert“ zu legendierten Wohnungen im Stadtgebiet Suhl, die als Trefforte für Führungsoffiziere und IM dienten.	U
05.12.2022	Vernichtung von Stasi-Akten – Eine Untersuchung zu den Verlusten 1989/90	Vortrag von Dr. Roger Engelmann (Bundesarchiv) anlässlich der Besetzung der BV Erfurt des MfS am 04.12.1989 und der Sicherung der Akten.	E

noch Anhang 7.5

Datum	Titel	Format / Inhalt	VA³
08.12.2023	Verortete Geschichte(n)	Geländeführung; Nachzeichnung der Entwicklung der Suhler „Stasi-Burg“, Vorstellung der früheren Nutzung einzelner Gebäudeteile anhand ausgewählter Unterlagen und Fotografien.	U
16.03.2022	Im Fokus der Staatssicherheit. Willy Brandt in Erfurt – Der Besuch am 19.03.1970	Vortrag von Dr. Antje Bauer (Historikerin) in der Reihe „Stasi-Akte spezial“.	E
27.04.2023	Abteilung Inneres: konspirativ – Schikanierung von Ausreisewilligen in Nordhausen	Szenische Lesung mit Joachim Heise (Zeitzeuge) und Andreas Bogoslowski (Bundesarchiv) in der Reihe „Abends im Archiv – Akten erzählen Geschichte“ in Kooperation mit der Volkshochschule Erfurt.	E
15.06.2023	Wenn die Krieg wollen, dann sollen sie ihn haben	Vortrag von Dr. Dietmar Remy (Bundesarchiv) in der Reihe „Stasi-Akte spezial“ zum Verhältnis zwischen dem Zeiss-Generaldirektor Wolfgang Biermann und den Offizieren des Staatssicherheitsdienstes.	E

Anhang 8**Lernort „Stasi-Zentrale. Campus für Demokratie“, Informations- und Dokumentationszentren des Stasi-Unterlagen-Archivs, Stasi-Unterlagen-Archiv Online****Einblick ins Geheime. Dauerausstellung zum Stasi-Unterlagen-Archiv / Beispielaktensammlung**

Ruschestr. 103, „Haus 7“
10365 Berlin

Montag bis Freitag von 10:00 bis 18:00 Uhr,
Samstag, Sonn- und Feiertage 11:00 bis 18:00 Uhr

Telefon: 030 18 665-6699
Telefax: 030 18 665-6619
E-Mail: einblick-ins-geheime@bundesarchiv.de
Internet: www.einblick-ins-geheime.de

Bildungsteam des Stasi-Unterlagen-Archivs

Normannenstraße 20, „Haus 1“ (Seiteneingang)
Projektwerkstatt 4. OG
10365 Berlin

Telefon: 030 18 665-6757
E-Mail: bildung.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

Stasimuseum

Normannenstraße 20, „Haus 1“
10365 Berlin

Ausstellung „Staatssicherheit in der SED-Diktatur“,
gemeinsames Angebot von Bundesarchiv/Stasi-Unterlagen-Archiv und ASTAK e. V. (Betreiberin des Stasimuseums)

Montag bis Freitag von 10:00 bis 18:00 Uhr,
Samstag, Sonn- und Feiertage von 11:00 bis 18:00 Uhr

Eintritt 10,00 €, ermäßigt 7,50 €, Schüler 5,00 €

Telefon: 030 553-6854
E-Mail: info@stasimuseum.de
Internet: www.stasimuseum.de

Info-Punkt / Besucherzentrum „Stasi-Zentrale. Campus für Demokratie“

Ruschestr. 103, „Haus 22“
10365 Berlin

www.stasi-unterlagen-archiv.de/campus

Montag bis Freitag von 10:00 bis 18:00 Uhr,
Samstag, Sonn- und Feiertage 11:00 bis 18:00 Uhr

Beratung und Informationsmaterial zum historischen Ort,
Publikationen, Audioguides für die Open-Air-Ausstellung
„Revolution und Mauerfall“ der Robert-Havemann-Gesellschaft e. V. (www.revolution89.de)

Informations- und Dokumentationszentrum Dresden

Riesaer Straße 7, Eingang D
01129 Dresden

Montag bis Donnerstag von 08:00 bis 17:00 Uhr,
Freitag von 08:00 bis 14:00 Uhr

Telefon: 0351 2508-0
Telefax: 0351 2508-3419
E-Mail: dresden.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

Informations- und Beratungsstelle in der Gedenkstätte Bautzner Straße

Bautzner Straße 112 a
01099 Dresden

Beratungsstelle geöffnet Dienstag und Freitag
von 10:00 bis 17:00 Uhr

Informationsangebote und Ausstellung geöffnet täglich
von 10:00 bis 18:00 Uhr

Telefon: 0351 2508-3490/-3411
Telefax: 0351 2508-3419
E-Mail: dresden.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

Informations- und Dokumentationszentrum Erfurt

Petersberg Haus 19
99084 Erfurt

täglich von 09:00 bis 18:00 Uhr

Servicezeiten
(für Bürgeranfragen, Archivführungen, Besuchergruppen)
Montag bis Donnerstag von 08:00 bis 17:00 Uhr,
Freitag von 08:00 bis 14:00 Uhr

Öffentliche Archivführungen jeden Donnerstag
(außer an Feiertagen) 16:00 Uhr

Telefon: 0361 5519-4711
Telefax: 0361 5519-4719
E-Mail: erfurt.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

Informations- und Dokumentationszentrum Frankfurt (Oder)

Fürstenwalder Poststraße 87
15234 Frankfurt (Oder)

täglich von 9:00 bis 17:00 Uhr

Telefon: 0335 6068-0
Telefax: 0335 6068-2419
E-Mail: frankfurt.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

noch Anhang 8

Informations- und Dokumentationszentrum Halle

Blücherstraße 2
06122 Halle (Saale)

Montag bis Freitag von 08:00 bis 18:00 Uhr,
Samstag nach Vereinbarung

Öffentliche Archivführungen jeden zweiten Dienstag im
Monat (außer an Feiertagen) um 17:00 Uhr

Telefon: 0345 6141-2711
Telefax: 0345 6141-2719
E-Mail: halle.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

**Bis auf das Stasi-Museum in Berlin ist der Besuch
aller genannten Einrichtungen des Stasi-Unterlagen-
Archivs kostenfrei. Für Gruppenführungen werden
Voranmeldungen erbeten.**

Stasi-Unterlagen-Archiv Online

Homepage und Unterseiten
www.stasi-unterlagen-archiv.de
www.stasi-mediathek.de
www.ddr-im-blick.de
www.einblick-ins-geheime.de
www.demokratie-statt-diktatur.de

Social-Media-Kanäle

www.youtube.com/StasiUnterlagenArchiv
www.twitter.com/StasiArchiv
www.facebook.com/StasiUnterlagenArchiv
www.facebook.com/StasiZentrale.CampusFuerDemokratie
www.instagram.com/stasizentrale

Anhang 9**Anschriftenverzeichnis****Bundesarchiv/Stasi-Unterlagen-Archiv****Anschriften, Telefon- und Faxnummern der Zentralstelle des Stasi-Unterlagen-Archivs****Postanschrift:**

10106 Berlin

**Hausanschrift/Akteneinsichtsbereich/Lesesäle/
Antragstellung/Bürgerberatung:**

Karl-Liebknecht-Str. 31/33
10178 Berlin

Telefon: 030 18 665-0

Telefax: 030 18 665-7799

E-Mail: post.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

Internet: www.stasi-unterlagen-archiv.de

Bürgerberatung:

Telefon: 030 18 665-7000

Persönliche Beratung nach vorheriger telefonischer
Terminvereinbarung.

Neue Hausanschrift ab November 2023:

Frankfurter Allee 204–206
10365 Berlin

Anschriften, Telefon- und Faxnummern der Außenstellen in Brandenburg**Cottbus**

Bautzener Straße 140
03050 Cottbus

Telefon: 0335 6068-0

Telefax: 0335 6068 – 2419

E-Mail: cottbus.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

Frankfurt (Oder)

Fürstenwalder Poststraße 87
15234 Frankfurt

Telefon: 0335 6068-0

Telefax: 0335 6068-2419

E-Mail: frankfurt.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

Anschriften, Telefon- und Faxnummern der Außenstellen in Mecklenburg-Vorpommern**Neubrandenburg**

Neustrelitzer Straße 120
17033 Neubrandenburg

Telefon: 0395 7774-0

Telefax: 0395 7774-1619

E-Mail: Neubrandenburg.stasiunterlagenarchiv@
bundesarchiv.de

Rostock

Straße der Demokratie 2
18196 Waldeck-Dummerstorf

Telefon: 038208 826-0

Telefax: 038208 826-1219

E-Mail: Rostock.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

Schwerin

Görslow, Resthof
19067 Leezen

Telefon: 03860 503-0

Telefax: 03860 503-1419

E-Mail: schwerin.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

Anschriften, Telefon- und Faxnummern der Außenstellen in Sachsen**Chemnitz**

Bruno-Salzer-Str. 5
09120 Chemnitz

Telefon: 030 18665-3700

E-Mail: Chemnitz.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

Leipzig

Dittrichring 24
04109 Leipzig

Telefon: 0341 2247-0

Telefax: 0341 2247-3219

E-Mail: Leipzig.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

Dresden

Riesaer Straße 7, Seiteneingang D
01129 Dresden

Telefon: 0351 2508-0

Telefax: 0351 2508-3419

E-Mail: Dresden.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

noch Anhang 9

Anschriften, Telefon- und Faxnummern der Außenstellen in Sachsen-Anhalt**Halle**

Blücherstraße 2
06122 Halle (Saale)

Telefon: 0345 6141-2711
Telefax: 0345 6141-2719
E-Mail: halle.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

Magdeburg

Georg-Kaiser-Straße 7
39116 Magdeburg
Telefon: 0391 6271-0

Telefax: 0391 6271-2219
E-Mail: magdeburg.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

Anschriften, Telefon- und Faxnummern der Außenstellen in Thüringen**Erfurt**

Petersberg Haus 19
99084 Erfurt

Telefon: 030 18 665-4711
Telefax: 030 18 665-4719
E-Mail: erfurt.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

Gera

Hermann-Drechsler-Straße 1, Haus 3
07548 Gera

Telefon: 0365 5518-0
Telefax: 0365 5518-4219
E-Mail: gera.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

Suhl

Weidbergstraße 34
98527 Suhl

Telefon: 03681 456-0
Telefax: 03681 456-4519
E-Mail: suhl.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

Dienststellen Bundesarchiv**Hauptdienststelle Koblenz**

Bundesarchiv
Potsdamer Straße 1
56075 Koblenz

Telefon: 0261 505-0
Fax: 0261 505-1803
E-Mail: koblenz@bundesarchiv.de
Internet: www.bundesarchiv.de

**Bayreuth
(Lastenausgleichsarchiv)**

Dr.-Franz-Straße 1
95445 Bayreuth

Telefon: 0261 505-1146
Fax: 0261 505-1818
E-Mail: laa@bundesarchiv.de

Berlin-Lichterfelde

Finckensteinallee 63
12205 Berlin

Telefon: 030 18 7770-0
Fax: 030 18 7770-1810
E-Mail: berlin@bundesarchiv.de

**Berlin-Tegel
(Abteilung Personenbezogene Auskünfte)**

Am Borsigturm 130
13507 Berlin

Telefon: 030 18 7770-1158
Fax: 030 18 7770-1825
E-Mail: poststelle-pa@bundesarchiv.de

**Freiburg im Breisgau
(Abteilung Militärarchiv)**

Wiesentalstraße 10
79115 Freiburg

Telefon: 0761 47817-864
E-Mail: militaerarchiv@bundesarchiv.de

**Hoppegarten
(Zwischenarchiv und Filmtechnik)**

Lindenallee 55–57
15366 Hoppegarten

Zwischenarchiv:
Telefon: 03018 7770-8261
Fax: 03018 7770-1810
E-Mail: zwarchh@bundesarchiv.de

noch Anhang 9

noch Hoppegarten

Filmtechnik:
Telefon: 03018 7770-1136
Fax: 03018 7770-695
E-Mail: at3@bundesarchiv.de

Ludwigsburg

Schorndorfer Straße 58
71638 Ludwigsburg

Telefon: 07141 8992-83
Fax: 07141 8992-12
E-Mail: ludwigsburg@bundesarchiv.de

Rastatt (Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte)

Herrenstraße 18 (Schloss)
76437 Rastatt

Telefon: 07222 77139-0
Fax: 07222 77139-27
E-Mail: erinnerung@bundesarchiv.de

**Sankt Augustin
(Zwischenarchiv)**

Bundesgrenzschutzstraße 100
53757 Sankt Augustin

Telefon: 022899 74000-1144
Fax: 022899 74000-1809
E-Mail: zwarchst.aug@bundesarchiv.de

Anhang 10**Abkürzungsverzeichnis****A**

Abteilung XII	Zentrale Auskunft/Speicher (im MfS) bzw. Auskunft/Speicher (in den BV)
Abt. M	Postkontrolle (in den BV und im MfS)
a. D.	außer Dienst
AG	Arbeitsgruppe (auch MfS)
AG XVII	Besucherbüros Westberlin (des MfS)
AMAG	Aktenausleihe Magazin (IT-Verfahren des ehemaligen BStU)
AOP	Archivierter Operativer Vorgang (MfS)
AOPK	Archivierte Operative Personenkontrollakte (MfS)
APE	Archives Portal Europe (Archivportal Europa)
ARD	Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten Deutschlands
ARGUS	„ARchivGUtSuche“, Online-Recherche- und Präsentationsplattform (vom Bundesarchiv betrieben)
ASTAK	Antistalinistische Aktion Berlin-Normannenstraße e. V.
AU	Archivierter Untersuchungsvorgang (MfS)
Aufl.	Auflage

B

BArchG	Bundesarchivgesetz
BASYS	Bundesarchivinformationssystem (IT-Archivverwaltungssystem des Bundesarchivs)
Bde.	Bände
Bearb.	Bearbeiter
BF	ehemalige Abteilung Bildung und Forschung beim BStU
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGebG	Bundesgebührengesetz
BGH	Bundesgerichtshof
BKG	Bezirkskoordinierungsgruppe (des MfS)
BKM	Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien
BKMBGebV	Besondere Gebührenordnung der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (Besondere Gebührenverordnung BKM)
BMBF	Bundesministerium für Bildung und Forschung
BMI	Bundesministerium des Innern und für Heimat
BMF	Bundesministerium der Finanzen
BND	Bundesnachrichtendienst
BStU	Bundesbeauftragte/Bundesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik / gleichnamige Behörde
BT-Drs.	Bundestagsdrucksache
BV	Bezirksverwaltung (des MfS)

noch Anhang 10

C

CD	Compact Disk (Speichermedium für digitale Daten)
CDU	Christlich Demokratische Union
COMDOS	Committee on Disclosure of Documents and Announcing Affiliation of Bulgarian Citizens to the State Security and the Intelligence Services of the Bulgarian National Army; Kommission zur Deklassifizierung der Dokumente und Offenlegung der Beziehungen bulgarischer Bürger zum früheren Staatssicherheits- und Nachrichtendienst der Bulgarischen Volksarmee (Republik Bulgarien)
CSU	Christlich-Soziale Union in Bayern e. V.

D

DDB	Deutsche Digitale Bibliothek
DDR	Deutsche Demokratische Republik (1949 bis 1990)
DIN	Deutsche Industrie Norm/Deutsches Institut für Normung
DFKI	Deutsches Forschungszentrum für Künstliche Intelligenz
DSF	Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft (DDR-Massenorganisation)
durchges.	durchgesehen(e)
DVD	Digital Versatile Disc (Speichermedium für digitale Daten)

E

ed.	ediert
EDV	Elektronische Datenverarbeitung
EPR	Elektronisches Personenregister (IT-Verfahren im ehemaligen BSU)
erw.	erweitert(e)
e. V.	eingetragener Verein

F

f.	folgende
F ...	Formblatt ... (des MfS), z. B. bei Karteien
F 16	Zentrale Personenkartei/Klarnamenkartei (des MfS)
F 17	Objektkartei (des MfS)
F 22	Vorgangskartei (des MfS)
F 77	Decknamenkartei (des MfS)
F 78	Straßenkartei (des MfS)
F 401/F 402	Vorverdichtungs-, Such- und Hinweiskarteien (des MfS)
FC	Fußballclub
FDGB	Freier Deutscher Gewerkschaftsbund (DDR-Massenorganisation)
FDJ	Freie Deutsche Jugend (DDR-Massenorganisation)

G

GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbH & Co. KG	Gesellschaft mit beschränkter Haftung & Compagnie Kommanditgesellschaft

noch Anhang 10

GSSD	Gruppe der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland
H	
HIAG	Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit der Angehörigen der ehemaligen Waffen-SS e. V.
Hg.	Herausgeber
HV A	Hauptverwaltung A (des MfS)
I	
IM	inoffizieller Mitarbeiter (MfS)
IPK	Fraunhofer Institut für Produktionsanlagen und Konstruktionstechnik
IPN	Instytut Pamięci Narodowej – Institut des Nationalen Gedenkens (Republik Polen)
ISBN	International Standard Book Number (deutsch: Internationale Standardbuchnummer)
ISO	International Organization for Standardization (internationale Normierungsorganisation)
IT	Informationstechnik
J	
JN	Junge Nationaldemokraten, Jugendorganisation der NPD
K	
KD	Kreisdienststelle (des MfS)
KfS	Komitee für Staatssicherheit beim Ministerrat der UdSSR, siehe auch KGB
Kfz	Kraftfahrzeug
KGB	(russ.) Komitet Gossudarstwennoj Besopasnosti (pri Sowjete Ministrow SSSR) – Komitee für Staatssicherheit (beim Ministerrat der UdSSR); Geheimdienst der ehemaligen Sowjetunion, 1954 bis 1991, siehe auch KfS
KI	Künstliche Intelligenz
KoKo	Kommerzielle Koordinierungsgruppe (des MfS)
korr.	korrigiert(e)
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
L	
LAKD	Beauftragte des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur
LAMV	Landesbeauftragte für Mecklenburg-Vorpommern für die Aufarbeitung der SED-Diktatur
LASD	Sächsische Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur
lfd. M.	laufende(r) Meter
Linie ...	Grundsatz des Organisationsaufbaus im MfS, wonach bestimmte Aufgabenbereiche auf zentraler Ebene und Bezirksebene von Struktureinheiten mit einer entsprechenden fachlichen Zuständigkeit wahrgenommen wurden. Auf zentraler Ebene war die Struktureinheit in der Regel die Hauptabteilung (HA), auf Bezirksebene die Abteilung.
Linie VI	Passkontrolle, Tourismus, Interhotel
Linie VII	Ministerium des Innern / Deutsche Volkspolizei
Linie VIII	Beobachtung und Ermittlung
Linie XX	Staatsapparat, Kultur, Kirche, Untergrund

noch Anhang 10

LzA Beauftragte des Landes Sachsen-Anhalt zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

M

MdB Mitglied des Deutschen Bundestages

MdI Ministerium des Innern (DDR)

MfNV Ministerium für Nationale Verteidigung (DDR)

MDR Mitteldeutscher Rundfunk

MfS Ministerium für Staatssicherheit (DDR)

N

NATO North Atlantic Treaty Organization; Organisation des Nordatlantikvertrags;
Verteidigungsbündnis

NPD Nationaldemokratische Partei Deutschlands

NRW Nordrhein-Westfalen

NS Nationalsozialismus

NSDAP Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei

O

OibE Offizier im besonderen Einsatz (des MfS)

OPK Operative Personenkontrolle (MfS)

OV Operativer Vorgang (MfS)

P

PDF Portable Document Format; plattformübergreifendes Dateiformat für Dokumente

R

rbb Rundfunk Berlin-Brandenburg

S

SAE Sachaktenschließung (IT-Verfahren des ehemaligen BStU)

SBZ Sowjetische Besatzungszone

SED Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (DDR)

SIRA System der Informationsrecherche Hauptverwaltung A (des MfS)

SMT Sowjetisches Militärtribunal

SPD Sozialdemokratische Partei Deutschlands

SS Schutzstaffel; Teilorganisation der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP)

SS-20 sowjetische atomare Mittelstreckenrakete

StrV Strafverfolgung

StUG Gesetz über die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (Stasi-Unterlagen-Gesetz)

StUKostV Verordnung über Kosten beim Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (Stasi-Unterlagen-Kostenordnung)

noch Anhang 10

T

ThLA	Landesbeauftragter des Freistaats Thüringen zur Aufarbeitung der SED-Diktatur
TU	Technische Universität
TU/H	Technische Universität/Hochschulen Dresden (Objektdienststelle des MfS)
TV	Television, Fernsehen

U

überarb.	überarbeitet(e)
UOKG	Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e. V.
USA	Vereinigte Staaten von Amerika
UV	Untersuchungsvorgang (MfS)

V

VCR	Video Cassette Recording
VHS	Video Home System (Aufzeichnungs- und Wiedergabesystem für Videorecorder)
VSH	Vorverdichtungs-, Such- und Hinweiskartei (des MfS)

W

WGM	Wiedergutmachung
-----	------------------

Z

ZAIG	Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe (des MfS)
ZDF	Zweites Deutsches Fernsehen
ZMA	Zentrale Materialablage (des MfS)
ZPDB	Zentrale Personendatenbank (MfS)
ZZF	Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e. V.

